

# **Klimagerechtigkeit in Österreich**

Eine empirische Untersuchung

Christian Glantschnigg

Wien, Mai 2024

## Inhaltsverzeichnis

Daten zur Untersuchung .....	3
Executive Summary .....	4
1 Einleitung .....	5
2 Dimensionen sozialer Schichtung .....	8
2.1 Soziale Ungleichheit: Auskommen mit dem Einkommen und finanzielle Absicherung ...	8
2.2 Erwerbsstatus und berufliche Stellung .....	14
2.3 Geschlecht .....	15
2.4 Soziale Ungleichheit und klimarelevantes Verhalten .....	15
3 Bekämpfung der Klimakrise: Relevanz und Interessen .....	19
3.1 Wichtigkeit und Bekämpfung der Klimakrise .....	19
3.2 Vertretung der Interessen in der Klimapolitik .....	23
4 Auswirkungen der Folgen der Klimakrise .....	28
4.1 Gesundheitliche Folgen der Klimakrise .....	28
4.2 Belastungen durch Folgen der Klimakrise im Beruf .....	33
4.3 Sorge vor zukünftigen Folgen der Klimakrise .....	36
5 Einstellungen und Klimapolitik .....	39
5.1 Einstellungen zur Klimakrise .....	39
5.2 Unterstützung klimapolitischer Forderungen .....	42
5.3 Klimapolitik und Wahlverhalten .....	46
6 Fazit und Zusammenfassung .....	60
Literaturverzeichnis .....	63
Abbildungsverzeichnis .....	64

## Daten zur Untersuchung

<b>Thema</b>	Klimagerechtigkeit in Österreich
<b>Auftraggeber:in</b>	Momentum Institut – Verein für sozialen Fortschritt
<b>Beauftragtes Institut</b>	FORESIGHT Research Hofinger GmbH
<b>Wissenschaftliche Leitung</b>	Mag. Dr. Christian Glantschnigg
<b>Autor:innen</b>	Mag. Dr. Christian Glantschnigg
<b>Erhebungsgebiet</b>	Österreich
<b>Grundgesamtheit</b>	in Österreich lebende Personen ab dem 16. Lebensjahr
<b>Stichprobenumfang</b>	n=1.412 Personen
<b>Stichprobendesign/-ziehung</b>	RDD/RLD und Access-Panel
<b>Art der Befragung</b>	telefonisch (CATI) und online (CAWI)
<b>Befragungszeitraum</b>	12. Februar bis 7. März 2024

Rundungsdifferenzen: Geringfügige Abweichungen von Sollwerten (z.B. 99% oder 101% statt 100 %) sind auf Rundungseffekte zurückzuführen.

## Executive Summary

**Die Bekämpfung der Klimakrise ist wichtig:** Fast drei Viertel der Menschen in Österreich sind der Ansicht, dass die Bekämpfung der Klimakrise zumindest ziemlich wichtig ist.

**Politik und Wirtschaft tun zu wenig gegen die Klimakrise, aber die Bevölkerung zeigt auch zu wenig Einsatz:** Nur drei von zehn Menschen in Österreich sind der Meinung, dass Politik und Wirtschaft ausreichendes Engagement im Kampf gegen die Klimakrise zeigen. Über das Engagement der Bevölkerung haben mehr als vier von zehn diese Meinung. Der wahrgenommene Einsatz von Politik und Wirtschaft ist somit geringer als jener der Bevölkerung; wenngleich auch die Bevölkerung selbst zu wenig gegen die Klimakrise tut.

**Klimapolitik für die Wohlhabenden:** Mehr als ein Drittel ist der Ansicht, dass Interessen von wohlhabenden Menschen zu stark berücksichtigt werden. Die Interessen von jenen mit geringem Einkommen, der Mittelschicht, Menschen mit gesundheitlichen Problemen, Kindern und älteren Menschen werden hingegen in der Klimapolitik zu wenig berücksichtigt.

**Klimabelastungen für die, die nur wenig haben:** Leidtragende von Belastungen als Folgen der Klimakrise sind vor allem Menschen in schlechter ökonomischer Lage, Arbeiter:innen und Frauen. Sie leiden unter häufigeren, stärkeren und mehr Belastungen als Folgen der Klimakrise – privat und im Beruf.

**Klimasorgen für alle:** Große Teile der Menschen in Österreich sind besorgt über die zukünftigen Folgen der Klimakrise – fast unabhängig von ihrer eigenen ökonomischen Lage. Besonders viel Sorge besteht um die Lebensmittelsicherheit in Österreich, dass Teile des Planeten unbewohnbar werden sowie darüber, dass Extremwetterereignisse zu Schäden am Eigentum führen. Zusätzlich dazu sind das mittlere und das untere ökonomische Drittel auch mehrheitlich darüber besorgt, dass der eigene Lebensstandard aufgrund der Klimakrise sinken wird.

**Diejenigen die nur wenig haben, trifft die Klimakrise am stärksten:** Die Klimaungerechtigkeit steht in Österreich für zwei Drittel der Menschen außer Frage – und zwar auch über die Parteigrenzen hinweg.

**Die Bewältigung der Klimakrise ist eine Frage der Gerechtigkeit gegenüber der jungen Generation:** Auch über unsere Verantwortung gegenüber den heute jungen Menschen und zukünftigen Generationen gibt es breiten Konsens in Österreich.

**Was tun? Etwas tun:** Auch zu ausgesuchten klimapolitischen Forderungen gibt es breite Mehrheiten innerhalb der Bevölkerung; etwa zu einem Verbot von Privatjets, höheren CO<sub>2</sub>-Steuern für große CO<sub>2</sub>-Verursacher:innen, Mietreduktion bei fossilen Heizsystemen und ohne thermischer Sanierung oder einem Verbot von Kurzstreckenflügen.

## 1 Einleitung

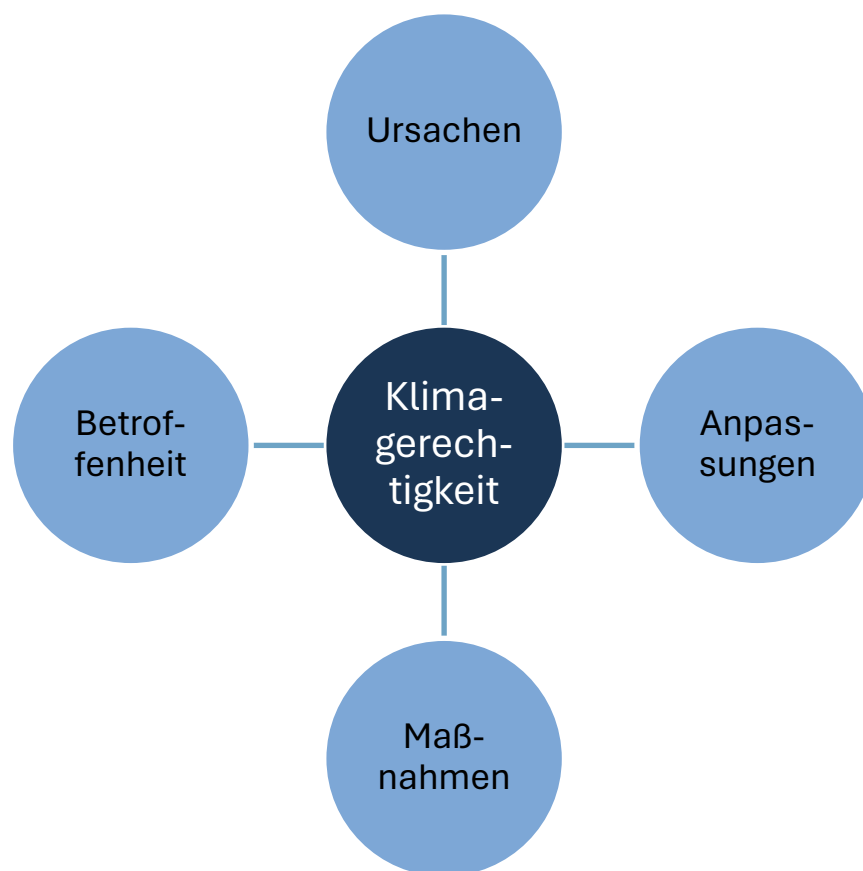
Die Klimakrise ist nicht nur ein ökologisches, sondern auch ein soziales Thema – und zwar sowohl auf Seite der verursachenden Faktoren als auch bei den individuellen Folgen der Klimakrise. Neben Ursachen und Folgen ist auch in anderen relevanten Aspekten der Klimakrise eine Differenzierung nach den verfügbaren finanziellen Ressourcen der Menschen festzustellen, wie etwa bei ihren klimapolitischen Einstellungen und der Unterstützung klimapolitischer Forderungen. In der Diskussion der Klimakrise sollte daher nicht nur ihre Bewältigung an sich, sondern auch die Klimagerechtigkeit – hier zu verstehen als strukturelle Differenzierung von verursachenden Faktoren der Klimakrise und Anpassungen an dieselbe, aber auch ganz besonders von Betroffenheiten und Einstellungen nach verfügbaren finanziellen Ressourcen – berücksichtigt werden. Doch wie hängen finanzielle Ressourcen und die Klimakrise eigentlich zusammen?

Zunächst ist festzuhalten, dass die **Ursachen der Klimakrise**, sprich klimaschädliches menschliches Verhalten, nicht gleichmäßig über die Gesamtbevölkerung verteilt ist. Vielmehr verursachen wohlhabendere Menschen und Haushalte mehr CO<sub>2</sub> als jene in durchschnittlichen oder gar schwierigen ökonomischen Positionen. So berichtet z.B. Frascati (2020) für Österreich, dass die reichsten 10% der Haushalte mehr als viermal so viel CO<sub>2</sub> verursachen wie die untersten 10% der Haushalte, bzw. mehr als doppelt so viel wie der Durchschnitt. Diese wohlhabenden Haushalte tragen somit einen wesentlich größeren Teil zu den Ursachen der Klimakrise bei als andere Haushalte. Hier, im klimaschädlichen menschlichen Verhalten, besteht folglich die erste Differenzierung nach sozialer Lage: Während alle Menschen unter den Folgen der Klimakrise leiden, tragen einige (wenige) mehr zu ihrer Verschärfung bei als andere.

Doch es leiden nicht alle Menschen gleichermaßen unter den Folgen der Klimakrise, denn auch die **Betroffenheit durch die Klimakrise** ist ungleich nach den ökonomischen Ressourcen der Menschen verteilt (Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz [BMSGPK], 2021): Während die Hitzesommer in den dicht verbauten Stadtvierteln der einkommensärmeren Schichten nur schwer erträglich sind, ist die Hitze in der Grünruhelage am Stadtrand oder dem Ferienhaus am Land weniger zu spüren. Die Betroffenheit von den Folgen der Klimakrise ist aber nicht nur (sozial)räumlich, sondern auch innerhalb der erwerbstätigen Bevölkerungsschichten ungleich verteilt: Beschäftigte in „white collar“-Angestelltenverhältnissen können in vielen Fällen ihrer Arbeit in klimatisierten Büros nachgehen, während etwa Beschäftigte im Baugewerbe oder der Gastronomie den ganzen Tag der Sonne und Hitze auf den Baustellen oder in den Gastgärten ausgesetzt sind. Die unterschiedliche Betroffenheit von den Folgen der Klimakrise nach ökonomischer Lage bzw. nach dem Berufsstatus der Erwerbstätigen stellt somit die zweite Dimension der Klimagerechtigkeit dar.

Dies führt zur nächsten Dimension der Klimagerechtigkeit, denn auch die Möglichkeiten der **Klimakrisenanpassungen** sind je nach sozioökonomischer Positionierung in der Gesellschaft ungleich verteilt: Wohlhabendere Menschen können sich im Wohneigentum oder am Zweitwohnsitz mit einer Klimaanlage leicht Abhilfe gegen die Hitzewellen schaffen, während Mieter:innen in weniger gutgestellten Verhältnissen sich mit dem kleinen Tischventilator begnügen müssen. Die Möglichkeiten zu Anpassungen an die Klimakrise sind demnach die dritte Dimension der Klimagerechtigkeit.

Abbildung 1: Dimensionen der Klimagerechtigkeit



Und schließlich sind auch viele der **klimapolitischen Maßnahmen**, die gesetzt werden können (und zur erfolgreichen Bekämpfung der Klimakrise auch gesetzt werden müssen), in ihrer Umsetzung von den finanziellen Mitteln der Betroffenen abhängig: Sei es der Tausch des eigenen Heizsystems und der Ausstieg aus Öl und Gas oder der Umstieg von einem Fahrzeug mit Verbrennermotor auf ein E-Auto: Während die einen diese Investitionen leicht(er) tätigen können, sind andere angesichts der dafür notwendigen finanziellen Mittel vor große Herausforderungen gestellt (siehe dazu auch Green & Healy, 2022).

Gagné und Krause (2021) zeigen, dass in der deutschen Bevölkerung zwar breitgeteilte Sorge über die Klimakrise besteht und es auch nur geringe Variation in der Ansicht gibt, dass Klimaschutz ein Thema für alle Menschen sein sollte, manche Gruppen aber doch vermehrt die Einstellung teilen, dass Klimaschutz vor allem diejenigen angeht, die es sich leisten können. Diese Gruppen, von Gagné und Krause als „Enttäuschte“ oder „Wütende“ kategorisiert, sind angesichts des klimaschädlichen Verhaltens von Unternehmen auch überwiegend der Ansicht, dass ihr eigenes Verhalten kaum einen Beitrag zur Bewältigung der Klimakrise leisten kann. Darüber hinaus identifizieren sie aber auch andere gesellschaftliche Themen als „wichtige Themen“, um die sich die Politik kümmern sollte, als es andere Bevölkerungsgruppen tun. Besonders wichtig sind ihnen vor allem die Themen Migration und Integration, aber auch die finanzielle Absicherung im Alter oder soziale Sicherheit im Allgemeinen. Wenig überraschend erleben sie daher auch die Klimapolitik der Deutschen Bundesregierung überwiegend als ungerecht. Andererseits gibt es auch klimapolitische Maßnahmen, die speziell auf Einschränkungen eines luxuriösen, aber auch klimaschädlichen Lebensstils abzielen (z.B. die Nutzung von Privatjets, Kurzstreckenflügen...usw.). Die Umsetzung derselben würde sich somit nicht oder nur selten auf den Lebensstil von Menschen mit geringen finanziellen Ressourcen auswirken. Die Unterstützung von klimapolitischen Forderungen und klimarelevante Einstellungen stellen somit die vierte Dimension der Klimagerechtigkeit dar, die mit den vorhandenen Ressourcen der Betroffenen zusammenhängt.

Zur Untersuchung der Klimagerechtigkeit in Österreich wurde FORESIGHT Research vom Momentum Institut mit der repräsentativen Befragung von n=1.412 Menschen in Österreich beauftragt. Diese Erhebung wurde telefonisch und online zwischen Februar und März 2024 durchgeführt. Die Themen der Befragung umfassen Einstellungen zur Klimakrise und ihren Folgen, aber auch die Akzeptanz klimapolitischer Maßnahmen und Betroffenheiten sowie Ängste in Bezug auf die Folgen der Klimakrise.

Die Daten der Befragung wurden aus einer Perspektive der Klimagerechtigkeit untersucht. Das in dieser Analyse angewendete Konzept von Klimagerechtigkeit zielt dabei hauptsächlich auf die ökonomische Dimension sozialer Schichtung und den damit einhergehenden verfügbaren (oder eben nicht verfügbaren) Ressourcen ab – der **sozialen Ungleichheit innerhalb von Gesellschaften**. Aus dieser Perspektive und den damit einhergehenden Differenzierungen wird in diesem Forschungsbericht zunächst untersucht, welche Ansichten in Bezug auf die Klimakrise im Allgemeinen bestehen: Wie wichtig ist die Bekämpfung der Klimakrise, und wie wird der Einsatz verschiedener gesellschaftlicher Akteur:inne in der Bekämpfung der Klimakrise beurteilt? Wie gut sehen die Menschen in Österreich die Interessen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen in der Klimapolitik vertreten, und wie hängt die Bewertung mit der eigenen sozialen Lage zusammen?

Darauf folgt eine Analyse der Betroffenheit von den Folgen der Klimakrise und Untersuchung der Frage, in welchem Ausmaß diese Betroffenheit nach sozialer Lage und Berufsstatus der Menschen in Österreich variiert. Diese Analyse der Betroffenheit von Folgen der Klimakrise wird um eine Untersuchung geschlechterspezifischer Ungleichheiten ergänzt. Das Kapitel schließt mit einer Beschreibung der Unterschiede in den erwarteten zukünftigen Auswirkungen der Klimakrise.

Am Ende dieses Forschungsberichts steht die Untersuchung klimapolitischer Einstellungen und klimapolitischer Forderungen – welche Einstellungen gibt es in Bezug auf die Klimakrise, und welche klimapolitischen Forderungen werden (von wem) unterstützt? Neben der Beschreibung von Zusammenhängen nach sozialer Lage der Menschen werden auch ihre politischen Präferenzen in dieser Analyse berücksichtigt.

## 2 Dimensionen sozialer Schichtung

Soziale Schichtung als „strukturierte Ungleichheit zwischen verschiedenen Gruppierungen von Menschen“ (Giddens, 1999, S.264) und die Untersuchung der Auswirkungen derselben sind lang etablierte Forschungsfelder der Soziologie. Dabei kommt der Schichtung nach Vermögen und Einkommen, oder anders ausgedrückt der **sozialen Ungleichheit** nach den verfügbaren ökonomischen Ressourcen, oft besondere Aufmerksamkeit zu Teil.

Ein weiteres relevantes Schichtungsmerkmal, das auch eng mit den ökonomischen Ressourcen zusammenhängt, ist die **Stellung im Produktionsprozess** bzw. der Erwerbsstatus, mit der Unterscheidung zwischen „white collar“-Beschäftigungsverhältnissen auf der einen Seite und Arbeiter:innen auf der anderen Seite. Und auch das **Geschlecht** und die damit zusammenhängenden Ungleichheiten sind ein relevantes Schichtungsmerkmal von Gesellschaften.

Diese gesellschaftlichen Differenzierungen nach Ressourcen, Erwerbsstatus und Geschlecht werden als Leitlinien der vorliegenden Analyse zur Klimagerechtigkeit in Österreichs an dieser Stelle operationalisiert und beschrieben. Dabei werden anschließend auch Unterschiede im klimarelevanten Verhalten, und damit Unterschiede hinsichtlich der verursachenden Faktoren der Klimakrise, nach sozialer Ungleichheit beschrieben, wenngleich diese nicht den Fokus der vorliegenden Studie darstellen.

### 2.1 Soziale Ungleichheit: Auskommen mit dem Einkommen und finanzielle Absicherung

Die Differenzierung nach den verfügbaren ökonomischen Ressourcen der Befragten, die soziale Ungleichheit, steht aufgrund ihrer besonderen Relevanz im Fokus dieser Analyse. Denn wie bereits weiter oben ausgeführt, stehen einerseits die Verfügbarkeit



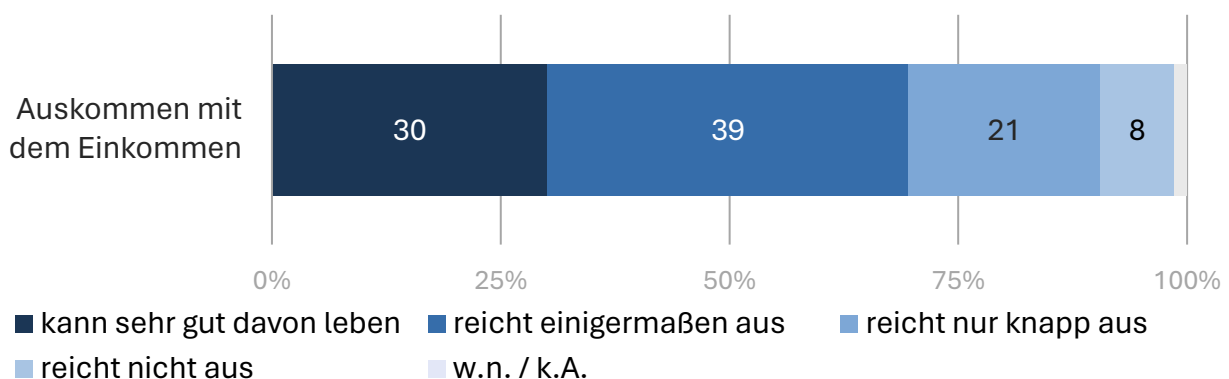
ökonomischer Ressourcen und der Verbrauch ökologischer Ressourcen im Zusammenhang miteinander, während andererseits auch die Betroffenheiten von Klimakrise und klimapolitische Einstellungen von der individuellen sozialen Lage abhängig sind.

Das **Ausmaß sozialer Ungleichheit** und die damit die eigene ökonomische Positionierung wird in dieser Studie auf Grundlage zweier Fragen operationalisiert, die sich auf die ökonomischen Ressourcen der Befragten beziehen: Einerseits mit Hilfe der Frage wie gut man mit dem aktuell verfügbaren Einkommen auskommen kann (Abbildung 2), andererseits mit Hilfe der Auskunft über die erwartete zukünftige finanzielle Absicherung (Abbildung 3).

Die Mehrheit der Menschen in Österreich befindet sich in einer stabilen finanziellen Lage; etwas weniger als ein Drittel (30%) kann gut vom erzielten Haushaltseinkommen leben, für mehr als ein Drittel (39%) reicht das Einkommen einigermaßen aus – somit sind es insgesamt mehr als zwei Drittel, die mit ihrem Einkommen gut leben können (Abbildung 2).

Für ein Fünftel (21%) reicht das Haushaltseinkommen hingegen nur knapp aus, acht Prozent berichten, dass das erzielte Haushaltseinkommen nicht ausreicht und sie oft nicht wissen, wie sie über die Runden kommen sollen. Somit befindet sich etwas mehr als ein Viertel (29%) in einer ökonomischen Lage, die zumindest als schwierig zu bezeichnen ist.

**Abbildung 2: Auskommen mit dem Einkommen**



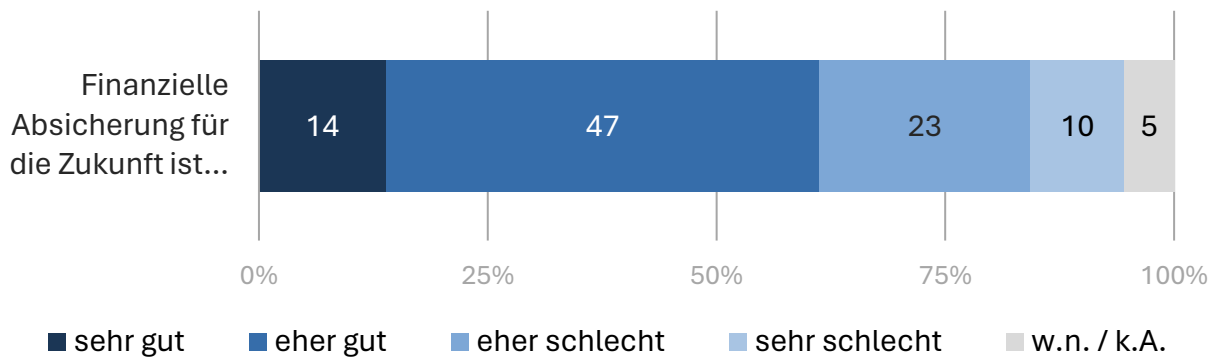
*Frage 25: Wie kommen Sie mit Ihrem derzeitigen Haushaltseinkommen aus? Was trifft am ehesten zu?*

*Quelle: FORESIGHT, Angaben in Prozent, n=1.412*

Ein etwas schlechteres Bild zeigt sich bei der Frage nach der finanziellen Absicherung für die Zukunft: Hier ist es nur rund jede:r Siebente (14%), der:die für die Zukunft sehr gut finanziell abgesichert ist, etwas weniger als die Hälfte (47%) fühlt sich eher gut abgesichert. Somit sind es rund sechs von zehn (61%), deren zukünftige finanzielle Lage zumindest gut abgesichert ist und die damit in eine stabile finanzielle Zukunft blicken können (Abbildung 3).

Weniger als ein Viertel (23%) ist seiner Ansicht für die Zukunft eher schlecht finanziell abgesichert, jede:r Zehnte sogar sehr schlecht. Damit ist die zukünftige finanzielle Absicherung für ein Drittel (33%) zumindest eher schlecht. Fünf Prozent der Befragten konnten oder wollten die Frage nach der finanziellen Absicherung nicht beantworten.

Abbildung 3: Finanzielle Absicherung für die Zukunft



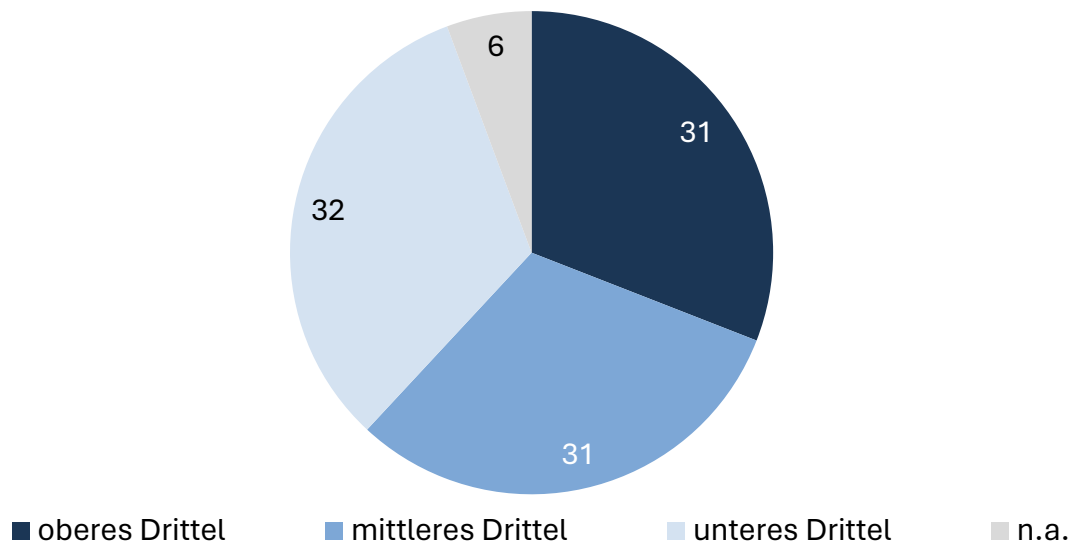
Frage 26: Alles in allem betrachtet: Sind Sie für die Zukunft sehr gut, eher gut, eher schlecht oder sehr schlecht finanziell abgesichert?

Quelle: FORESIGHT, Angaben in Prozent, n=1.412

Diese beiden Fragen nach dem aktuellen Auskommen mit dem Einkommen sowie der finanziellen Absicherung für die Zukunft wurden mit Hilfe der Methode der Clusteranalyse kombiniert und anschließend händisch verfeinert, um Befragte in ähnlichen Lebenslagen hinsichtlich der aktuellen als auch der erwarteten finanziellen Situation zusammenzufassen. Dadurch werden beide Dimensionen der sozialen Ungleichheit, die aktuelle finanzielle Lage und die zukünftige Absicherung, in der Analyse der Klimagerechtigkeit berücksichtigt.

Das Ergebnis der Clusteranalyse ist eine Zuordnung der Befragten in drei annähernd gleich großen Gruppen, die dem oberen Drittel, dem mittleren Drittel sowie dem unteren Drittel nach vorhandenen ökonomischen Ressourcen und zukünftiger finanzieller Absicherung entsprechen – die ökonomischen Drittel der sozialen Ungleichheit bzw. die **ökonomische Lage** der Befragten (Abbildung 4). Da für sechs Prozent der Befragten fehlende Werte auf mindestens einer der beiden Fragen vorliegen, konnte für diese keine Clusterzuordnung zu den ökonomischen Dritteln sozialer Ungleichheit erfolgen. Diese werden daher für die entsprechenden Analysen ausgeschlossen.

Abbildung 4: Clusterlösung ökonomische Lage („ökonomische Drittel“)

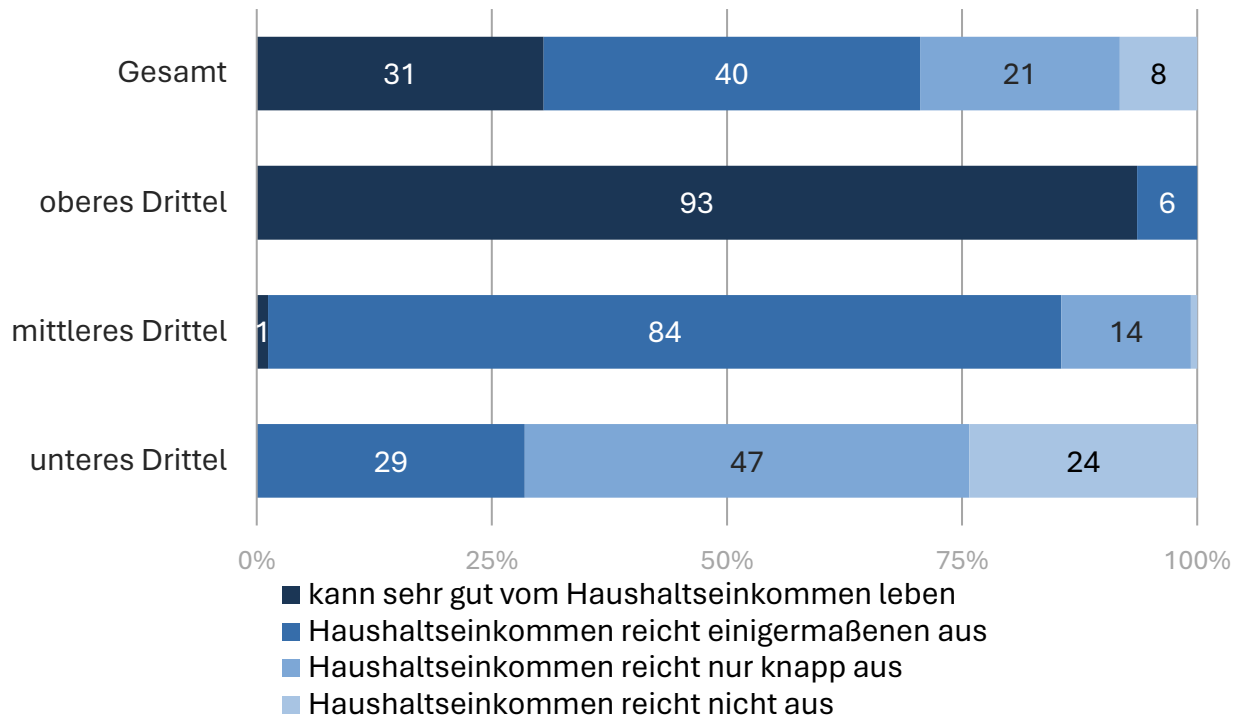


Quelle: FORESIGHT, Angaben in Prozent, n=1.412

Die Cluster selbst zeigen eine recht deutliche Differenzierung der Menschen in Österreich nach ihrer sozialen Lage: Im oberen ökonomischen Cluster können mehr als neun von zehn sehr gut mit dem verfügbaren Haushaltseinkommen auskommen (93%), für nur 6% reicht ihr Einkommen einigermaßen aus (Abbildung 5). So gut wie alle Angehörigen des oberen ökonomischen Clusters sind darüber hinaus auch hinsichtlich ihrer Zukunft zumindest gut finanziell abgesichert, fast die Hälfte (44%) sogar sehr gut (Abbildung 6).

Auch im mittleren ökonomischen Drittel besteht immer noch überwiegend ein gutes Auskommen mit dem Einkommen; für mehr als acht von zehn reicht das Haushaltseinkommen einigermaßen aus (84%), nur für jede:n Siebente:n reicht das Einkommen nur knapp oder nicht aus (14% bzw. 1%). Auch die finanzielle Absicherung für die Zukunft ist hier weitestgehend gegeben: So gut wie alle Menschen des mittleren ökonomischen Drittels fühlen sich in dieser Hinsicht eher gut abgesichert (98%), nur äußerst wenige befinden sich in einer besseren, oder in einer schlechteren Lage hinsichtlich ihrer zukünftigen finanziellen Absicherung (jeweils 1%). Zusammenfassend finden sich im oberen ökonomischen Drittel viele in einer sehr guten finanziellen Lage, sowohl was das aktuelle Auskommen mit dem Einkommen anbelangt, aber auch in Bezug auf die zukünftige finanzielle Absicherung. Der Rest des oberen Drittels, der nicht auf beiden Dimensionen in einer sehr guten Position ist, befindet sich zumindest in einer komfortablen Situation ohne große finanzielle Sorgen. Im mittleren Drittel trifft das auf so gut wie alle und auf beide Dimensionen zu; Absicherung und Auskommen mit dem Einkommen sind überwiegend gut, nur wenige stufen sich hier besser oder schlechter ein.

Abbildung 5: Auskommen mit dem Einkommen nach ökonomischer Lage

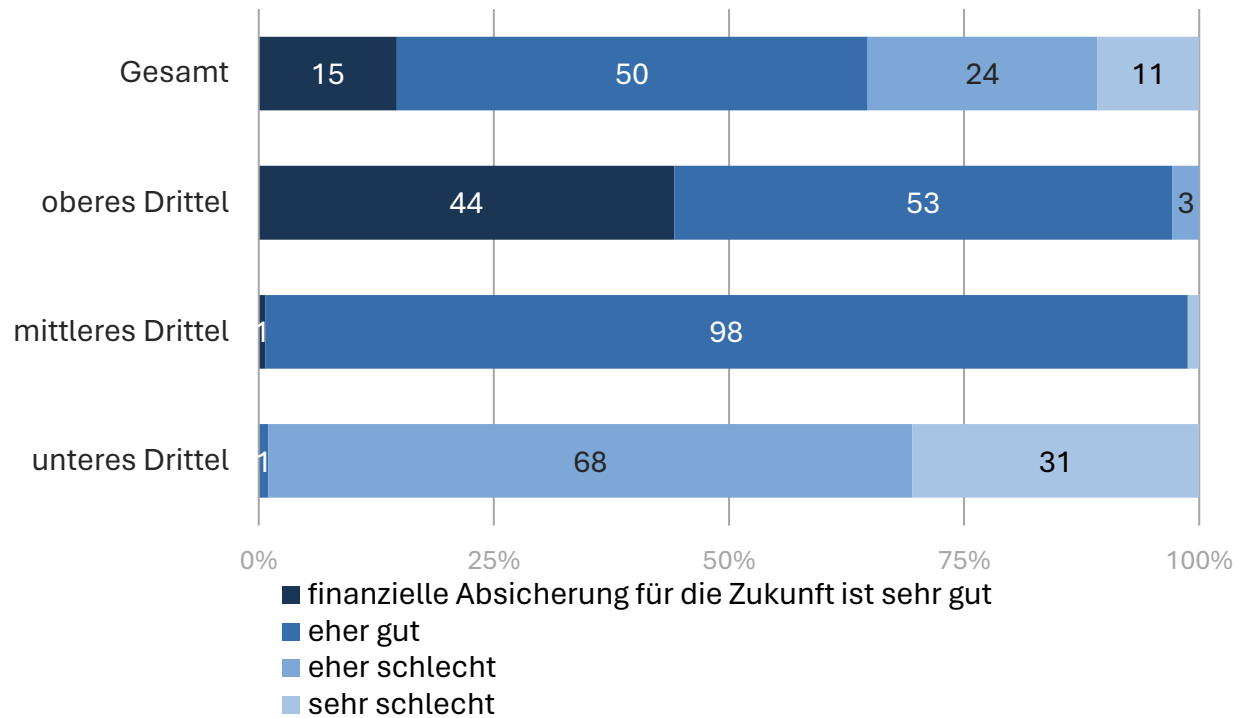


Frage 25: Wie kommen Sie mit Ihrem derzeitigen Haushaltseinkommen aus? Was trifft am ehesten zu?

Quelle: FORESIGHT, Angaben in Prozent, n=1.335 (gesamt) bzw. n=1.332

Anders im unteren ökonomischen Drittel: Hier beschreibt fast die Hälfte das Auskommen mit dem Einkommen so, dass es nur knapp ausreicht (47%), für ein Viertel reicht es nicht aus (24%). Nur für etwas weniger als ein Drittel reicht das erzielte Haushaltseinkommen einigermaßen aus (29%). Die finanzielle Absicherung für die Zukunft ist für das untere ökonomische Drittel noch herausfordernder; hier sind es mehr als zwei Drittel, die sich eher schlecht abgesichert fühlen (68%). Etwas weniger als ein Drittel empfindet die finanzielle Absicherung sogar sehr schlecht (31%), äußerst wenige als eher gut (1%).

Abbildung 6: Finanzielle Absicherung nach ökonomischer Lage



Frage 26: Alles in allem betrachtet: Sind Sie für die Zukunft sehr gut, eher gut, eher schlecht oder sehr schlecht finanziell abgesichert?

Quelle: FORESIGHT, Angaben in Prozent, n=1.393 (gesamt) bzw. n=1.332

Die ökonomischen Drittel selbst unterscheiden sich auch hinsichtlich ihrer Sozialstruktur voneinander. So besteht das obere ökonomische Drittel zu einem großen Teil aus älteren Menschen ab 60 Jahren (43%) und damit zu einem großen Teil auch aus Pensionist:innen (36%) und Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder (65%). Die mit Abstand größte Gruppe innerhalb des Erwerbsstatus machen allerdings die Angestellten aus (42%). Ein Viertel des oberen ökonomischen Drittels hat einen Hochschulabschluss (26%), etwas weniger als ein Fünftel (18%) die Matura. Diese guten sozioökonomischen Rahmenbedingungen äußern sich auch in einer hohen Quote an Wohneigentum, welches fast drei Viertel besitzen (74%).

Der Anteil an Menschen mit Wohneigentum ist im mittleren Drittel mit rund sechs von zehn (58%) deutlich geringer, der Anteil junger Menschen bis 30 Jahre höher als im Durchschnitt (24%). Weiters befinden sich im mittleren Drittel auch mehr Menschen mit Lehrabschluss (37%) bzw. mit Matura (17%) als im Durchschnitt, der Anteil an Männern ist mit 56% hier ebenfalls etwas höher.

Im Gegenzug befinden sich im unteren ökonomischen Drittel mit 55% mehr Frauen und Menschen unter 30 Jahre (22%) bzw. zwischen 30 und 45 Jahre (30%). Etwas mehr als ein Drittel hat einen Pflichtschulabschluss (34%), der Anteil der Arbeiter:innen ist mit 29% im Vergleich zu den anderen Clustern am größten. Weiters finden sich im unteren ökonomischen Drittel auch mehr Menschen, die allein leben (31%) oder die in einem

Mehrpersonenhaushalt mit zumindest einem Kind unter 15 Jahren leben (17%). Der Anteil an Menschen, die Wohneigentum besitzen ist mit 44% geringer, mehr Menschen wohnen in Wohnungen bis zehn (28%) oder mit mehr als zehn Wohneinheiten (28%).

Natürlich zeigen sich auch im durchschnittlichen Haushaltseinkommen Unterschiede nach der ökonomischen Lage. So hat im unteren ökonomischen Drittel die Hälfte der Befragten bzw. ihre Haushalte ein monatliches Nettoeinkommen bis maximal 2.500 Euro zur Verfügung. Im mittleren ökonomischen Drittel liegt dieser Medianwert in der Kategorie bis maximal 3.000 Euro. Erwartungsgemäß ist das Nettoeinkommen des Haushalts im oberen ökonomischen Drittel am größten – und zwar deutlich: Die Hälfte der Befragten im oberen ökonomischen Drittel erzielt ein Nettohaushaltseinkommen bis maximal 4.500 Euro.

## 2.2 Erwerbsstatus und berufliche Stellung

Die verfügbaren ökonomischen Ressourcen hängen auch mit der **beruflichen Stellung** und mit dem **Erwerbsstatus** zusammen. Daher wird als weitere Form der sozialen Schichtung (und damit als zusätzliche Analysedimension für Klimagerechtigkeit) die Frage, ob ein bzw. welches Beschäftigungsverhältnis vorliegt oder ob man sich schon im Ruhestand bzw. noch in Ausbildung befindet, eingeführt. Dies wird insbesondere bei der Untersuchung berufsbezogener Belastungen durch die Klimakrise berücksichtigt.

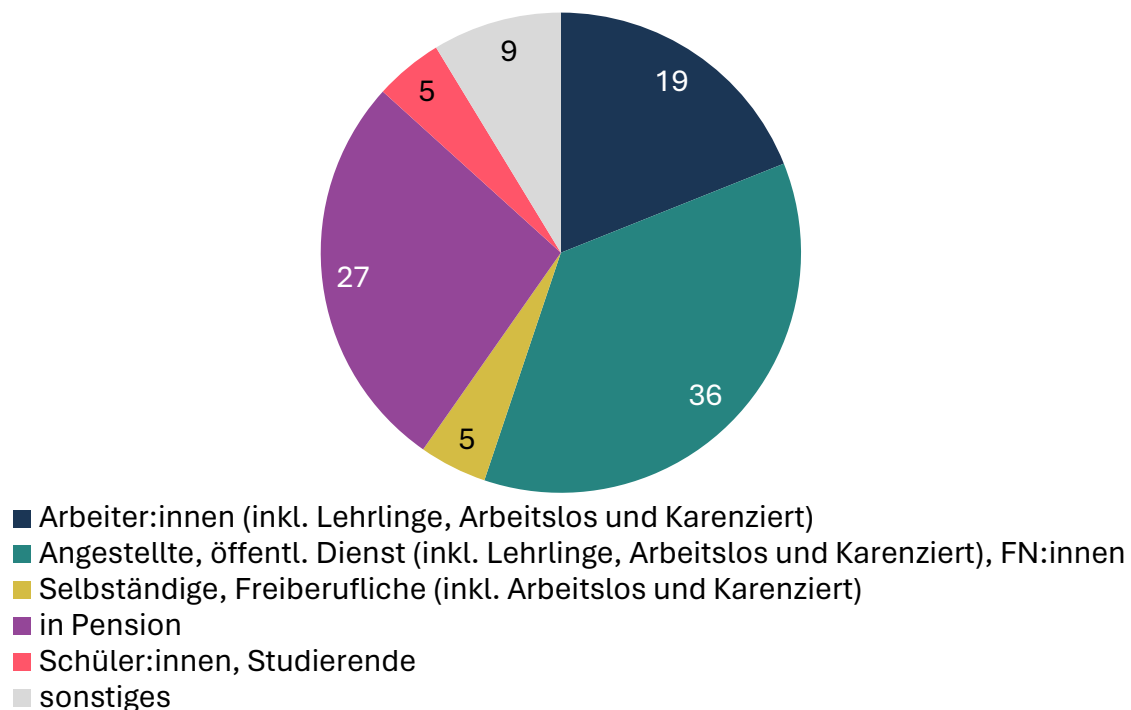
Insgesamt besteht rund ein Fünftel der Befragten (19%) aus Arbeiter:innen, etwas mehr als ein Drittel (36%) sind Angestellte, freie Dienstnehmer:innen und Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Fünf Prozent sind oder waren Selbstständige und Freiberufler<sup>1</sup> (Abbildung 7).

Mehr als ein Viertel der Befragten (27%) ist bereits in Pension, fünf Prozent sind als Schüler:innen oder Studierende noch in Ausbildung. Runde jede:r Fünfte kann keiner dieser Kategorien zugeordnet werden.

---

<sup>1</sup> Aufgrund der geringen Anzahl in der Stichprobe werden auch Menschen in Karenz und Arbeitssuchende den entsprechenden Kategorien ihrer letzten Beschäftigung zugeordnet.

Abbildung 7: Erwerbsstatus und berufliche Stellung



Frage 13: Sind Sie zurzeit ...?

Frage 14: Sind Sie derzeit bzw. waren Sie zuletzt...?

Quelle: FORESIGHT, Angaben in Prozent, n=1.412

### 2.3 Geschlecht

Zuletzt wird auch das (binäre) Geschlecht der Befragten als weitere Analysekatgorien eingeführt. Dieses ist einigermaßen ausgeglichen verteilt; 49% fühlen sich dem männlichen Geschlecht zugehörig, 50% dem weiblichen Geschlecht. Insgesamt n=10 Befragte (0,7%) definieren sich als divers oder wollten bzw. konnten die Frage nach der Geschlechtszugehörigkeit nicht beantworten. Sie können bei genderspezifischen Analysen aufgrund ihrer sehr geringen Anzahl nicht berücksichtigt werden.

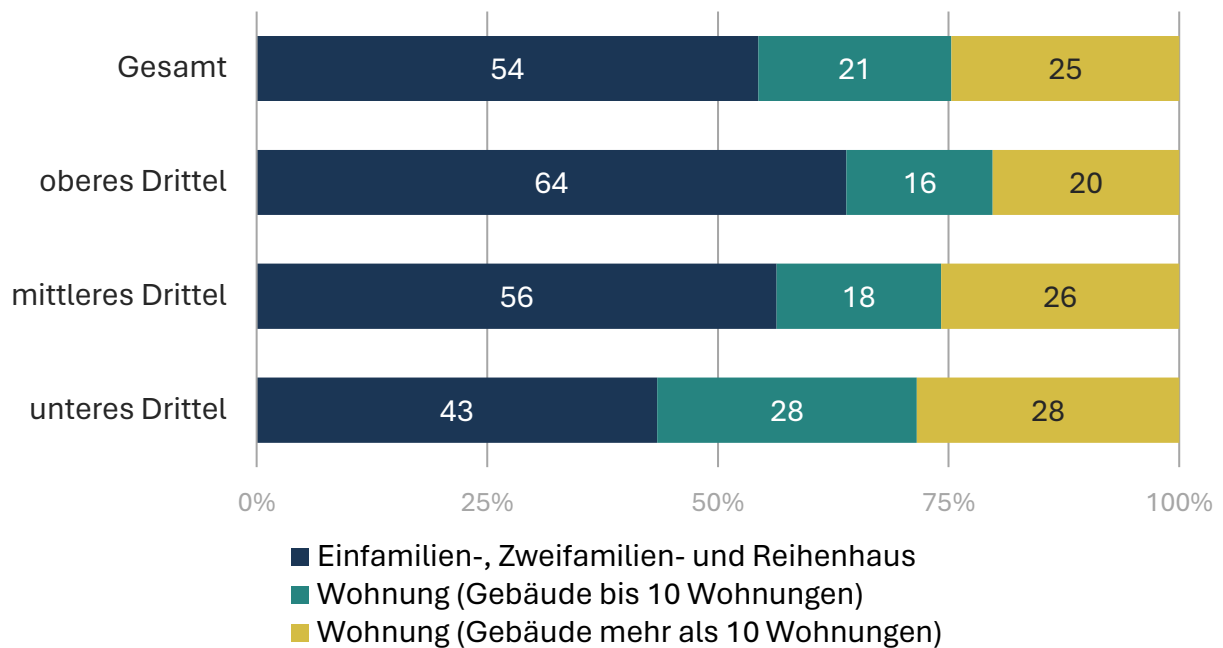
### 2.4 Soziale Ungleichheit und klimarelevantes Verhalten

Soziale Ungleichheit bzw. ökonomische Ressourcen hängen mit klimarelevanten Verhaltensweisen zusammen. So auch in Bezug auf die **Wohnform**: Menschen in guter ökonomischer Lage können sich das Leben in einem Einfamilienhaus leichter leisten als jene in einer schlechteren ökonomischen Lage. Gleichzeitig steht das Einfamilienhaus aus der Perspektive der Klimakrise auch oft in Kritik; höherer Rohstoffverbrauch bei der Errichtung (und zum Teil auch beim Betrieb) sowie der Beitrag zum Verbrauch von

Boden, zur Zersiedelung und damit auch zu mehr Verkehrsaufkommen werden in der Diskussion über das Einfamilienhaus und seinen Beitrag zur Klimakrise oft genannt.

Fast zwei Drittel der Menschen im oberen ökonomischen Drittel (64%) bewohnen ein Einfamilien-, Zweifamilien- oder Reihenhaus. Demgegenüber steht weniger als die Hälfte des unteren ökonomischen Drittels (43%), das in dieser Wohnform lebt. Menschen in schlechterer ökonomischer Lage wohnen demnach häufiger in Mehrparteienhäusern mit bis zu zehn bzw. mehr als zehn Wohnungen, während sich die bessere ökonomische Lage auch in einem größeren Ressourcenverbrauch beim Wohnen zeigt (Abbildung 8)<sup>2</sup>.

Abbildung 8: Wohnform nach ökonomischer Lage



Frage 18: Wohnen Sie in einem...

Quelle: FORESIGHT, Angaben in Prozent, n=1.394 (gesamt) bzw. n=1.321

Vor allem Menschen in guter ökonomischer Lage verfügen über einen **Zweitwohnsitz** wie z.B. ein Ferienhaus: Das trifft auf mehr als ein Fünftel (22%) im oberen ökonomischen Drittel zu, im unteren ökonomischen Drittel verfügen mit rund 8% deutlich weniger Menschen über eine Zweitwohnsitz<sup>3</sup>. Das ist nicht nur in Bezug auf den damit einhergehenden erhöhten Flächen- und Bodenverbrauch relevant, sondern auch hinsichtlich möglicher Anpassungen an die Klimakrise (und der damit verbundenen Möglichkeit in vielen Fällen die heißen Städte während der sommerlichen Hitzewelle auch verlassen zu können).

Und auch eine weitere Anpassungsmöglichkeit an die Klimakrise ist ungleich nach der sozialen Lage der Menschen verteilt, denn auch die ressourcenintensive **Klimaanlage**

<sup>2</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\text{Chi}^2=42,5$ ;  $p<0,001$ ; Cramers  $V=0,14$  statistisch signifikant.

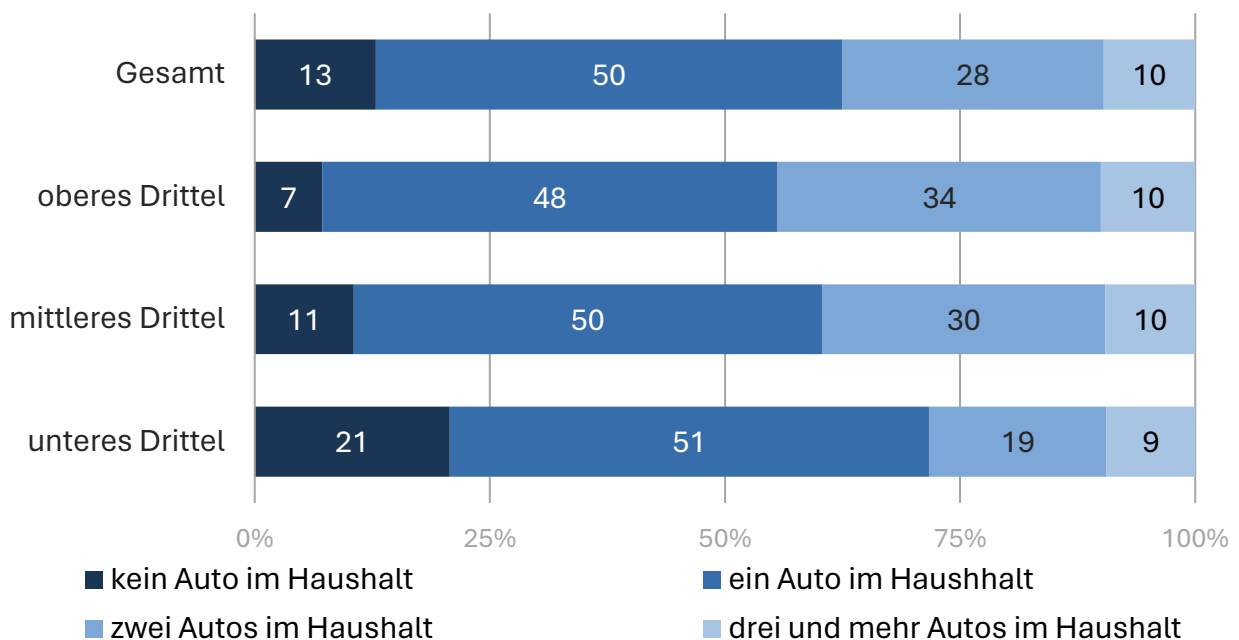
<sup>3</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\text{Chi}^2=39,0$ ;  $p<0,001$ ; Tau-b=0,16 statistisch signifikant.



findet sich vor allem in den Wohnräumen der Menschen in guter ökonomischer Situation: Rund 15% des oberen ökonomischen Drittels können die Wohnräume mit einer Klimaanlage kühlen, im unteren ökonomischen Drittel verfügen mit rund 6% deutlich weniger über eine Klimaanlage<sup>4</sup>.

**Besitz und die Nutzung eines Autos** hängen ebenfalls mit der ökonomischen Lage der Menschen zusammen: Während nur 7% der Befragten aus dem oberen ökonomischen Drittel kein Auto im Haushalt haben das sie jederzeit verwenden können, sind es im unteren ökonomischen Drittel mit 21% dreimal so viele, auf die das zutrifft. Unter jenen die nur ein Auto besitzen gibt es kaum Variation nach der ökonomischen Lage; hier ist der Anteil der Autobesitzer:innen mit rund der Hälfte mehr oder weniger konstant über die ökonomischen Dritteln verteilt. Dies trifft auch auf jene zu, die über drei oder mehr Fahrzeuge im Haushalt verfügen, was auf jede:n Zehnte:n zutrifft.

Abbildung 9: Autoverfügbarkeit im Haushalt nach ökonomischer Lage



Frage 23: Über wie viele eigene Autos, die sie persönlich jederzeit verwenden können, verfügt Ihr Haushalt?

Quelle: FORESIGHT, Angaben in Prozent, n=1.379 (gesamt) bzw. n=1.301

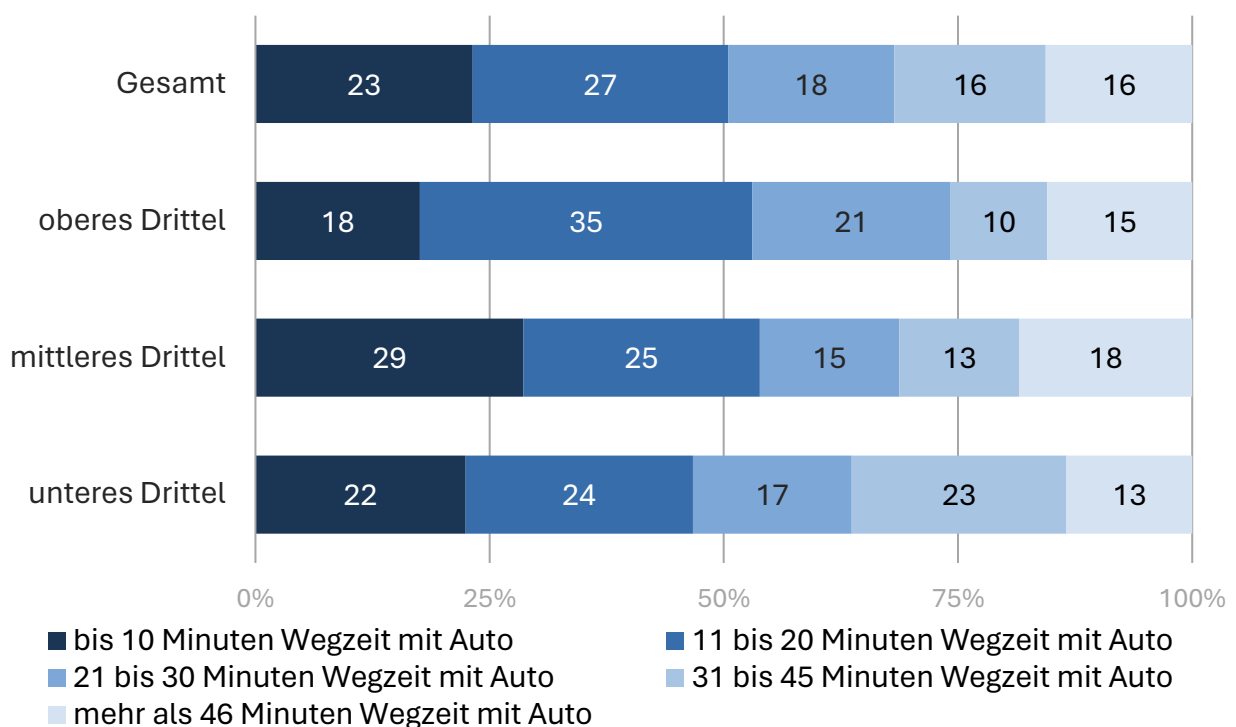
Beim Zweitfahrzeug ist hingegen wieder eine Differenzierung nach der ökonomischen Position der Menschen in Österreich zu erkennen: Während rund ein Drittel derjenigen in guter ökonomischer Lage über zwei Autos verfügt (34%), trifft das für diejenigen in mittelmäßiger ökonomischer Lage nur auf etwas weniger als ein Drittel zu (30%). Im unteren

<sup>4</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=17,3$ ;  $p<0,001$ ;  $\tau\text{-}b=0,11$  statistisch signifikant.

ökonomischen Drittel ist es sogar nur ein Fünftel (21%), das über zwei Autos im Haushalt verfügt (Abbildung 9)<sup>5</sup>.

Erwerbstätige und Menschen in Ausbildung wurden weiters danach gefragt, wie lange sie für den Weg von zu Hause in ihre Arbeits- oder Ausbildungsstätte benötigen sowie welche Verkehrsmittel (oder welchen Verkehrsmittelmix) sie dafür verwenden. Rund die Hälfte der Menschen, die (auch) ein Auto für ihren Weg in die Arbeit oder zur Ausbildung verwenden, hat eine **Wegzeit** von bis zu 20 Minuten insgesamt. Im oberen ökonomischen Drittel beträgt dieser Anteil mit 53% etwas mehr als die Hälfte, im unteren ökonomischen Drittel mit 46% etwas weniger (Abbildung 10).

**Abbildung 10: Wegzeit zur Arbeits- / Ausbildungsstätte, wenn (auch) ein Auto verwendet wird nach ökonomischer Lage**



*Frage 16: Und wenn Sie an einen typischen Weg zu Ihrem Arbeitsplatz bzw. Ihrer Ausbildungsstätte denken, welches Verkehrsmittel oder welche Kombination aus Verkehrsmitteln benutzen Sie üblicherweise um dort hin zu kommen?*

*Frage 17: Wie lange brauchen Sie üblicherweise für Ihren Weg zu Arbeit oder Ausbildungsstätte von Ihrer Haustür weg?*

*Quelle: FORESIGHT, Angaben in Prozent, n=493 (gesamt) bzw. n=472*

Etwas deutlicher wird die Tendenz des Zusammenhangs von ökonomischen Ressourcen und Autofahrt zur Arbeit oder Ausbildung, wenn man Strecken bis insgesamt 30 Minuten Fahrzeit betrachtet: Hier sind es im oberen ökonomischen Drittel fast drei Viertel (74%), die bis zu 30 Minuten Wegzeit haben und (zumindest zum Teil) das Auto dafür

<sup>5</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=54,6$ ;  $p<0,001$ ;  $\text{Tau-b}=-0,15$  statistisch signifikant.

verwenden. Im mittleren ökonomischen Drittel sind es etwas mehr als zwei Drittel (69%) auf die das zutrifft, im unteren ökonomischen Drittel sogar nur 63%<sup>6</sup>. Insgesamt betrachtet ist der Zusammenhang zwischen der Wegzeit von Autonutzer:innen und ihrer ökonomischen Lage aber nur sehr schwach ausgeprägt.

Im Allgemeinen hat das Auto für den Weg zur Arbeit bzw. zur Ausbildungsstätte nach wie vor hohe Relevanz: 59% der Erwerbstätigen oder Menschen in Ausbildung (n=504) nutzen es für ihren Weg zur Arbeit oder der Ausbildungsstätte. Darauf folgen Bus oder Straßenbahn, die von 18% (n=154) genutzt werden. Rund 17% (n=144) nutzen die S-Bahn bzw. den Zug. Insgesamt betrachtet gibt es keinen signifikanten Zusammenhang zwischen Verkehrsmittelwahl und sozialer Lage. Einzige Ausnahme sind hierbei jene, die kein Verkehrsmittel nutzen und auch nicht lange zu Fuß gehen müssen, weil sie zu Hause arbeiten. Dies trifft auf Menschen in guter ökonomischer Position deutlich häufiger zu (6%) als bei jenen in mittleren (3%) oder schlechter sozialer Lage (2%)<sup>7</sup>.

Somit zeigt sich auch in dieser kurzen Analyse, dass klimarelevante Verhaltensweisen, und damit auch klimaschädliches Verhalten, ungleich in der Bevölkerung verteilt sind. Unter finanziell gutgestellten Menschen finden sich viele, die aufgrund ihrer Wohnform oder ihres Mobilitätsverhaltens einen größeren Ressourcenverbrauch haben. In schlechteren ökonomischen Lagen sind diese Verhaltensweisen zwar auch zu beobachten, ihr Vorkommen ist aber zum Teil seltener als in den gut situierten Teilen der Bevölkerung.

### 3 Bekämpfung der Klimakrise: Relevanz und Interessen

#### 3.1 Wichtigkeit und Bekämpfung der Klimakrise

Die **Bekämpfung der Klimakrise** ist wichtig – darüber gibt es unter den Menschen in Österreich große Einigkeit: Für 38% ist die Bekämpfung der Klimakrise sehr wichtig, für 34% ist das ziemlich wichtig (Abbildung 11). Somit sind es gut drei Viertel, die die Bekämpfung der Klimakrise als zumindest ziemlich wichtig ansehen. Allerdings zeigt sich auch hier eine Differenzierung nach sozialer Ungleichheit bzw. ökonomischer Lage.

Denn im oberen ökonomischen Drittel gibt es eine noch deutlichere Mehrheit, die die Bekämpfung der Klimakrise als wichtig erachtet: Das trifft in dieser Gruppe auf acht von zehn Menschen zu (52% sehr wichtig, 29% ziemlich wichtig). Menschen im mittleren und im unteren ökonomischen Drittel finden die Bekämpfung der Klimakrise zwar ebenfalls mit deutlicher Mehrheit wichtig, allerdings in einem geringeren Ausmaß: Im mittleren ökonomischen Drittel finden noch immer drei Viertel die Bekämpfung der Klimakrise

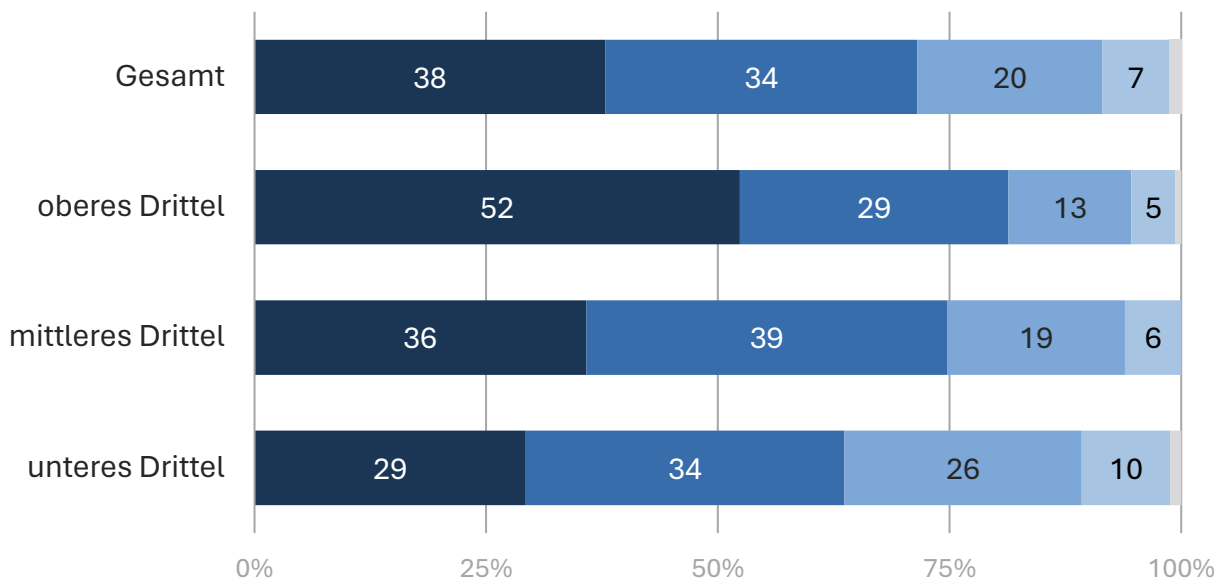
---

<sup>6</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=20,4$ ;  $p<0,01$ ;  $\text{Tau-b}=-0,02$  statistisch signifikant.

<sup>7</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=7,7$ ;  $p<0,05$ ;  $\text{Tau-b}=-0,09$  statistisch signifikant.

wichtig (36% sehr wichtig, 39% ziemlich wichtig), dieser Anteil fällt im unteren ökonomischen Drittel allerdings auf weniger als zwei Drittel (29% sehr wichtig, 34% ziemlich wichtig)<sup>8</sup>. Dieser Zusammenhang zwischen ökonomischer Lage und Wichtigkeit der Klimakrise ist als mittelschwach zu bezeichnen: Je schlechter die ökonomische Lage, desto weniger wichtig wird die Bekämpfung der Klimakrise angesehen.

Abbildung 11: Wichtigkeit der Bekämpfung der Klimakrise



■ Bekämpfung der Klimakrise ist sehr ■ ziemlich ■ wenig ■ gar nicht wichtig ■ w.n. / k.A.

*Frage 1: Wie wichtig schätzen Sie persönlich die Bekämpfung der Klimakrise ein – sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht wichtig?*

*Quelle: FORESIGHT, Angaben in Prozent, n=1.412 (gesamt) bzw. n=1.332*

Somit lassen sich bereits an dieser Stelle zwei relevante Erkenntnisse zum Thema Klimagerechtigkeit formulieren: Einerseits gibt es einen breiten Konsens unter der Bevölkerung, dass die Bekämpfung der Klimakrise wichtig ist. Andererseits sind es auch gerade jene, die viele Ressourcen verbrauchen und damit tendenziell zur Klimakrise beitragen, aber gleichzeitig auch mehr Möglichkeiten zur Umsetzung von Anpassungen an die Klimakrise haben, die die Bekämpfung der Klimakrise als wichtiger erachten.

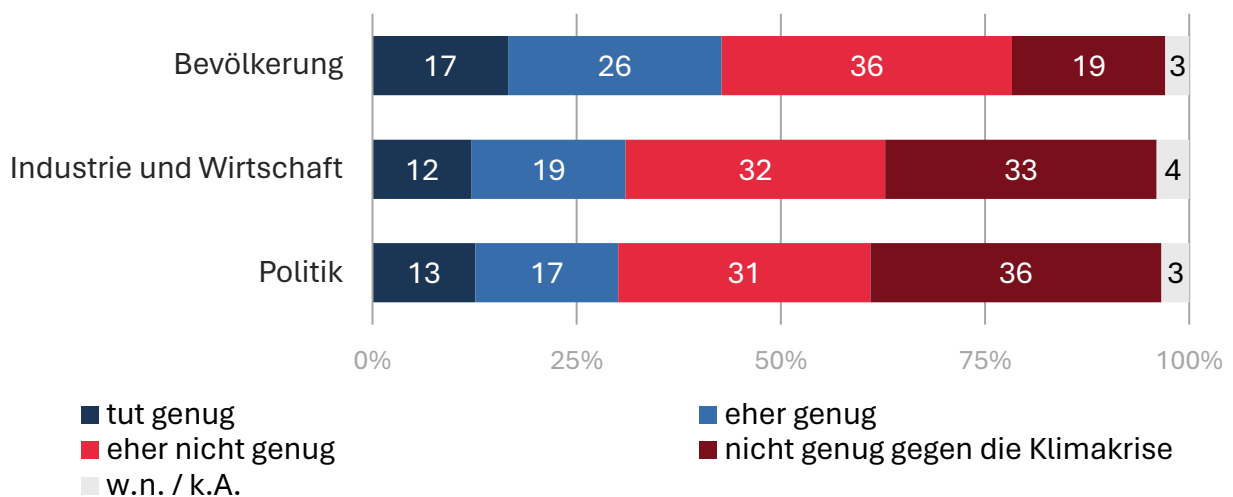
Und auch bei der Frage wer denn genug oder zu wenig gegen die Klimakrise tut, sind sich die Menschen in Österreich weitestgehend einig: Keine:r der abgefragten Akteur:innen, konkret die Bevölkerung, Industrie und Wirtschaft sowie die Politik, tut genug gegen die Klimakrise bzw. ist nur eine Minderheit der Ansicht, dass diese Akteur:innen genug Einsatz zur Bekämpfung der Klimakrise zeigen (Abbildung 12).

Am ehesten wird noch der Bevölkerung der größte **Einsatz gegen die Klimakrise** zugesprochen, hier sind knapp vier von zehn der Ansicht, dass die Bevölkerung genug gegen

<sup>8</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=64,4$ ;  $p<0,001$ ;  $\text{Tau-b}=-0,18$  statistisch signifikant.

die Klimakrise tut (17% genug, 26% eher genug). Anders sieht es bei Politik und Wirtschaft aus: Hier sind jeweils nur drei von zehn Menschen in Österreich der Ansicht, dass ausreichendes Engagement gegen die Klimakrise vorliegt. Das finden 31% in Bezug auf Industrie und Wirtschaft (13% genug, 17% eher genug), 30% haben diese Ansicht in Bezug auf die Politik (12% genug, 19% eher genug)<sup>9</sup>.

**Abbildung 12: Einsatz gegen die Klimakrise**



*Frage 2: Und tun die folgenden Akteur:innen ihrer Ansicht nach genug, eher genug, eher nicht genug oder nicht genug gegen die Klimakrise*

*Quelle: FORESIGHT, Angaben in Prozent, n=1.412*

Der Einsatz im Kampf gegen die Klimakrise wird unabhängig von der eigenen sozialen Lage mehr oder weniger gleich gut bzw. schlecht beurteilt (Abbildung 13). Im oberen ökonomischen Drittel beurteilen vier von zehn den Einsatz der Bevölkerung als ausreichend (15% genug, 25% eher genug), im mittleren (16% genug, 28% eher genug) und im unteren ökonomischen Drittel (19% genug, 26% eher genug) sind es nur geringfügig mehr, die dieser Ansicht sind<sup>10</sup>. Den Einsatz von Industrie und Wirtschaft beurteilt das mittlere Drittel am wohlwollendsten; hier ist es knapp mehr als ein Drittel, das den

<sup>9</sup> Hier stellen sich die Menschen in Österreich übrigens ein deutlich besseres Zeugnis aus als Menschen in Deutschland: In einer repräsentativen Studie des Deutschen Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) sind nur 5% der Ansicht, dass Bürgerinnen und Bürger genug für Umwelt- und Klimaschutz tun, 18% stufen den Einsatz für Umwelt- und Klimaschutz als eher genug ein. Weiters sind auch nur 4% der Meinung, dass Industrie und Wirtschaft genug tun bzw. sind 11% der Meinung, dass Industrie und Wirtschaft eher genug tun. Einzig der Einsatz der Politik wird in Deutschland und Österreich ähnlich beurteilt: Hier sind 7% der Deutschen der Ansicht, dass die Bundesregierung genug für Umwelt- und Klimaschutz tut, 23% beurteilen diesen Einsatz als eher genug (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz [BMUV], 2022). Mit einer leicht abgeänderte Fragestellung kommen Gagné und Krause (2021) zum Ergebnis, dass 41% der Deutschen finden, dass „Leute wie ich“ in etwa das richtig Maß an Einsatz für den Klimaschutz zeigen, für 28% trifft das auf Bürger:innen im Allgemeinen zu. Die Deutsche Bundesregierung und die Wirtschaft werden mit jeweils 17% in dieser Hinsicht gleich beurteilt.

<sup>10</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=5,9$ ;  $p=0,43$  nicht statistisch signifikant.

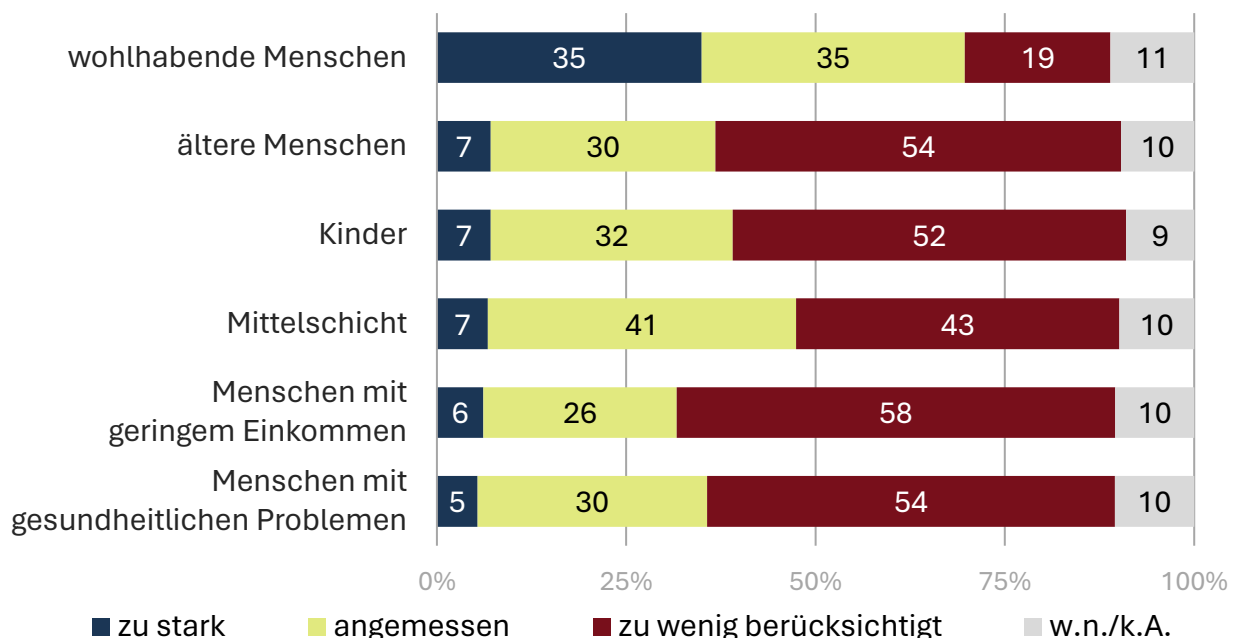


### 3.2 Vertretung der Interessen in der Klimapolitik

Doch der Einsatz der Politik (bzw. auch der Bevölkerung und von Industrie und Wirtschaft) gegen die Klimakrise ist nicht das Einzige, was zählt, sondern auch der politische Ausgleich von Interessen in der Umsetzung der Klimapolitik. In diesem Zusammenhang stellt sich somit die Frage wessen Interessen bei der Klimapolitik angemessen, zu viel, oder zu wenig berücksichtigt werden – dies insbesondere vor dem Hintergrund der Annahme, dass die Menschen einerseits unterschiedlich von den Folgen der Klimakrise betroffen sind (wie z.B. die heute jungen Generation, die den Planeten am Ende dieses Jahrhundert noch erleben werden, oder Menschen mit gesundheitlichen Problemen, die bereits jetzt vermehrt unter den Folgen der Klimakrise leiden können) und andererseits auch unterschiedliche Voraussetzungen haben, um auf die Klimakrise zu reagieren (sei es durch die Umsetzung klimapolitischer Maßnahmen oder klimarelevanter Anpassungen).

Auch hier herrscht zum großen Teil Einigkeit unter den Menschen in Österreich über den **Interessenausgleich in der Klimapolitik**: So sind mehr als ein Drittel (35%) der Ansicht, dass die Interessen wohlhabender Menschen in der Klimapolitik zu stark berücksichtigt werden, ebenso viele (35%) sind der Ansicht, dass die Interessen wohlhabender Menschen angemessen berücksichtigt werden. Nur rund jede:r Fünfte (19%) ist hingegen der Meinung, dass die Interessen von Wohlhabenden in der Klimapolitik zu wenig berücksichtigt werden (Abbildung 14).

Abbildung 14: Berücksichtigung von Interessen in der Klimapolitik



Frage 5: Werden Ihrer Ansicht nach die Interessen der folgenden Gruppen in der Klimapolitik zu stark, angemessen, oder zu wenig berücksichtigt?

Quelle: FORESIGHT, Angaben in Prozent, n=1.412

Bei allen anderen abgefragten Gruppen ist eine deutliche Mehrheit der Menschen in Österreich der Meinung, dass die Interessen dieser Gruppe zu wenig berücksichtigt werden; seien es Menschen mit geringem Einkommen (58% sind der Ansicht, dass diese Interessen zu wenig berücksichtigt werden), Menschen mit gesundheitlichen Problemen (54%), ältere Menschen (54%), Kinder (52%) oder die Mittelschicht (43%). Immerhin ist in Bezug auf die Mittelschicht eine ähnlich große Gruppe der Ansicht, dass ihre Interessen angemessen berücksichtigt werden (41%).

Somit finden die Menschen in Österreich zu einem großen Teil, dass die Interessen jener zu wenig berücksichtigt werden, die am meisten unter der Klimakrise leiden (werden) oder die von derselben vor große Herausforderungen gestellt werden. Die Interessen derjenigen, die sich bereits heute in einer privilegierten Position befinden, werden hingegen zu stark bzw. angemessen berücksichtigt<sup>13</sup>.

Eine unzureichende Berücksichtigung der Interessen der abgefragten Gruppen in der Klimapolitik sehen vor allem Menschen im unteren ökonomischen Drittel (Abbildung 15). Sie sehen für alle abgefragten Gruppen, mit Ausnahme der Wohlhabenden, mehrheitlich eine unzureichende Berücksichtigung ihrer Interessen. Dies trifft insbesondere auf die Interessen von Menschen mit geringem Einkommen zu, wo zwei Drittel (66%) derjenigen, die selbst in einer schwierigen ökonomischen Lage sind die Meinung vertreten, dass die Interessen zu wenig berücksichtigt werden. Im mittleren (55%) und im oberen ökonomischen Drittel (56%) sind nur etwas mehr als die Hälfte dieser Ansicht<sup>14</sup>.

Darauf folgen die Interessen von Menschen mit gesundheitlichen Problemen (60%) und älteren Menschen (60%), über die sechs von zehn Menschen aus dem unteren ökonomischen Drittel den Eindruck haben, dass diese Interessen in der Klimapolitik zu wenig berücksichtigt werden. Im mittleren (jeweils 52%) und im oberen ökonomischen Drittel (52% bzw. 51%) teilt nur geringfügig mehr als die Hälfte diese Ansicht über die Berücksichtigung der Interessen von Menschen mit gesundheitlichen Problemen<sup>15</sup> und älteren Menschen<sup>16</sup>.

---

<sup>13</sup> In einer ähnlichen Fragestellung aber mit dem Fokus auf den Umbau zu einer umwelt- und klimafreundlichen Wirtschaft finden zwei Drittel Menschen in Deutschland übrigens, dass die Interessen reicher Menschen zu stark berücksichtigt werden (65%). Die Interessen armer Menschen finden hingegen 75% der Deutschen zu wenig berücksichtigt (BMUV, 2022).

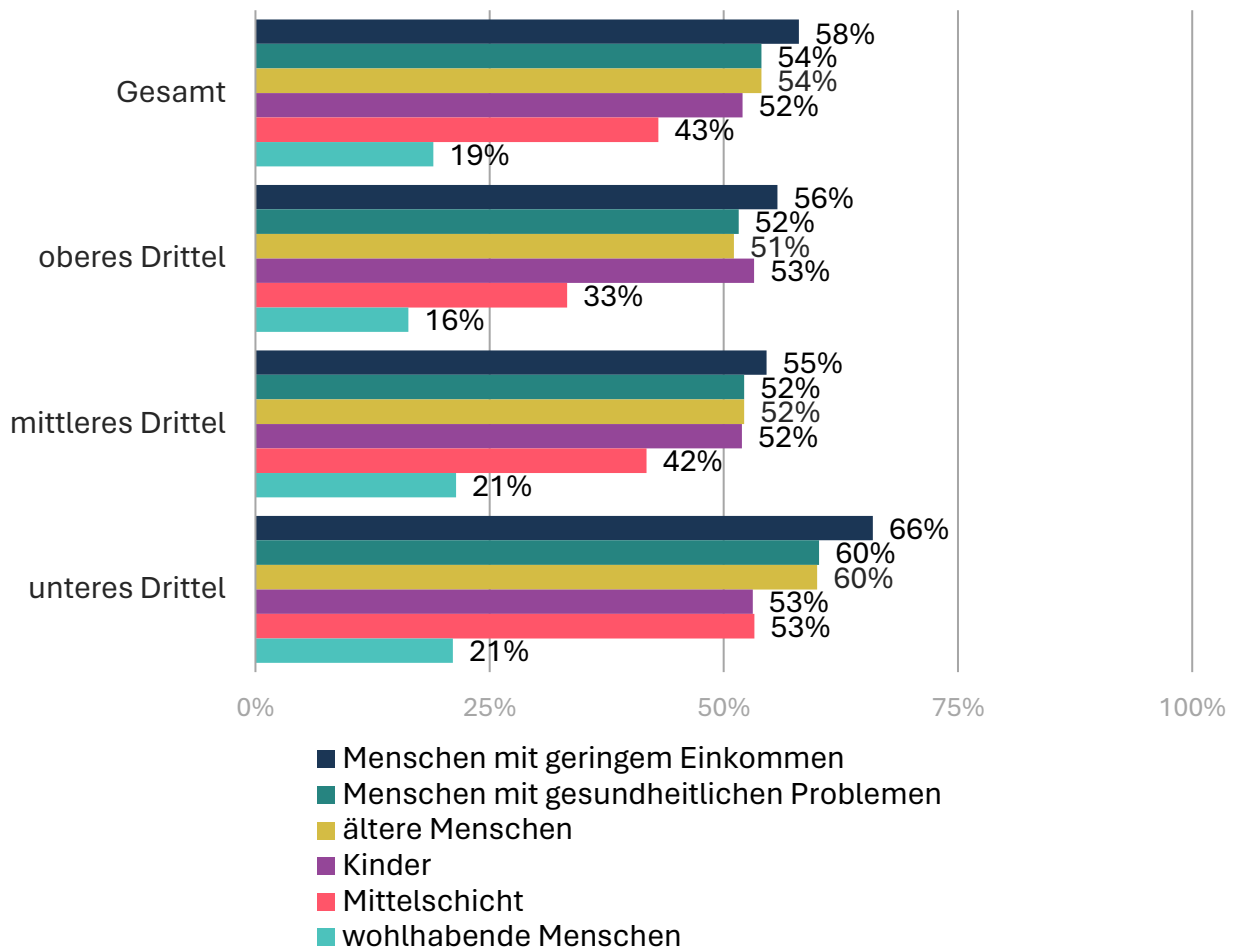
<sup>14</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=17,9$ ;  $p<0,001$ ;  $\tau\text{-}b=0,09$  statistisch signifikant.

<sup>15</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=11,2$ ;  $p<0,01$ ;  $\tau\text{-}b=0,07$  statistisch signifikant.

<sup>16</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=8,7$ ;  $p<0,05$ ;  $\tau\text{-}b=0,07$  statistisch signifikant



**Abbildung 15: Zu geringe Berücksichtigung der Interessen in der Klimapolitik nach ökonomischer Lage**



Frage 5: Werden Ihrer Ansicht nach die Interessen der folgenden Gruppen in der Klimapolitik zu stark, angemessen, oder zu wenig berücksichtigt?

Quelle: FORESIGHT, Angaben in Prozent, n=1.412 (gesamt) bzw. n= 1.332

In Bezug auf die Interessen der Mittelschicht und von Kindern ist es mit jeweils 53% innerhalb des unteren ökonomischen Drittels ebenfalls eine Mehrheit, die eine mangelhafte Berücksichtigung dieser Interessen in der Klimapolitik sieht. Innerhalb des mittleren ökonomischen Drittels sind allerdings mit 42% weniger als die Hälfte der Ansicht, dass die Interessen der Mittelschicht zu wenig berücksichtigt werden, über die Interessen von Kindern teilt rund die Hälfte (52%) des mittleren Drittels diese Ansicht. Im oberen ökonomischen Drittel herrscht noch seltener die Meinung, dass die Interessen der Mittelschicht zu wenig vertreten werden; diese Ansicht teilt gerade einmal ein Drittel derjenigen in guter ökonomischer Lage<sup>17</sup>. In Bezug auf die Interessen von Kindern ist es auch unter denjenigen in guter ökonomischer Lage wieder geringfügig mehr als die

<sup>17</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=39,8$ ;  $p<0,001$ ;  $\tau_b=16,9$  statistisch signifikant

Hälfte (53%), die eine zu geringe Berücksichtigung der Interessen wahrnimmt<sup>18</sup>. Somit gibt es in Bezug auf die Berücksichtigung der Interessen von Kindern kaum Variation nach ökonomischer Lage.

Und auch über die Berücksichtigung der Interessen von Wohlhabenden herrscht große Einigkeit: Nur rund jede:r Fünfte in schlechter (21%) oder mittlerer (21%) ökonomischer Lage findet, dass die Interessen der Wohlhabenden in der Klimapolitik zu wenig berücksichtigt werden. Innerhalb derjenigen in guter ökonomischer Lage teilt fast jede:r Sechste (16%) diese Ansicht<sup>19</sup>.

Zusammenfassend sieht man folglich, dass die Beurteilung darüber, wessen Interessen in der Klimapolitik zu wenig berücksichtigt werden, kaum nach der eigenen ökonomischen Lage variiert. Einen schwachen bis mittelmäßigen Zusammenhang findet man nur bei der Berücksichtigung der Interessen der Mittelschicht. Hier gilt, dass je besser die eigene ökonomische Lage ist, desto seltener wird befunden, dass diese Interessen zu wenig vertreten werden. Schwache Zusammenhänge finden sich weiters bei der Berücksichtigung der Interessen von Menschen mit geringem Einkommen, mit gesundheitlichen Problemen und von älteren Menschen. Hier gilt, dass das untere ökonomische Drittel tendenziell findet, dass diese Interessen zu wenig berücksichtigt werden<sup>20</sup>. Einigkeit gibt es hingegen über die zu geringe Berücksichtigung der Interessen von Kindern oder Wohlhabenden; hier ist keine nennenswerte Variation nach der eigenen ökonomischen Lage zu erkennen.

Einigkeit besteht zu einem großen Teil auch darüber, wessen Interessen in der Klimapolitik zu stark berücksichtigt werden (Abbildung 16). Hier gibt es nur in Bezug auf die Interessen der Wohlhabenden eine beobachtbare Variation nach der eigenen ökonomischen Lage, in der sich das untere ökonomische Drittel von den anderen Gruppen abhebt: Während rund jede:r Dritte in guter (32%) oder mittlerer (30%) ökonomischer Lage findet, dass die Interessen der Wohlhabenden zu stark berücksichtigt werden, sind es mehr als vier von zehn (44%) in schlechter ökonomischer Lage, die diesen Eindruck haben<sup>21</sup>. Somit gibt es hier einen schwachen Zusammenhang zwischen der eigenen ökonomischen Lage und einer zu starken Berücksichtigung der Interessen von Wohlhabenden.

---

<sup>18</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=1,4$ ;  $p=0,49$  nicht statistisch signifikant.

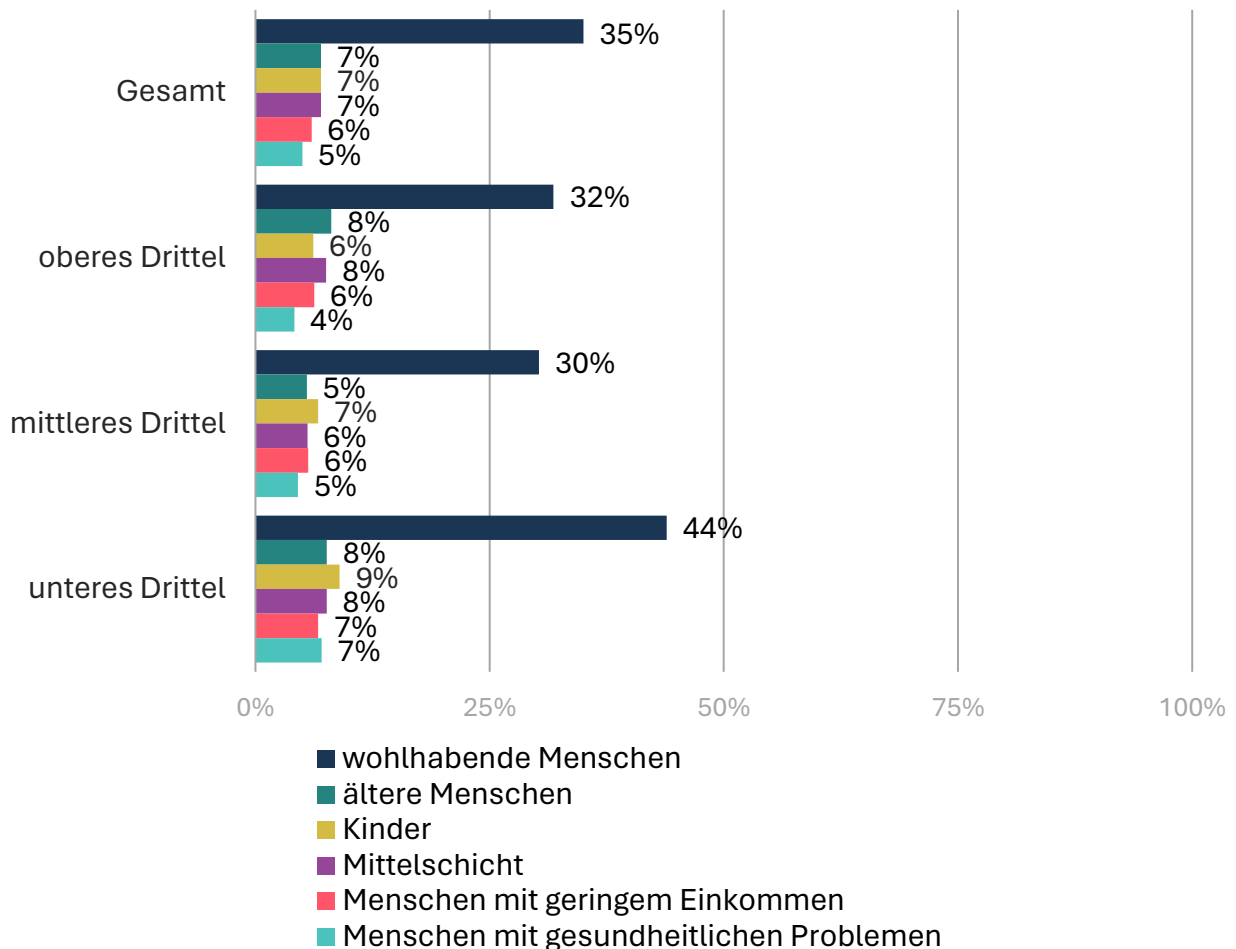
<sup>19</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=3,1$ ;  $p=0,21$  nicht statistisch signifikant.

<sup>20</sup> Dieser Befund reiht sich damit auch in die Ergebnisse des Österreichischen Demokratie Monitors ein, in dem gezeigt wird, dass das untere ökonomische Drittel (zunehmend) unzufrieden mit der Politik im Allgemeinen bzw. dem politischen System in Österreich ist. Dies äußert sich im Gefühl von der Politik als Mensch zweiter Klasse behandelt zu werden, im Parlament nicht vertreten zu sein und durch politische Beteiligung keinen Unterschied machen zu können (Zandonella, 2022). Und in weitere Folge, wie hier gezeigt wurde, darin, dass die Politik die Interessen relevanter Teile der Gesellschaft zu wenig berücksichtigt.

<sup>21</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=20,9$ ;  $p<0,001$ ;  $\tau_b=0,09$  statistisch signifikant

Die Wahrnehmung einer zu starken Berücksichtigung der Interessen von älteren Menschen<sup>22</sup>, Kindern<sup>23</sup>, der Mittelschicht<sup>24</sup>, Menschen mit geringem Einkommen<sup>25</sup> oder mit gesundheitlichen Problemen<sup>26</sup> variiert hingegen nicht (bzw. nicht statistisch signifikant) nach der eigenen ökonomischen Lage. Die entsprechenden Anteile reichen von 4% bis maximal 9% und haben somit nur eine sehr geringe Spannweite.

**Abbildung 16: Zu starke Berücksichtigung der Interessen in der Klimapolitik nach ökonomischer Lage**



*Frage 5: Werden Ihrer Ansicht nach die Interessen der folgenden Gruppen in der Klimapolitik zu stark, angemessen, oder zu wenig berücksichtigt?*

Quelle: FORESIGHT, Angaben in Prozent, n=1.412 (gesamt) bzw. n= 1.332

<sup>22</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=2,8$ ;  $p=0,25$  nicht statistisch signifikant.

<sup>23</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=3,23$ ;  $p=0,2$  nicht statistisch signifikant.

<sup>24</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=2,2$ ;  $p=0,33$  nicht statistisch signifikant.

<sup>25</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=0,5$ ;  $p=0,78$  nicht statistisch signifikant.

<sup>26</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=4,5$ ;  $p=0,11$  nicht statistisch signifikant.

## 4 Auswirkungen der Folgen der Klimakrise

### 4.1 Gesundheitliche Folgen der Klimakrise

Nachdem in diesem Bericht bereits festgestellt wurde, dass die Bekämpfung der Klimakrise von den meisten Menschen in Österreich als wichtig erachtet wird, aber der Eindruck besteht, dass die Interessen fast aller gesellschaftlicher Gruppen, mit Ausnahme der Wohlhabenden und mit Abstrichen auch der Mittelschicht, in der Klimapolitik zu wenig berücksichtigt werden, werden nun die gesundheitlichen **Folgen der Klimakrise** und die Häufigkeit ihres Auftretens in der Bevölkerung beschrieben. Besondere Aufmerksamkeit kommt hierbei den gesundheitlichen Auswirkungen einer sommerlichen Hitzewelle mit mehreren aufeinanderfolgenden Tagen mit Tageshöchstwerten von 30 Grad Celsius und mehr zu.

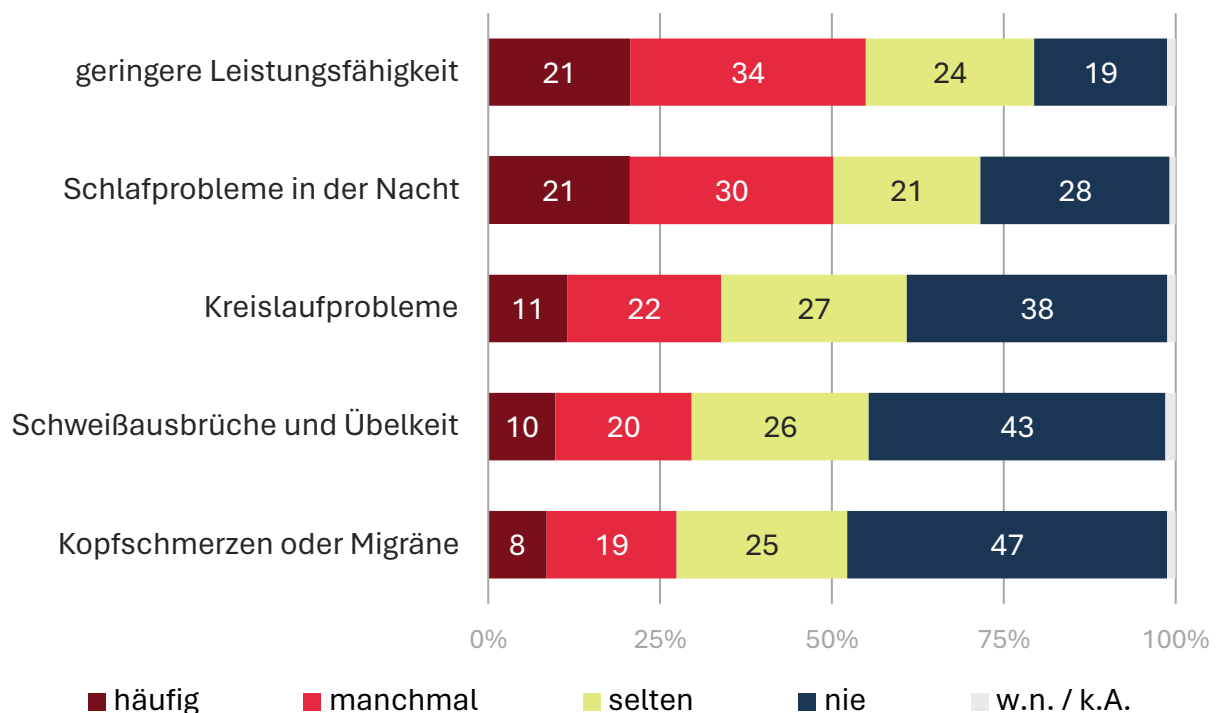
Denn die Zunahme der Durchschnittstemperaturen und das Auftreten von Hitzewellen ist der dringendste Aspekt der Klimakrise hinsichtlich der Gesundheit der Menschen in Österreich: Ohne weitere Anpassungsmaßnahmen wird bereits im Jahr 2030 mit 400 Hitzetoten pro Jahr gerechnet, die sich bis Mitte des Jahrhunderts mit 1.000 Hitzetoten pro Jahr mehr als verdoppeln könnten<sup>27</sup>. Als besonders vulnerabel werden in diesem Zusammenhang Menschen in Städte oder mit Vorerkrankungen und ältere Menschen genannt. Aber auch Menschen in schwierigen ökonomischen Verhältnissen (und/oder mit Migrationshintergrund) sind (und werden) von der Hitze besonders betroffen (sein) (Haas et al., 2018).

Rund die Hälfte der Menschen in Österreich leidet während den Hitzewellen im Sommer unter geringerer Leistungsfähigkeit (21% häufig, 34% manchmal) oder Schlafproblemen in der Nacht (21% häufig, 30% manchmal). Rund ein Drittel berichtet, dass es unter Kreislaufproblemen (11% häufig, 22% manchmal) oder Schweißausbrüchen und Übelkeit leidet (10% häufig, 20% manchmal). Bei etwas mehr als einem Viertel ist das auch bei Kopfschmerzen und Migräne der Falle (8% häufig, 19% manchmal) (Abbildung 17). Der Anteil jener, die insgesamt unter den Folgen von sommerlichen Hitzewellen leiden, beträgt demnach zumindest ein Viertel und kann bis zur Hälfte reichen – je nach konkreter Belastung durch Hitzewellen.

---

<sup>27</sup> Im Jahr 2019 berichtete die Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES) eine Hitze-assoziierte Übersterblichkeit von 198. Die Zahlen für die Corona-Jahre bis 2022 (mit 231 Hitzetoten im Jahr 2022) beruhen aufgrund der Pandemie-bedingten allgemein hohen Übersterblichkeit nur auf Schätzungen. Für 2023 berichtet die AGES eine Hitze-assoziierte Übersterblichkeit von 53 – wahrscheinlich aus dem Grund, weil die vulnerable Gruppe bereits vorher Opfer der Übersterblichkeit geworden ist (Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit [AGES]. 2023).

Abbildung 17: Klimabelastungen durch Hitzewellen



Frage 4: Wenn es im Sommer mehrere Tage deutlich über 30 Grad hat, wie oft erleben Sie in so einer Hitzewelle [...] – häufig, manchmal, selten, oder nie?

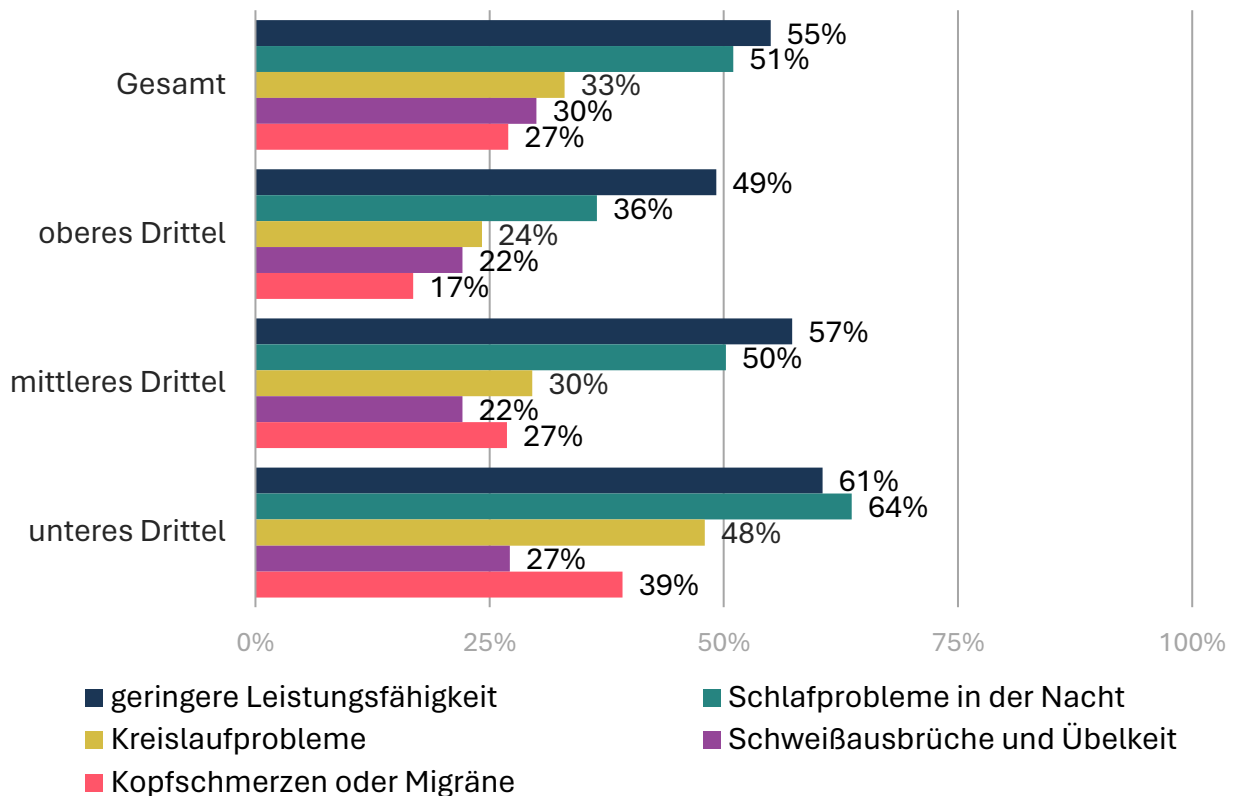
Quelle: FORESIGHT, Angaben in Prozent, n=1.412

Die Klimabelastungen durch Hitzewellen sind ebenfalls nicht gleichmäßig unter der Bevölkerung verteilt (Abbildung 18). Betrachtet man die Betroffenheit nach der ökonomischen Lage der Menschen in Österreich, so sind es im unteren ökonomischen Drittel sogar sechs von zehn, die entweder geringere Leistungsfähigkeit (61%) oder häufig oder manchmal auftretende Schlafprobleme (64%) berichten. Im oberen ökonomischen Drittel sind zum Teil deutlich weniger Menschen von Klimabelastungen betroffen: Hier berichtet nur die Hälfte (49%) von häufig oder manchmal auftretender geringerer Leistungsfähigkeit<sup>28</sup>, Schlafprobleme kommen mit 36% sogar fast nur halb so häufig vor<sup>29</sup>.

<sup>28</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=35,7$ ;  $p<0,001$ ;  $\text{Tau-b}=-0,11$  statistisch signifikant.

<sup>29</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=90,8$ ;  $p<0,001$ ;  $\text{Tau-b}=-0,22$  statistisch signifikant.

Abbildung 18: Häufig und manchmal auftretende Klimabelastungen nach ökonomischer Lage



Frage 4: Wenn es im Sommer mehrere Tage deutlich über 30 Grad hat, wie oft erleben Sie in so einer Hitzewelle [...] – häufig, manchmal, selten, oder nie?

Quelle: FORESIGHT, Angaben in Prozent, n=1.412 (gesamt) bzw. n=1.332

Auch unter den anderen erhobenen Klimabelastungen leidet das untere ökonomische Drittel deutlich häufiger als die Menschen in guter finanzieller Lage: Während fast die Hälfte der Menschen in schwieriger ökonomischer Lage häufige oder manchmal auftretende Kreislaufprobleme berichtet (48%), sind es im oberen ökonomischen Drittel mit einem Viertel nur halb so viele (24%)<sup>30</sup>. Gleiches gilt für Kopfschmerzen und Migräne, die im unteren ökonomischen Drittel (39%) mehr als doppelt so oft berichtet werden als im oberen ökonomischen Drittel (17%)<sup>31</sup>. Die Zusammenhänge zwischen sozialer Lage und Klimabelastungen sind durchgehend mittelstark.

Nur Schweißausbrüche und Übelkeit kommen unabhängig von der ökonomischen Position mehr oder weniger gleichmäßig oft bzw. manchmal vor: Im unteren ökonomischen Drittel berichtet etwas mehr als ein Viertel (27%), dass diese häufig oder manchmal auftreten, im unteren Drittel sind es mit 22% etwas weniger als ein Viertel. Allerdings ist hier

<sup>30</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=98,9$ ;  $p<0,001$ ;  $\text{Tau-b}=-0,22$  statistisch signifikant.

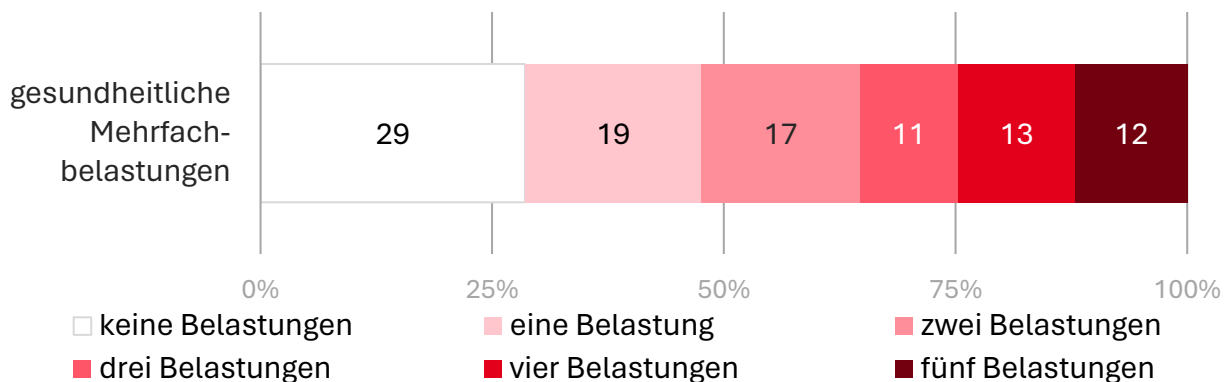
<sup>31</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=98,7$ ;  $p<0,001$ ;  $\text{Tau-b}=-0,24$  statistisch signifikant.

der Anteil jener, bei denen das häufig der Fall ist im unteren ökonomischen Drittel mit 16% deutlich höher als im oberen ökonomischen Drittel (7%)<sup>32</sup>.

Um das **Auftreten von mehrfachen Belastungen** durch Folgen der Klimakrise untersuchen zu können, wurde ein Zählindex der Klimabelastungen gebildet. Dabei wurde für alle Befragten die Summe der oft oder manchmal auftretenden Belastungen durch die Folgen der Klimakrise gebildet; diese kann somit zwischen null (keine Belastung wird zumindest manchmal erlebt) bis fünf (alle abgefragten Belastungen werden zumindest manchmal erlebt) variieren. Im Durchschnitt erleben die Menschen in Österreich 1,9 oft oder manchmal auftretenden Klimabelastungen während sommerlicher Hitzewellen (Standardabweichung [SD] =1,7).

Drei von zehn Menschen berichten gar keine oft oder manchmal auftretenden Belastungen durch die Folgen der Klimakrise. Etwas mehr als ein Drittel (36%) erlebt ein bis zwei Belastungen zumindest manchmal, bei rund einem Viertel (24%) ist das für drei bis vier Belastungen der Fall. Rund jede:r Achte ist in dieser Hinsicht höchstbelastet und erlebt alle sechs abgefragten Belastungen während der sommerlichen Hitzewelle zumindest manchmal (Abbildung 19).

Abbildung 19: Mehrfache Belastungen durch die Klimakrise



Frage 4: Wenn es im Sommer mehrere Tage deutlich über 30 Grad hat, wie oft erleben Sie in so einer Hitzewelle [...] – häufig, manchmal, selten, oder nie?

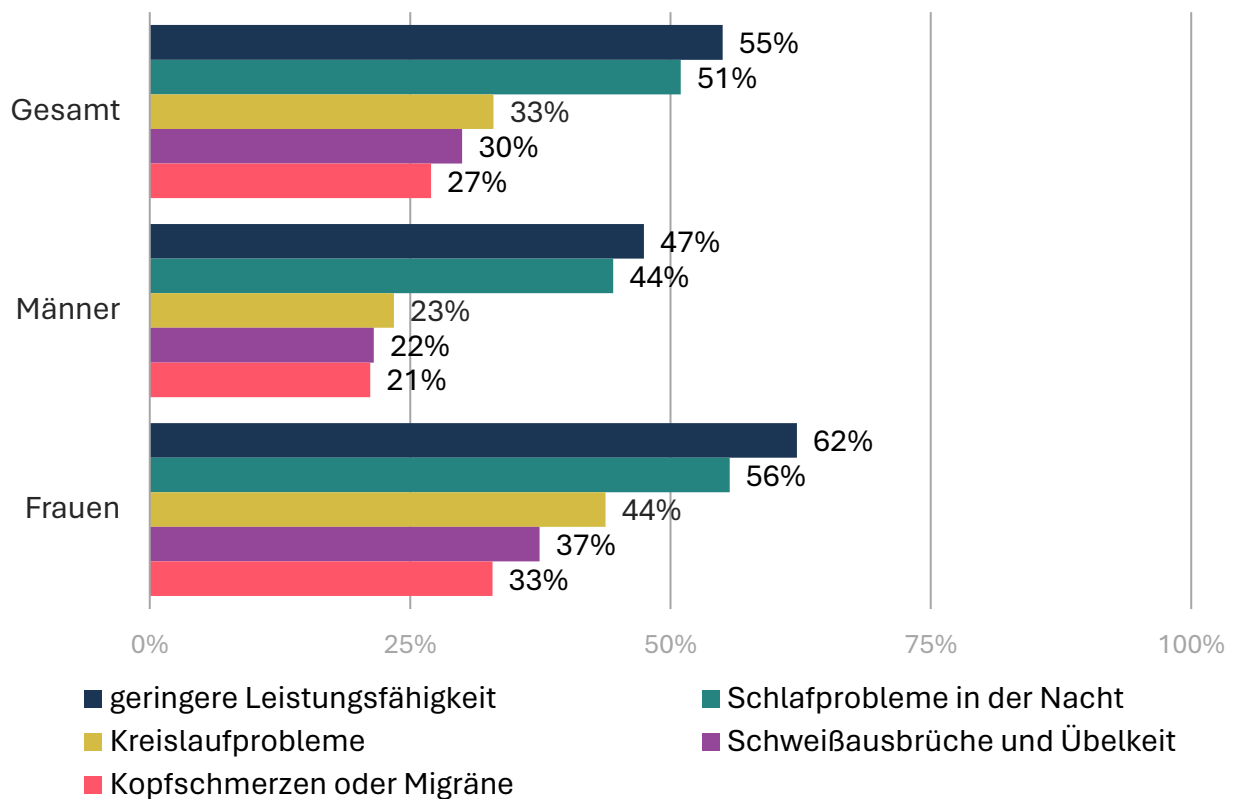
Quelle: FORESIGHT, Angaben in Prozent, n=1.412

Die Auswertung der mehrfachen Belastungen nach ökonomischer Lage zeigt dabei einen eindeutigen Zusammenhang: Menschen im oberen ökonomischen Drittel erleben im Durchschnitt 1,5 Belastungen (SD=1,6) zumindest manchmal, im mittleren ökonomischen Drittel sind es bereits 1,9 Belastungen (SD=1,7), auf die das zutrifft. Das untere

<sup>32</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=82,7$ ;  $p<0,001$ ;  $\tau_b=-0,22$  statistisch signifikant.

ökonomische Drittel leidet hingegen mit durchschnittlich 2,5 Belastungen (SD=1,8) am stärksten unter mehrfachen Belastungen aufgrund der Folgen der Klimakrise<sup>33</sup>.

**Abbildung 20: Häufig und manchmal auftretende Klimabelastungen nach Geschlecht**



Frage 4: Wenn es im Sommer mehrere Tage deutlich über 30 Grad hat, wie oft erleben Sie in so einer Hitzewelle [...] – häufig, manchmal, selten, oder nie?

Quelle: FORESIGHT, Angaben in Prozent, n=1.412 (gesamt) bzw. n=1.402

Auch die Analyse von Genderunterschieden zeigt einen weiteren interessanten Zusammenhang hinsichtlich der Klimabelastungen. So berichten Frauen durchgehend häufiger auftretende Belastungen als Männer; am stärksten ausgeprägt bei Kreislaufproblemen, die bei Frauen (44%) fast doppelt so oft zumindest manchmal auftreten als bei Männern (23%)<sup>34</sup>. Unter häufig oder manchmal auftretenden Schweißausbrüchen und Übelkeit (37% häufig oder manchmal bei Frauen)<sup>35</sup> oder Kopfschmerzen und Migräne (33%)<sup>36</sup> leidet rund ein Drittel mehr Frauen als Männer (22% bzw. 21%). Diese Zusammenhänge sind ebenfalls mittelmäßig ausgeprägt.

<sup>33</sup> Alle Gruppenvergleiche der Mittelwerte mehrfacher Belastungen nach der ökonomischen Lage sind mit höchstens  $p < 0,01$  statistisch signifikant.

<sup>34</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\text{Chi}^2=78,1$ ;  $p < 0,001$ ; Cramers  $V=0,24$  statistisch signifikant.

<sup>35</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\text{Chi}^2=46,4$ ;  $p < 0,001$ ; Cramers  $V=0,18$  statistisch signifikant.

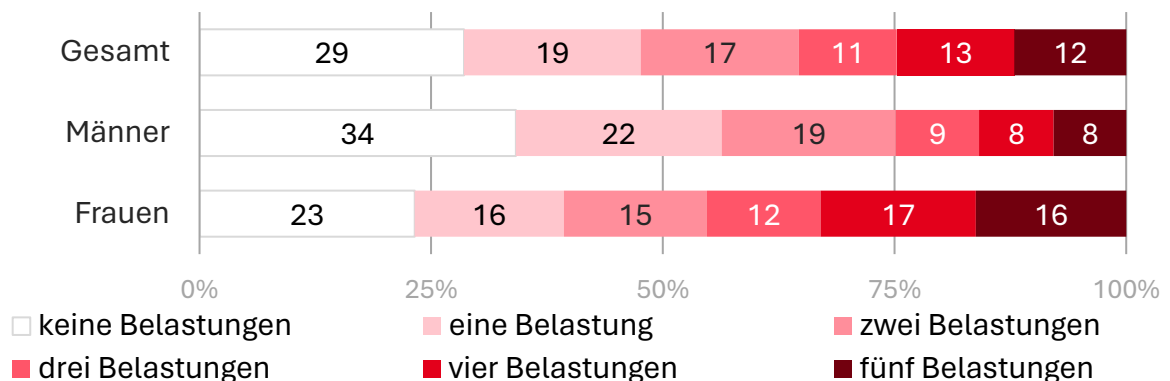
<sup>36</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\text{Chi}^2=41,9$ ;  $p < 0,001$ ; Cramers  $V=0,17$  statistisch signifikant.



Ebenso sind Frauen auch häufiger von geringerer Leistungsfähigkeit (62%)<sup>37</sup> oder Schlafproblemen (56%)<sup>38</sup> betroffen als Männer. Während diese beiden Klimabelastungen bei mehr als der Hälfte der Frauen zumindest manchmal auftreten, ist das unter Männern bei weniger als der Hälfte der Fall (47% bzw. 44%).

Und auch mehrfache Belastungen durch verschiedene Folgen von Hitzewellen werden von Frauen häufiger erlebt als von Männern: Während Männer im Durchschnitt 1,6 Belastungen während einer Hitzewelle zumindest manchmal erleben, sind es bei Frauen durchschnittlich 2,3 Belastungen<sup>39</sup>. Die mehrfache Belastung von Frauen entspricht damit, unabhängig ihrer individuellen ökonomischen Lage, in etwa der mehrfachen Belastungen des im Durchschnitt stark belasteten unteren ökonomischen Drittel. Rund ein Drittel der Männer (34%) erlebt überhaupt keine gesundheitlichen Belastungen durch die Folgen der Klimakrise, bei Frauen trifft das nur auf in etwa ein Viertel (23%) zu (Abbildung 21). Im Gegenzug sind unter den Männern nur 8% höchstbelastet durch die Folgen einer sommerlichen Hitzewelle, unter Frauen ist dieser Anteil mit 16% doppelt so groß<sup>40</sup>. Auch dieser Zusammenhang kann somit als mittelmäßig bezeichnet werden.

Abbildung 21: Mehrfache Belastungen durch die Klimakrise nach Geschlecht



Frage 4: Wenn es im Sommer mehrere Tage deutlich über 30 Grad hat, wie oft erleben Sie in so einer Hitzewelle [...] – häufig, manchmal, selten, oder nie?

Quelle: FORESIGHT, Angaben in Prozent, n=1.412 (gesamt) bzw. n=1.402

## 4.2 Belastungen durch Folgen der Klimakrise im Beruf

Erwerbstätige wurden auch nach den **klimabezogenen Belastungen in ihrer beruflichen Tätigkeit** gefragt, konkret danach wie sehr sie sich im Beruf von Hitze, direkter Sonneneinstrahlung oder extremen Wetterereignissen wie Starkregen und Stürmen belastet fühlen (Abbildung 22). Am stärksten fällt die Belastung durch Hitze aus: Vier von

<sup>37</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\text{Chi}^2=40,4$ ;  $p<0,001$ ; Cramers  $V=0,17$  statistisch signifikant.

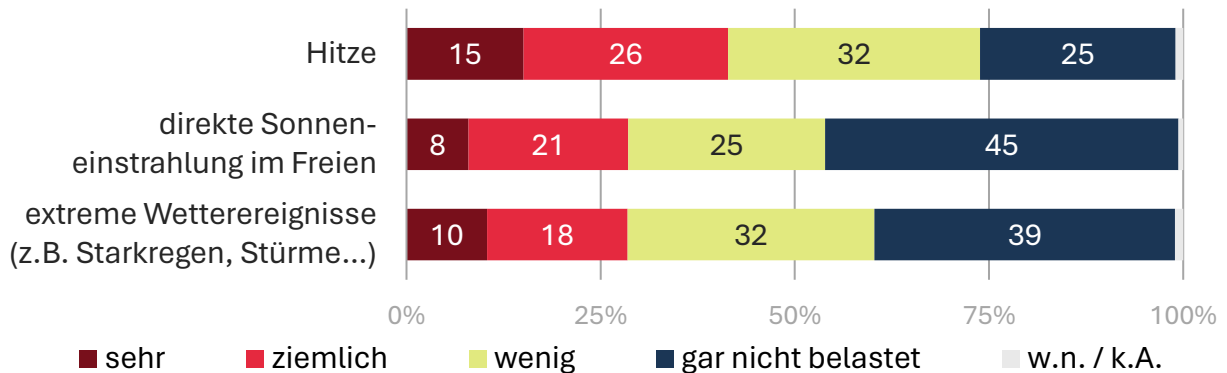
<sup>38</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\text{Chi}^2=26,3$ ;  $p<0,001$ ; Cramers  $V=0,14$  statistisch signifikant.

<sup>39</sup> Dieser Unterschied der mittleren Mehrfachbelastung ist mit  $p<0,01$  statistisch signifikant.

<sup>40</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\text{Chi}^2=69,0$ ;  $p<0,001$ ; Cramers  $V=0,22$  statistisch signifikant.

zehn Erwerbstätigen berichten, dass sie in ihrer beruflichen Tätigkeit sehr oder ziemlich durch Hitze belastet sind (15% sehr, 26% ziemlich). Die beiden anderen klimabezogenen Belastungen folgen erst mit etwas Abstand auf die Belastung durch Hitze: Rund drei von zehn Erwerbstätigen erleben sehr oder ziemliche Belastungen durch direkte Sonneneinstrahlung (8% sehr, 21% ziemlich) oder extreme Wetterereignisse (10% sehr, 18% ziemlich).

Abbildung 22: Klimabelastungen im Beruf



Frage 15: Wie sehr fühlen Sie sich in Ihrer beruflichen Tätigkeit durch die folgenden Dinge belastet – sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht?

Quelle: FORESIGHT, Angaben in Prozent, n=787

Wie stark Erwerbstätige in ihrer Berufstätigkeit durch Folgen der Klimakrise belastet sind, hängt natürlich auch mit der Art der Berufstätigkeit zusammen. Die Ergebnisse einer Analyse nach der beruflichen Stellung der Erwerbstätigen zeigt, dass es besonders häufig Arbeiter:innen sind, die (sehr oder ziemlich) von klimabezogenen Belastungen im Beruf betroffen sind (Abbildung 22): Für rund die Hälfte der Arbeiter:innen trifft das in Bezug auf Hitze zu (51% sehr oder ziemlich belastet), mehr als ein Drittel leidet unter direkter Sonneneinstrahlung oder extremen Wetterereignissen (jeweils 39%).

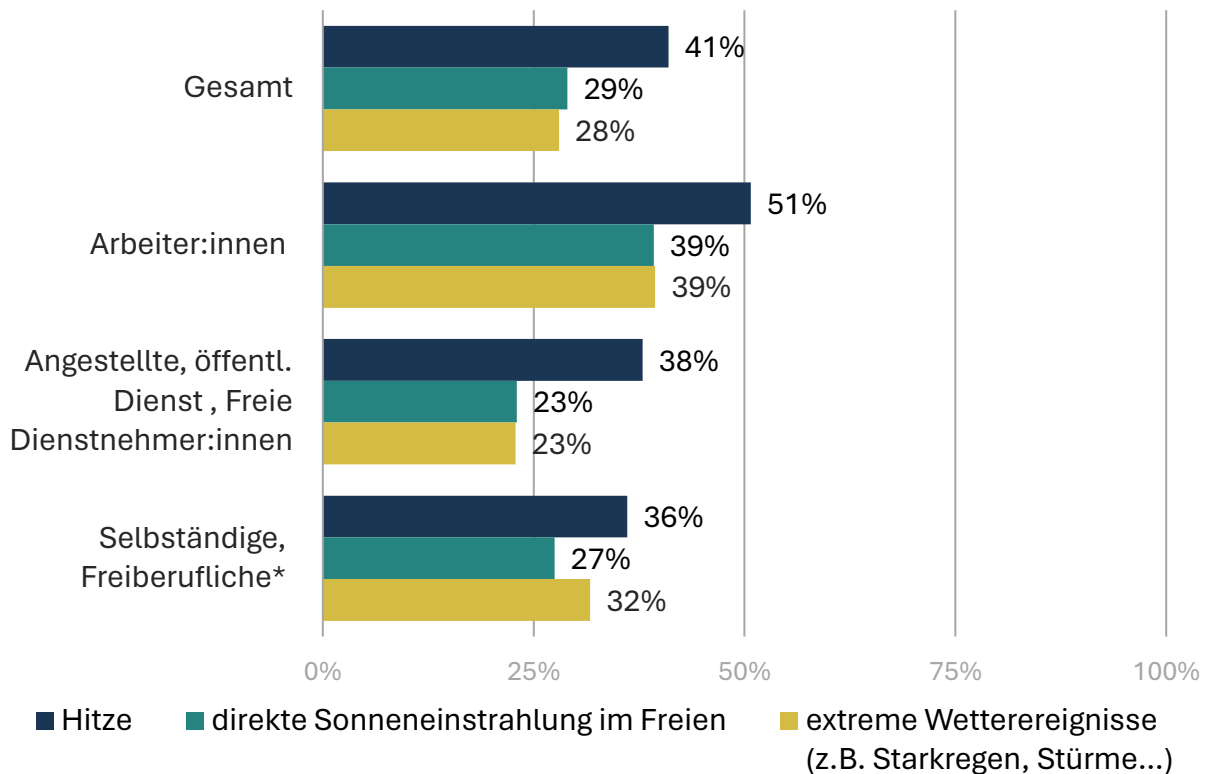
Angestellte, freie Dienstnehmer:innen und Beschäftigte im öffentlichen Dienst sind in ihrer Berufstätigkeit hingegen deutlich seltener durch Hitze belastet (38% sehr oder ziemlich belastet), wie auch durch direkte Sonneneinstrahlung oder extreme Wetterereignisse (jeweils 23%). Gleiches gilt für Selbstständige und Freiberufliche, die in etwa gleich häufig wie Angestellte von Hitze (36%)<sup>41</sup> und etwas häufiger von direkter Sonneneinstrahlung (27%)<sup>42</sup> oder extremen Wetterereignissen (32%) belastet sind<sup>43</sup>.

<sup>41</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=19,0$ ;  $p<0,01$ ; Cramers  $V=0,11$  statistisch signifikant.

<sup>42</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=50,6$ ;  $p<0,001$ ; Cramers  $V=0,25$  statistisch signifikant

<sup>43</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=25,0$ ;  $p<0,001$ ; Cramers  $V=0,13$  statistisch signifikant.

**Abbildung 23: Sehr und ziemliche Klimabelastungen im Beruf nach beruflicher Stellung**



*Frage 15: Wie sehr fühlen Sie sich in Ihrer beruflichen Tätigkeit durch die folgenden Dinge belastet – sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht?*

*Quelle: FORESIGHT, Angaben in Prozent, n=787 (gesamt) bzw. n=773, \* n<100*

Obwohl Frauen seltener als Arbeiter:innen beschäftigt sind (15% Arbeiterinnen) als Männer (23% Arbeiter), erfahren sie in einem ähnlichen Ausmaß klimabezogenen Belastungen in ihrer Berufstätigkeit (Abbildung 24): Die berichteten Anteile an sehr oder ziemlicher Belastungen durch Hitze (Männer 42%, Frauen 41%)<sup>44</sup> oder durch extreme Wetterereignisse (Männer 30%, Frauen 27%)<sup>45</sup> befinden sich für Männer und Frauen in etwa im selben Ausmaß.

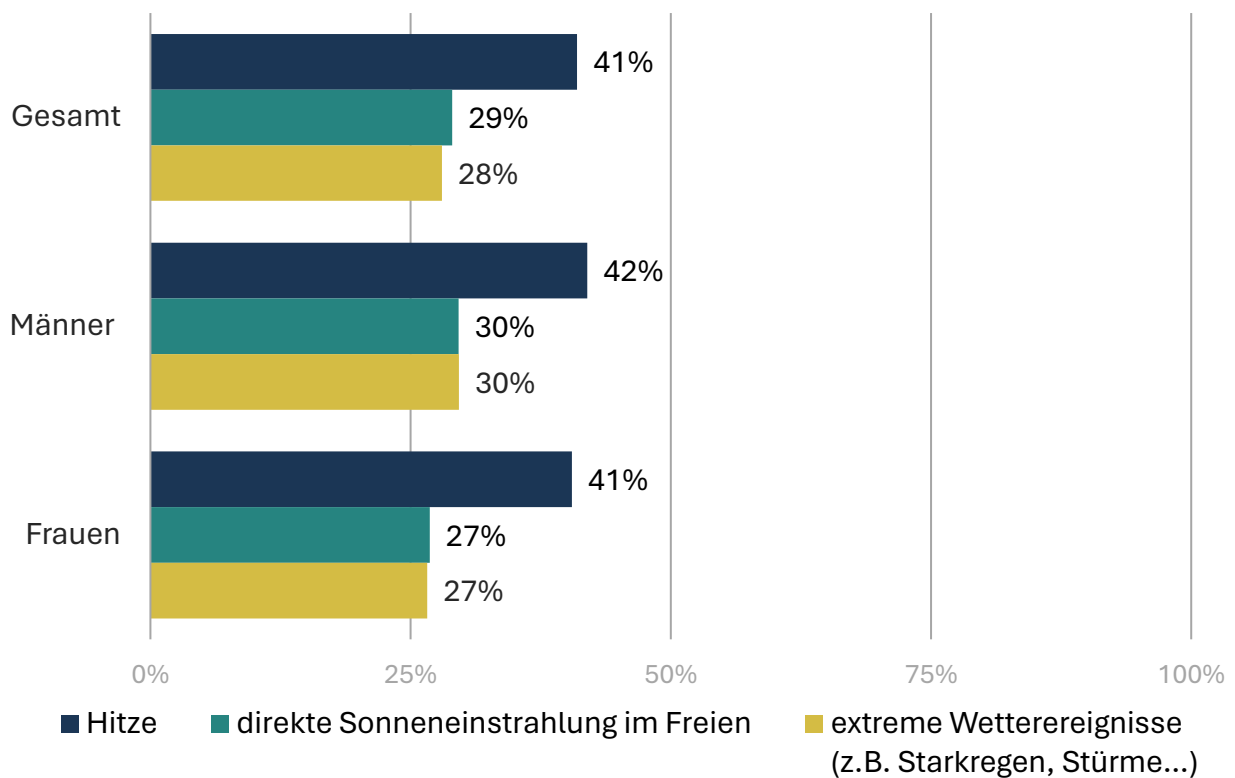
Belastungen durch direkte Sonneneinstrahlung werden auch von Männern und Frauen in etwa im selben Ausmaß erlebt (Männer 30%, Frauen 27%), hier berichten allerdings 10% der Frauen und nur 6% der Männer, dass diese Belastung sehr stark ausfällt<sup>46</sup>. Somit gilt auch hier, wie auch bei den Belastungen durch Hitzewellen, dass Frauen tendenziell stärker unter klimabezogenen Belastungen am Arbeitsplatz leiden als Männern.

<sup>44</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=1,6$ ;  $p=0,67$  nicht statistisch signifikant.

<sup>45</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=1,5$ ;  $p=0,67$  nicht statistisch signifikant.

<sup>46</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=8,7$ ;  $p<0,05$ ; Cramers  $V=0,11$  statistisch signifikant.

Abbildung 24: Sehr und ziemlich Klimabelastungen im Beruf nach Geschlecht



Frage 15: Wie sehr fühlen Sie sich in Ihrer beruflichen Tätigkeit durch die folgenden Dinge belastet – sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht?

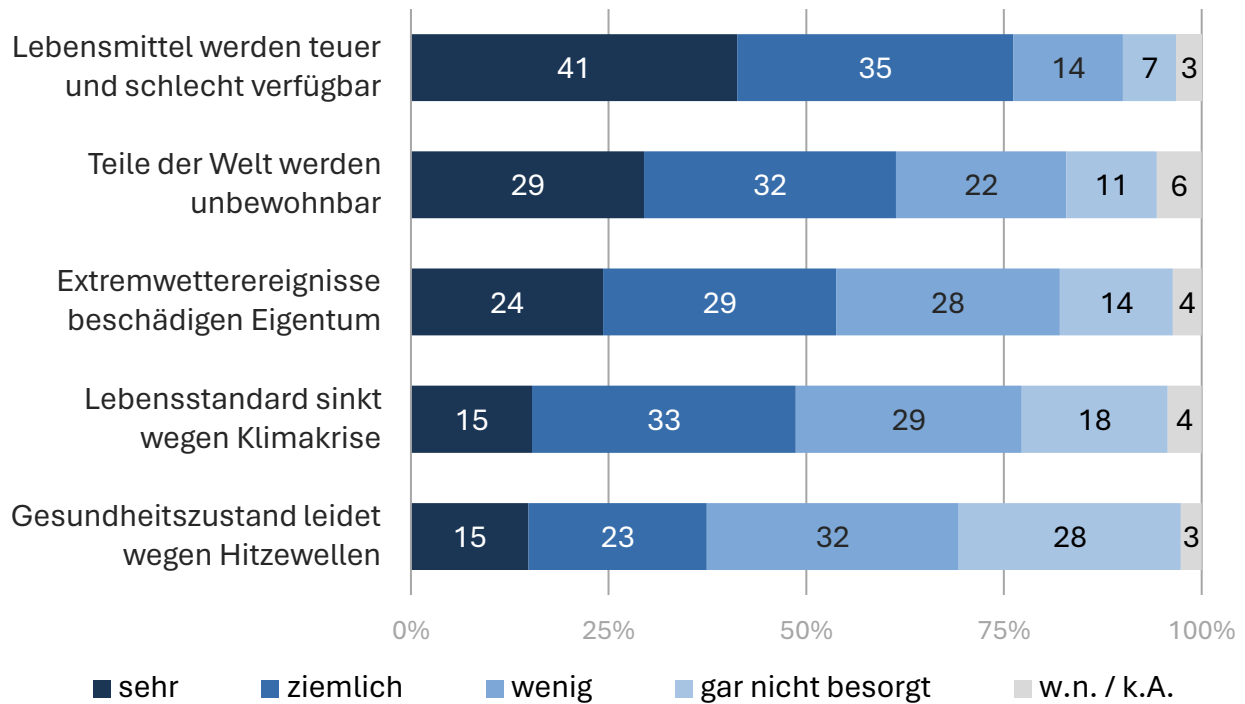
Quelle: FORESIGHT, Angaben in Prozent, n=787 (gesamt) bzw. n=782

### 4.3 Sorge vor zukünftigen Folgen der Klimakrise

Wie besorgt sind die Menschen in Österreich nun über **mögliche zukünftige Folgen der Klimakrise**, und angesichts welcher Folgen der Klimakrise zeigen sie sich besonders besorgt (Abbildung 25)? Hier steht an erster Stelle die zukünftige Versorgung mit Lebensmitteln: Rund drei Viertel der Menschen in Österreich (76%) zeigen sich besorgt darüber, dass Lebensmittel teurer und schlechter verfügbar sein könnten (41% sehr besorgt, 35% ziemlich besorgt). Etwas weniger, aber mit sechs von zehn (61%) immer noch eine deutliche Mehrheit ist ebenso besorgt darüber, dass Teile der Erde unbewohnbar werden (29% sehr besorgt, 32% ziemlich besorgt). Für etwas mehr als die Hälfte (53%) trifft das auch darauf zu, dass Extremwetterereignisse ihr Eigentum (z.B. eine Immobilie, das Auto...) beschädigen werden (24% sehr besorgt, 29% ziemlich besorgt).

Einen sinkenden Lebensstandard wegen der Klimakrise befürchtet etwas weniger als die Hälfte (15% sehr besorgt, 33% ziemlich besorgt). Die geringste Sorge besteht in Bezug darauf, dass der eigene Gesundheitszustand aufgrund von Hitzewellen leidet (15% sehr besorgt, 23% ziemlich besorgt).

Abbildung 25: Klimasorgen



Frage 7: Wie besorgt sind Sie wegen den folgenden möglichen Auswirkungen der Klimakrise – sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht besorgt?

Quelle: FORESIGHT, Angaben in Prozent, n=1.412

Anders als bei den Belastungen durch die Folgen der Klimakrise gibt es bei den Sorgen über mögliche Auswirkungen der Klimakrise nur geringe Variation nach sozialer Ungleichheit. So wird etwa die Sorge, dass Lebensmittel teurer und schlechter verfügbar werden in etwa in gleichem Ausmaß nach sozialer Lage geteilt: Jeweils gut drei Viertel äußern sich im oberen Drittel (78% sehr oder ziemlich besorgt), im mittleren Drittel (78%) und im unteren Drittel (75%) dahingehend sehr oder ziemlich besorgt<sup>47</sup>. Sorgen über die zukünftige Unbewohnbarkeit von Erdteilen äußern Menschen im oberen Drittel häufiger (69%) als jene in der Mitte (62%) oder im unteren Drittel (56%)<sup>48</sup>.

Schäden am Eigentum befürchtet das mittlere Drittel (59%) etwas häufiger als das untere Drittel (55%), im oberen Drittel ist es nur die Hälfte (50%), die sich in dieser Hinsicht sehr oder ziemlich besorgt zeigt<sup>49</sup>. Allerdings zeigt sich das untere Drittel am stärksten besorgt darüber, dass der eigene Lebensstandard aufgrund der Klimakrise sinken könnte (58%). Auch das mittlere Drittel ist mehrheitlich besorgt, dass der eigene

<sup>47</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=7,1$ ;  $p=0,31$  nicht statistisch signifikant.

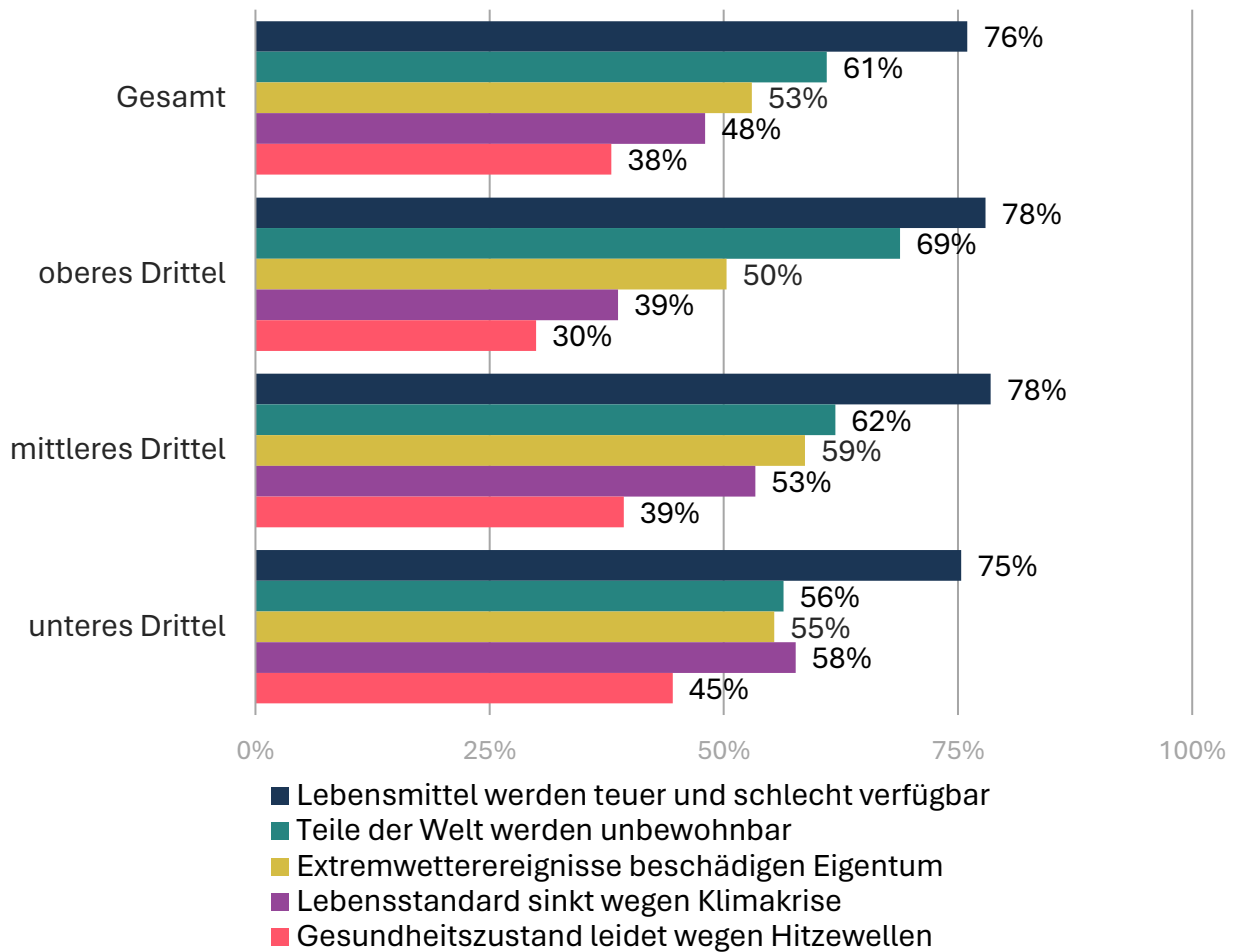
<sup>48</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=17,1$ ;  $p<0,01$ ;  $\tau_b=0,09$  statistisch signifikant.

<sup>49</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=14,1$ ;  $p<0,05$ ;  $\tau_b=-0,05$  statistisch signifikant.

Lebensstandard sinken könnte (53%). Im oberen Drittel sind es immerhin gut vier von zehn (39%), die darüber in Sorge sind<sup>50</sup>.

Einen schlechteren Gesundheitszustand fürchten 45% der Menschen im unteren ökonomischen Drittel, dies trifft auch auf vier von zehn Angehörigen des mittleren Drittels (39%) zu. Im obersten Drittel sind es nur drei von zehn (30%), die dahingehend besorgt sind<sup>51</sup>.

**Abbildung 26: Sehr und ziemliche Klimasorgen nach ökonomischer Lage**



Frage 7: Wie besorgt sind Sie wegen den folgenden möglichen Auswirkungen der Klimakrise – sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht besorgt?

Quelle: FORESIGHT, Angaben in Prozent, n=1.412 (gesamt) bzw. n=1.332

Um das Ausmaß der mehrfachen Sorgen zu erfassen, wurde für alle Befragten die Anzahl der zukünftigen Auswirkungen der Klimakrise berechnet, über die sie sehr oder ziemlich besorgt sind. Hierbei zeigt sich, dass Menschen im oberen ökonomischen Drittel mit durchschnittlich 2,0 Klimasorgen (SD=1,27) statistisch signifikant weniger Klimasorgen haben als jenen im mittleren ökonomischen Drittel (im Durchschnitt 2,4 Klimasorgen,

<sup>50</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\text{Chi}^2=61,6$ ;  $p<0,001$ ;  $\text{Tau-b}=-0,16$  statistisch signifikant.

<sup>51</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\text{Chi}^2=54,4$ ;  $p<0,001$ ;  $\text{Tau-b}=-0,15$  statistisch signifikant.

SD=1,34) oder im unteren ökonomischen Drittel (im Durchschnitt 2,4 Klimasorgen, SD=1,46).

Einen kontinuierlichen und starken Zusammenhang gibt es erwartungsgemäß mit dem Ausmaß der bereits bestehenden Mehrfachbelastung durch sommerliche Hitzewellen und der Sorge, dass sich der eigene Gesundheitszustand aufgrund von Hitzewellen (weiter) verschlechtert: Menschen, die gar keiner Belastung durch Hitzewellen oft oder manchmal ausgesetzt sind, zeigen sich in dieser Hinsicht kaum besorgt: 3% berichten sehr große Sorge, dass der Gesundheitszustand wegen der Hitzewelle leiden könnte, 8% ziemliche Sorge. Deutlich mehr sind es bereits unter jenen, die zwei Hitzewellenbelastungen oft oder manchmal erleben (was in etwa der durchschnittlichen Mehrfachbelastung entspricht): 11% sind sehr besorgt, 25% ziemlich besorgt darüber, dass der eigene Gesundheitszustand unter den Hitzewellen des Sommers leiden wird. Bei der bereits jetzt am stärksten belasteten Gruppe mit fünf oft oder manchmal erlebten Belastungen ist es etwas weniger als die Hälfte, die sich sehr besorgt zeigt (46%) und ein gutes Drittel, das darüber ziemlich besorgt ist (34%). Diejenigen, denen es bereits heute wegen den sommerlichen Hitzewellen schlecht geht, haben somit große Sorge, dass das auch in Zukunft so (oder gar noch schlimmer) sein wird<sup>52</sup>.

## 5 Einstellungen und Klimapolitik

### 5.1 Einstellungen zur Klimakrise

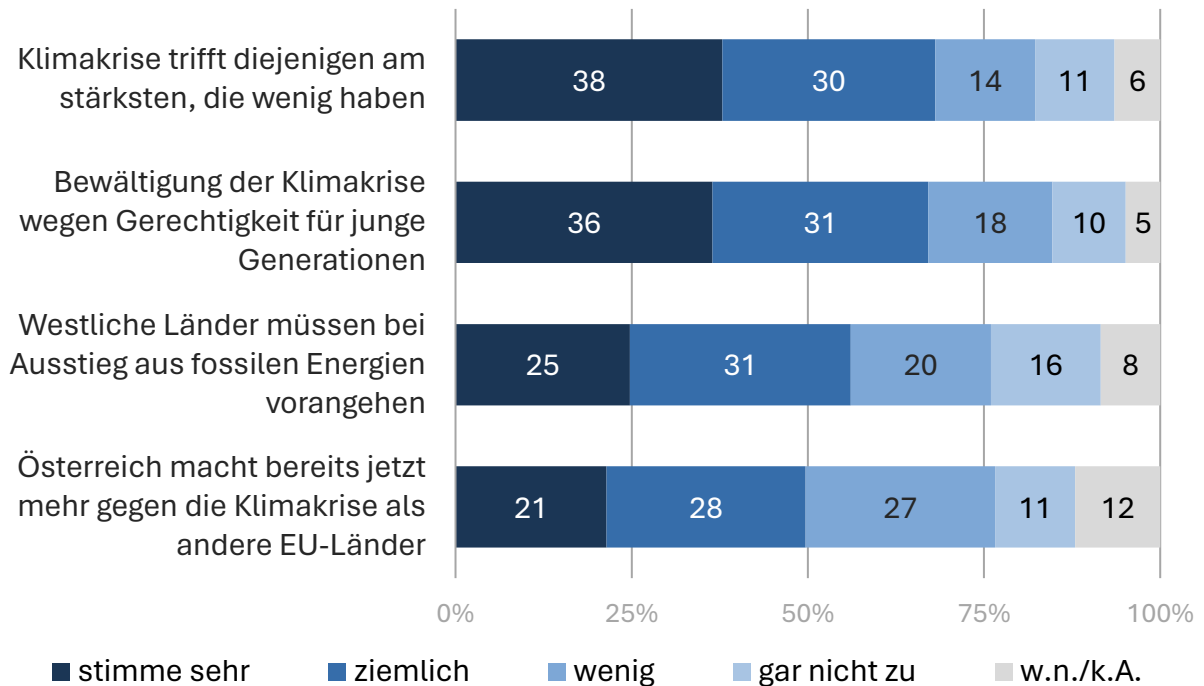
Zuletzt werden an dieser Stelle **Einstellungen zur Klimakrise** und die Unterstützung klimapolitischer Forderungen untersucht, um die Frage zu beantworten, welche Meinungen die Menschen in Österreich in Bezug auf die Klimakrise und Klimagerechtigkeit angesichts der bereits heute vorhandenen Belastungen und Befürchtungen vertreten? Wie auch bei der allgemeinen Einstellung zur Wichtigkeit der Klimakrise an sich sind auch hier die Meinungen zur Klimagerechtigkeit eindeutig: Sieben von zehn Menschen in Österreich stimmen zu, dass die Klimakrise diejenigen am stärksten trifft, die weniger haben (38% stimmen sehr zu, 30% stimmen ziemlich zu). Annähernd ebenso viele vertreten weiters die Ansicht, dass die Bewältigung der Klimakrise eine Frage der Gerechtigkeit für kommende Generationen ist (36% stimmen sehr zu, 31% stimmen ziemlich zu) (Abbildung 27). Gerechtigkeit bei der Klimakrise, sei es in Bezug auf die heute jungen Generationen oder gegenüber Menschen mit weniger finanziellen Ressourcen, ist also bereits ein Thema – und dahingehende Aussagen, dass die Klimakrise auch

---

<sup>52</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=529,6$ ;  $p<0,001$ ;  $\text{Tau-b}=-0,48$  statistisch signifikant.

aus einer Perspektive der Gerechtigkeit thematisiert werden muss, ist in Folge eine mehrheitstaugliche Position.

**Abbildung 27: Einstellungen zur Klimakrise**



*Frage 3: Stimmen Sie den folgenden Aussagen zu den Themen Klimaschutz und Klimakrise sehr, ziemlich, wenig, oder gar nicht zu?*

*Quelle: FORESIGHT, Angaben in Prozent, n=1.412*

Die Zustimmung zu diesen Aussagen über Klimagerechtigkeit ist nur in einem geringen Ausmaß davon abhängig in welchen Lebenssituationen sich die Menschen befinden. Dass die Klimakrise diejenigen am stärksten trifft, die nur wenig haben, findet im oberen ökonomischen Drittel (68% stimmen sehr oder ziemlich zu) ähnlich starke Zustimmung wie im mittleren ökonomischen Drittel (73%) oder im unteren ökonomischen Drittel (66%)<sup>53</sup> (Abbildung 28). Auch bei der Aussage, dass die Bewältigung der Klimakrise eine Frage der Gerechtigkeit gegenüber den jungen Generationen ist, sind sich die Zustimmungsraten des oberen ökonomischen Drittels (74%) und des mittleren ökonomischen Drittels (70%) sehr ähnlich. Im unteren ökonomischen Drittel ist die Zustimmung mit nur sechs von zehn hingegen deutlich geringer (62%)<sup>54 55</sup>.

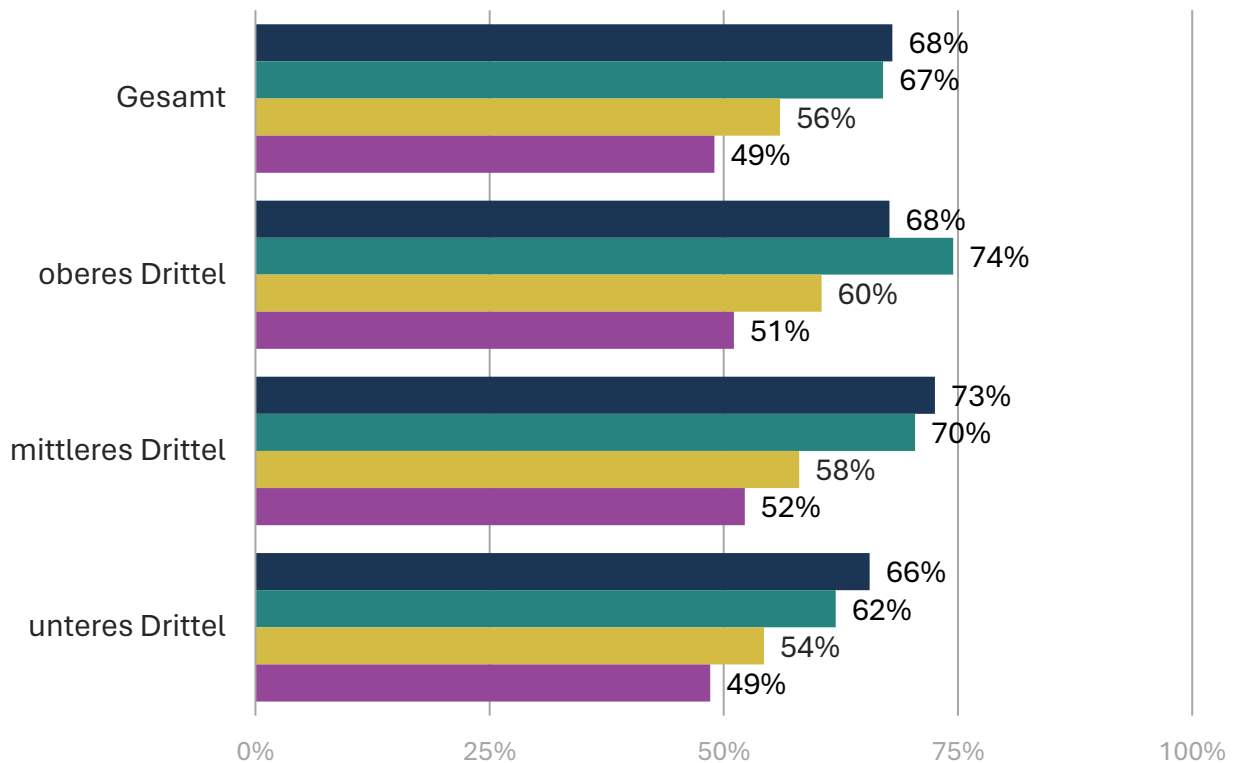
<sup>53</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\text{Chi}^2=22,0$ ;  $p<0,01$ ;  $\text{Tau-b}=-0,01$  statistisch signifikant.

<sup>54</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\text{Chi}^2=40,1$ ;  $p<0,001$ ;  $\text{Tau-b}=0,01$  statistisch signifikant.

<sup>55</sup> Ob man mit Kindern bis 15 Jahre in einem gemeinsamen Haushalt zusammenlebt, hängt hingegen nicht mit der Zustimmung zu dieser Aussage zusammen, diese findet unter Menschen mit Kindern nur geringfügig mehr Zustimmung (70%) als unter jenen, die ohne Kinder in einen gemeinsamen Haushalt leben (66%). Dieser Zusammenhang ist mit  $\text{Chi}^2=5,5$ ;  $p=0,14$  nicht statistisch signifikant. Verantwortung gegenüber der nächsten Generation ist somit nicht nur für jene relevant, die mit der nächsten Generation unter einem gemeinsamen Dach leben.



Abbildung 28: Sehr und ziemlich zutreffende Aussagen zur Klimakrise nach ökonomischer Lage



- Klimakrise trifft diejenigen am stärksten, die wenig haben
- Bewältigung der Klimakrise wegen Gerechtigkeit für junge Generationen
- Westliche Länder müssen bei Ausstieg aus fossilen Energien vorangehen
- Österreich macht bereits jetzt mehr gegen die Klimakrise als andere EU-Länder

Frage 3: Stimmen Sie den folgenden Aussagen zu den Themen Klimaschutz und Klimakrise sehr, ziemlich, wenig, oder gar nicht zu?

Quelle: FORESIGHT, Angaben in Prozent, n=1.412 (gesamt) bzw. n=1.332

Aber auch Positionen der Solidarität und der historischen Verantwortung finden in Bezug auf Klimagerechtigkeit mehrheitlich Zustimmung: So wird etwa auch der globale Westen bei der Bewältigung der Klimakrise bzw. dem Ausstieg aus fossiler Energie von einer Mehrheit besonders in die Pflicht genommen: Mehr als die Hälfte (56%) stimmt der Aussage zu, dass die westlichen Länder durch ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß am meisten zur Erderhitzung beigetragen haben und deshalb beim Ausstieg aus fossiler Energie vorangehen müssen (25% stimmen sehr zu, 31% stimmen ziemlich zu). Diese Zustimmung hängt kaum mit der individuellen ökonomischen Position zusammen und ist im oberen ökonomischen Drittel (60% stimmen sehr oder ziemlich zu) nur etwas höher als mittleren ökonomischen Drittel (58%). Im unteren ökonomischen Drittel ist sie mit 54% am

niedrigsten, wenngleich die Differenzen in der Zustimmung zwischen den ökonomischen Dritteln nur sehr gering sind <sup>56</sup>.

Allerdings sehen viele Menschen in Österreich trotz dieser solidarischen Ansichten bzw. der Anerkennung der historischen Verantwortung des globalen Westens andere Länder bei der Bekämpfung der Klimakrise wohl zuerst am Zug: Fast die Hälfte ist der Überzeugung, dass Österreich bereits jetzt mehr gegen die Klimakrise unternimmt als andere EU-Länder (21% stimmen sehr zu, 28% stimmen ziemlich zu). Diese Ansicht wird im oberen ökonomischen Drittel in etwa gleich häufig (51% stimmen sehr oder ziemlich zu) vertreten wie im mittleren ökonomischen Drittel (52%) oder im unteren ökonomischen Drittel (49%)<sup>57</sup>. Angesichts des weiter oben festgestellten Befundes, dass die österreichische Politik zu wenig zur Bekämpfung der Klimakrise unternimmt, ist dieses Ergebnis zumindest etwas überraschend.

## 5.2 Unterstützung klimapolitischer Forderungen

Diese Verantwortung des globalen Westens im Allgemeinen bzw. gegenüber den heute jungen Generationen kann durch eine entsprechende Klimapolitik Österreichs und der EU wahrgenommen werden – doch wie stark werden einzelne **klimapolitische Forderungen** von den Menschen in Österreich überhaupt unterstützt? Angesichts der hohen zugeschriebenen Wichtigkeit der Bekämpfung der Klimakrise sollte entsprechende Mehrheiten für klimapolitische Forderungen weitestgehend vorhanden sein.

Die größte Unterstützung unter den abgefragten klimapolitischen Maßnahmen findet hier ein EU-weites Verbot von Privatjets (mit Ausnahme der Nutzung von Privatjets für dringende medizinische Zwecke); knapp sieben von zehn Menschen in Österreich befürworten ein solches Verbot (45% stimmen sehr zu, 23% stimmen ziemlich zu) (Abbildung 29). Darauf folgt die Forderung nach einer progressiven CO<sub>2</sub>-Steuer, die jene höher besteuert, die auch einen höheren CO<sub>2</sub>-Ausstoß verursachen. Diese Forderung wird von gut sechs von zehn Menschen in Österreich unterstützt (37% stimmen sehr zu, 25% stimmen ziemlich zu).

Bei beiden politischen Forderungen handelt es sich um derartige Forderungen, die vor allem gut situierte, wenn nicht sogar reiche und super-reiche Menschen betreffen würde, weshalb sie aus der Perspektive der Klimagerechtigkeit besonders relevant sind. Denn obwohl die meisten Menschen in Österreich wohl niemals einen Privatjet von innen sehen werden, verursacht eine typische Strecke, die ein Privatjet fliegt, gut 80% des jährlichen durchschnittlichen Pro-Kopf-Treibhausgas-Ausstoßes in Österreich (Eberle,

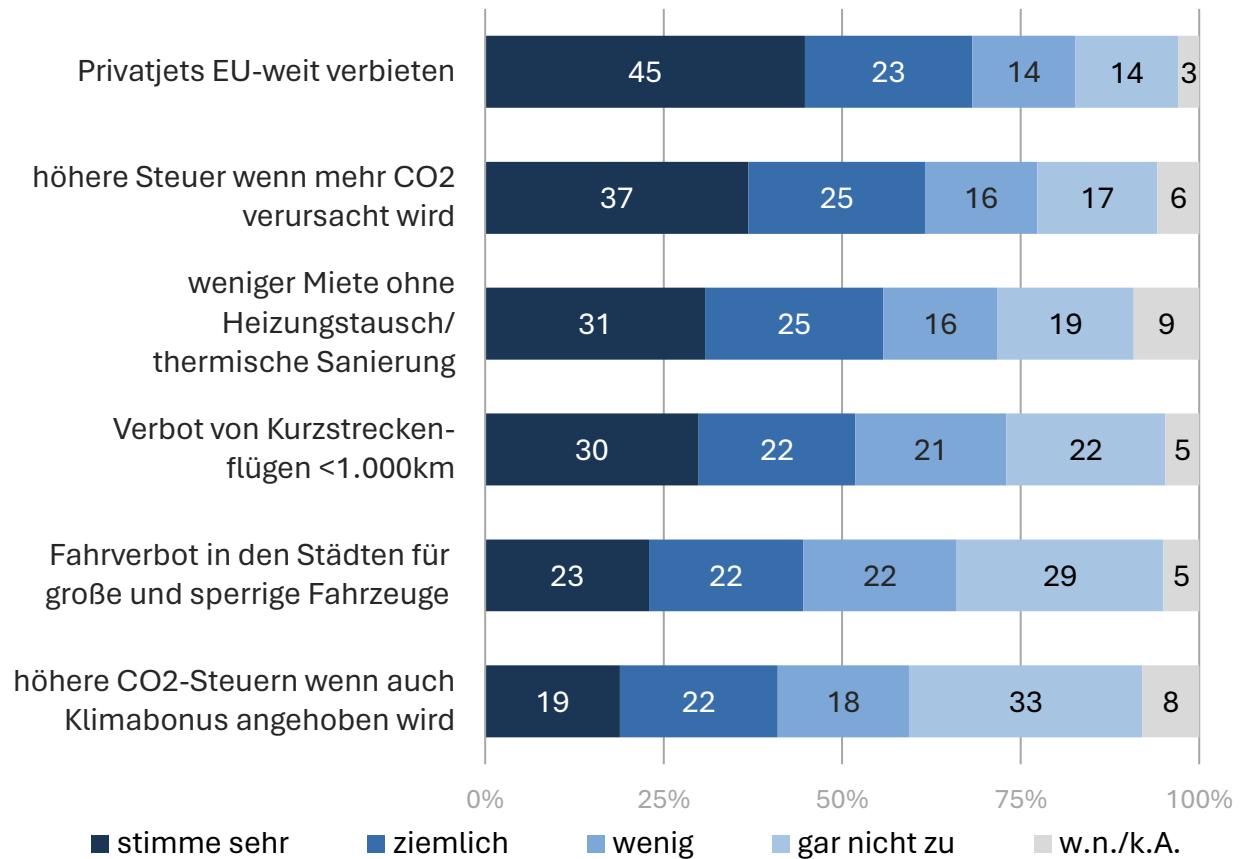
---

<sup>56</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=15,0$ ;  $p<0,05$ ;  $\tau_b=0,05$  statistisch signifikant.

<sup>57</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=4,7$ ;  $p=0,58$  nicht statistisch signifikant.

2022). Und auch die Forderung nach einer progressiven CO<sub>2</sub>-Besteuerung würde, wie bereits Frascati (2020) zeigen konnte, letztlich auch zu mehr Klimagerechtigkeit beitragen.

Abbildung 29: Klimapolitische Forderungen



Frage 6: Wie sehr stimmen Sie den folgenden politischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise zu – sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht?

Quelle: FORESIGHT, Angaben in Prozent, n=1.412

Knappere Mehrheiten finden sich für die Forderung, dass Mieter:innen weniger Miete zahlen sollten, wenn die Vermieter:innen keine thermische Sanierung und/oder einen Tausch des Heizungssystems (weg von einer Öl- oder Gasheizung) durchführen (31% stimmen sehr zu, 25% stimmen ziemlich zu)<sup>58</sup>. Die Forderung, dass Kurzstreckenflüge bis 1.000km Flugdistanz verboten werden sollten, findet unter der Hälfte der Menschen in Österreich ebenfalls mehrheitlich Unterstützung (30% stimmen sehr zu, 22% stimmen ziemlich zu). Auch diese Maßnahme wäre gut dazu geeignet für mehr Gerechtigkeit in der Klimapolitik zu sorgen – und würde auch sicherstellen, dass gutsituierte Menschen die

<sup>58</sup> Erwartungsgemäß ist die Zustimmung zu dieser politischen Forderung auch abhängig von der Wohnform der Befragten: So gibt es unter den Bewohner:innen von Genossenschaften mit rund 69% Zustimmung deutlich mehr Unterstützung, unter Mieter:innen von Gemeindewohnungen oder in privater Hauptmiete fällt die Zustimmung mit jeweils rund 62% nur geringfügig schwächer aus.

Maßnahmen nicht unterlaufen können, indem sie ihre finanziellen Ressourcen einsetzen, um höhere Preise zu zahlen.

Keine Mehrheit gibt es hingegen für ein Fahrverbot von großen und sperrigen Fahrzeugen in unseren Städten; diese Forderung wird nur von etwas weniger als der Hälfte der Menschen in Österreich befürwortet (23% stimmen sehr zu, 22% stimmen ziemlich zu)<sup>59</sup>. Am wenigsten Zustimmung findet die Forderung, dass die CO<sub>2</sub>-Steuer angehoben werden soll, wenn im Gegenzug auch der Klimabonus angehoben wird. Dieser Maßnahme unterstützen nur etwa vier von zehn Menschen in Österreich (19% stimmen sehr zu, 22% stimmen ziemlich zu).

Die Unterstützung der einzelnen klimapolitischen Forderungen ist in den meisten Fällen mehr oder weniger gleich stark nach der ökonomischen Lage ausgeprägt (Abbildung 30). Die vorhandenen Zusammenhänge nach der ökonomischen Lage können daher bestenfalls als schwach ausgeprägt bezeichnet werden. Das sieht man am deutlichsten bei den Forderungen aus dem Bereich des Flugverkehrs: Ein Verbot von Privatjets in der EU wird von in etwa sieben von zehn Menschen in Österreich befürwortet, und zwar sowohl im oberen ökonomischen Drittel (69% stimmen sehr oder ziemlich zu) als auch im mittleren (72%) oder im unteren ökonomischen Drittel (68%) gleichermaßen<sup>60</sup>. Auch das Verbot von Kurzstreckenflügen bis 1.000km Flugdistanz findet unter jenen in guten ökonomischen Verhältnissen (56%) gleichermaßen Anklang wie in der mittleren Schicht (55%), unter jenen in schwierigen ökonomischen Verhältnissen hingegen etwas weniger (50%)<sup>61</sup>.

Die Unterstützung der Forderung nach einer progressiven CO<sub>2</sub>-Steuer hängt noch am ehesten mit der ökonomischen Lage zusammen (wenngleich ebenfalls nur schwach ausgeprägt), allerdings wird diese vom gutsituierten oberen Drittel (70%), das wohl auch am stärksten von einer progressiven CO<sub>2</sub>-Besteuerung betroffen sein würde, stärker befürwortet als im mittleren (64%) oder im unteren Drittel (56%)<sup>62</sup>. Eine generelle Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Steuer bei gleichzeitiger Erhöhung des Klimabonus findet hingegen unabhängig von der eigenen ökonomischen Lage keine Mehrheit, weder im oberen (45%) noch im mittleren (44%) oder im unteren ökonomischen Drittel (38%)<sup>63</sup>. Hier dürfte wohl,

---

<sup>59</sup> Interessanterweise findet sich selbst unter jenen, die über kein Auto im Haushalt verfügen nur eine sehr knappe Mehrheit von 52%, die diese Forderung unterstützt (33% stimmen sehr zu, 20% stimmen ziemlich zu). Menschen, die über ein Auto verfügen unterstützen diese Forderung mit rund 48% Zustimmung in einem ähnlich großen Ausmaß wie jene ohne Auto im Haushalt. Erst unter jenen mit zwei Autos oder drei und mehr Autos im Haushalt sinkt die Zustimmung zu dieser Forderung deutlich (jeweils 32% Zustimmung).

<sup>60</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=19,6$ ;  $p<0,01$ ; Tau-b=0,02 statistisch signifikant.

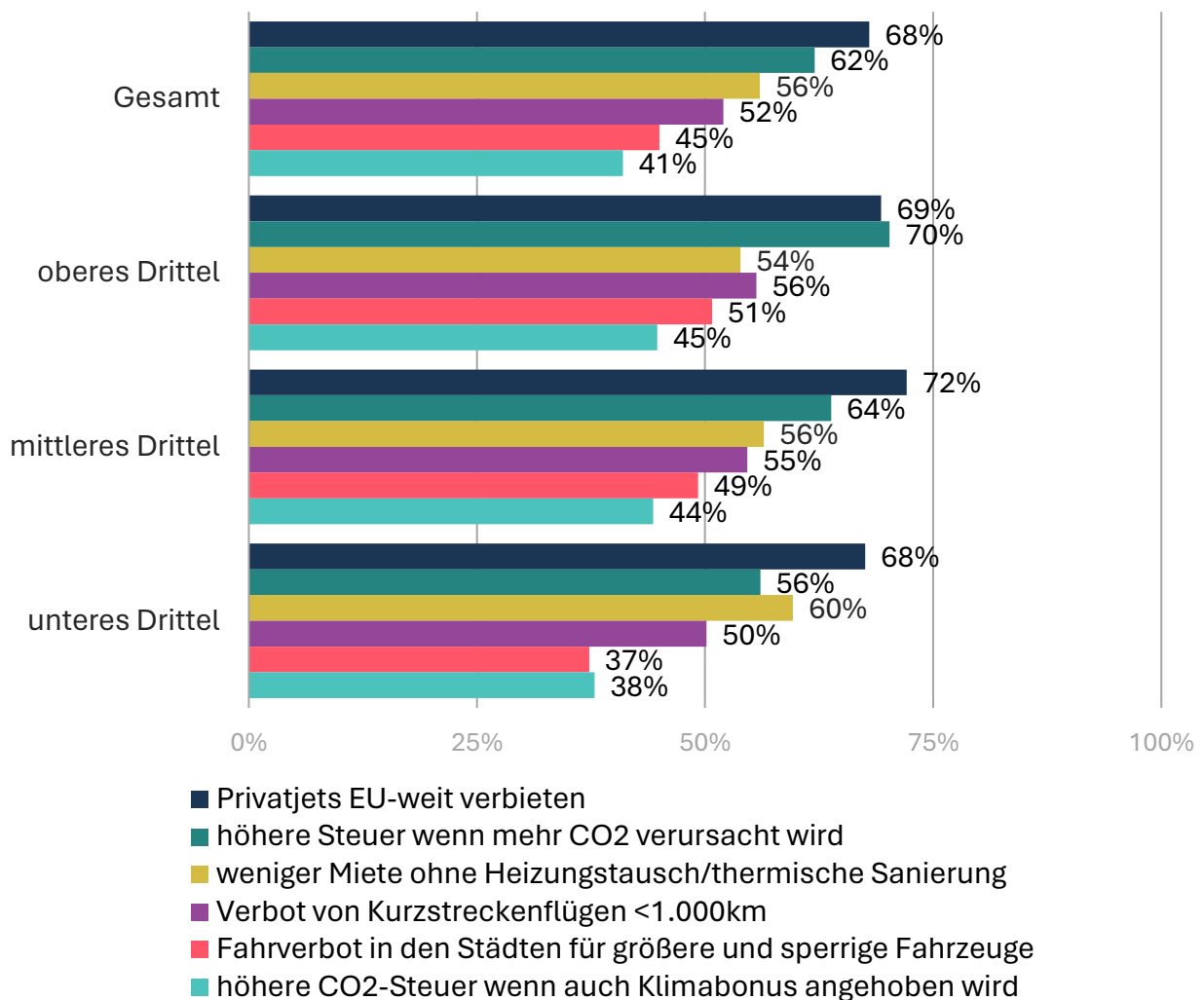
<sup>61</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=9,6$ ;  $p=0,14$  nicht statistisch signifikant.

<sup>62</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=25,2$ ;  $p<0,001$ ; Tau-b=0,11 statistisch signifikant.

<sup>63</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=15,3$ ;  $p<0,05$ ; Tau-b=0,04 statistisch signifikant.

angesichts der noch immer sehr starken Teuerung in Österreich, schon allein die Formulierung einer höheren Steuer für entsprechende Ablehnung der Forderung sorgen.

**Abbildung 30: Sehr und ziemliche Zustimmung zu klimapolitischen Forderungen nach ökonomischer Lage**



Frage 6: Wie sehr stimmen Sie den folgenden politischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise zu – sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht?

Quelle: FORESIGHT, Angaben in Prozent, n=1.412 bzw. n=1.332

Dass weniger Miete gezahlt werden soll, wenn Vermieter:innen nicht in eine neue Heizungsanlage oder thermische Sanierung investieren findet im unteren ökonomischen Drittel mehr Zuspruch: Hier sind es sechs von zehn (60%), die diese Forderung unterstützen, im mittleren (56%) oder im oberen Drittel (55%) fällt die Unterstützung nur geringfügig niedriger aus<sup>64</sup> – obwohl der Anteil an Hauptmieter:innen in Genossenschaften (21%), in Gemeindewohnungen (11%) und in Pivatmiete (22%) im unteren

<sup>64</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=22,0$ ;  $p<0,01$ ;  $\text{Tau-b}=-0,08$  statistisch signifikant.

ökonomischen Drittel deutlich höher ist, als unter Menschen in besseren sozialen Lagen.

Umgekehrt findet das Fahrverbot für große und sperrige Fahrzeuge unter Angehörigen des unteren ökonomischen Drittels am wenigsten Zuspruch; nur etwas mehr als ein Drittel (37%) unterstützt diese politische Forderung. Im mittleren (49%) und im oberen (51%) ökonomischen Drittel ist es fast die Hälfte, die ein solches Verbot befürworten<sup>65</sup>.

Zusammenfassend stehen die Menschen in schwieriger ökonomischer Position den abgefragten klimapolitischen Forderungen mit größerer Skepsis gegenüber als andere – mit Ausnahme jener Forderung, bei der anzunehmen ist, dass sie am meisten davon profitieren würden. Dies ist angesichts der doch zum Teil deutlich höheren Belastungen durch Hitzewellen oder die Folgen der Klimakrise überraschend, wenngleich auch bereits eingangs festgestellt wurde, dass die Wichtigkeit der Bekämpfung der Klimakrise im unteren ökonomischen Drittel als geringer angesehen wird. Diese geringere wahrgenommene Wichtigkeit der Bekämpfung der Klimakrise sollte erwartungsgemäß auch zu einer geringeren Unterstützung von klimapolitischen Forderungen führen.

### 5.3 Klimapolitik und Wahlverhalten

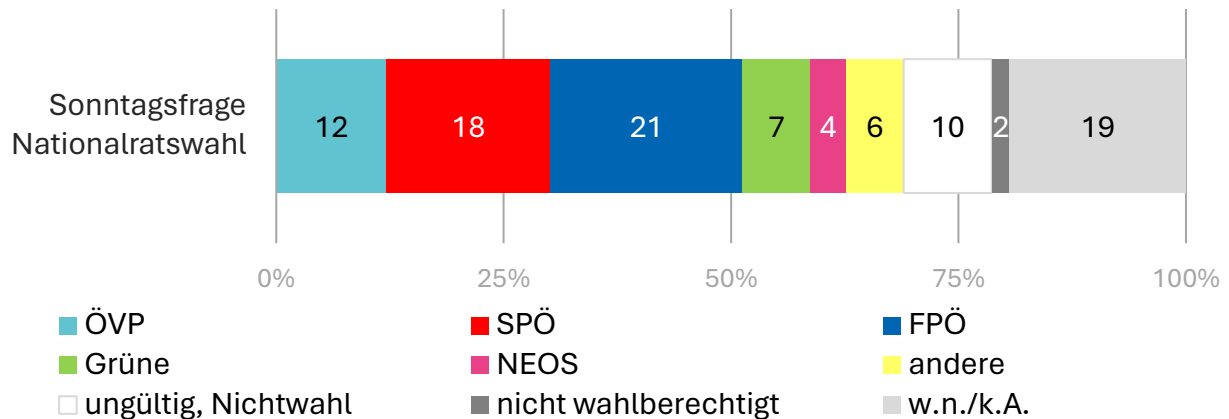
Welcher Zusammenhang besteht nun mit den Einstellungen zur Klimakrise und klimapolitischen Forderungen und dem Wahlverhalten (bzw. der **Wahlabsicht**)? Und bei welchen Themen und politischen Forderungen wären parteiübergreifende Mehrheiten möglich? Zur Untersuchung dieser Zusammenhänge und Beantwortung dieser Frage(n) wurde zunächst nach der voraussichtlichen Wahlabsicht in Form einer sog. „Sonntagsfrage“ gefragt (Abbildung 31).

Mit Hilfe dieser Informationen können anschließend die klimapolitischen Einstellungen in Bezug zur politischen Präferenz gesetzt werden. Bei der Auswertung der Wichtigkeit der Bekämpfung der Klimakrise nach Parteipräferenz sind es wenig überraschend die voraussichtlichen Wähler:innen der Grünen, die hier die größte Dringlichkeit erkennen: Acht von zehn Menschen, die auf die gestellte „Sonntagsfrage“ ihre Wahlabsicht für die Grünen genannt haben, finden, dass die Bekämpfung der Klimakrise sehr wichtig ist. Weitere 17% finden die Bekämpfung der Klimakrise ziemlich wichtig, so dass insgesamt so gut wie alle voraussichtlichen Wähler:innen der Grünen die Klimakrise als wichtig ansehen (Abbildung 32). Aufgrund der sog. „issue ownership“ der Grünen bei Umwelt- und Klimathemen ein erwartbares Ergebnis hinsichtlich der Präferenzen ihrer Anhänger:innen.

---

<sup>65</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=16,1$ ;  $p<0,05$ ; Tau-b=0,07 statistisch signifikant.

Abbildung 31: Sonntagsfrage Nationalratswahl



Frage 28: Und wenn kommenden Sonntag Nationalratswahlen wären – welche Partei würden Sie wählen?

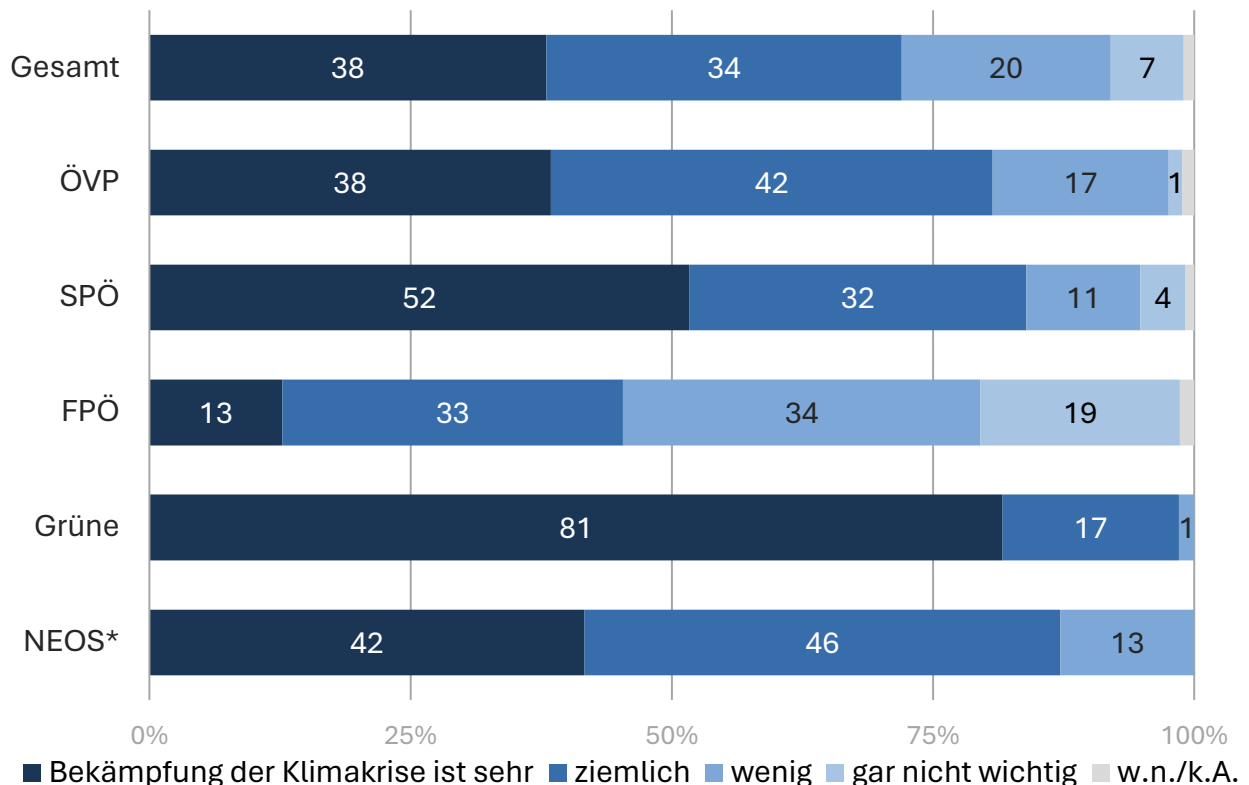
Quelle: FORESIGHT, Angaben in Prozent, n=1.412

Darauf folgen Anhänger:innen der Sozialdemokratie, die gut zur Hälfte (52%) die Bekämpfung der Klimakrise als sehr wichtig bezeichnen und zu gut einem Drittel (32%) der Ansicht sind, dass die Bekämpfung der Klimakrise ziemlich wichtig ist. Somit sind es hier rund acht von zehn voraussichtlichen Wähler:innen der SPÖ, die die Klimakrise als sehr wichtig ansehen. Ähnliches lässt sich auch für die Volkspartei feststellen. Auch hier sind acht von zehn voraussichtlichen Wähler:innen der Meinung, dass die Bekämpfung der Klimakrise wichtig ist, allerdings bezeichnen das nur 38% als sehr wichtig und weitere 42% als ziemlich wichtig.

Anhänger:innen der FPÖ sprechen der Klimakrise und ihrer Bekämpfung deutlich weniger Dringlichkeit zu: Nur 13% der voraussichtlichen Wähler:innen der FPÖ finden die Bekämpfung der Klimakrise sehr wichtig, ein Drittel (33%) ziemlich wichtig. Somit ist es hier nur etwas weniger als die Hälfte der voraussichtlichen Wähler:innen der FPÖ, die die Bekämpfung der Klimakrise als wichtig erachtet.

Anhänger:innen von NEOS stufen die Klimakrise zwar auch zu großen Teilen als sehr (42%) bzw. als ziemlich wichtig (46%) ein, aufgrund der geringen Fallzahl von weniger als n=100 Fällen in der Stichprobe ist dieses Ergebnis allerdings nur mit Vorbehalt zu interpretieren.

Abbildung 32: Wichtigkeit der Bekämpfung der Klimakrise nach Parteipräferenz



Frage 1: Wie wichtig schätzen Sie persönlich die Bekämpfung der Klimakrise ein – sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht wichtig?

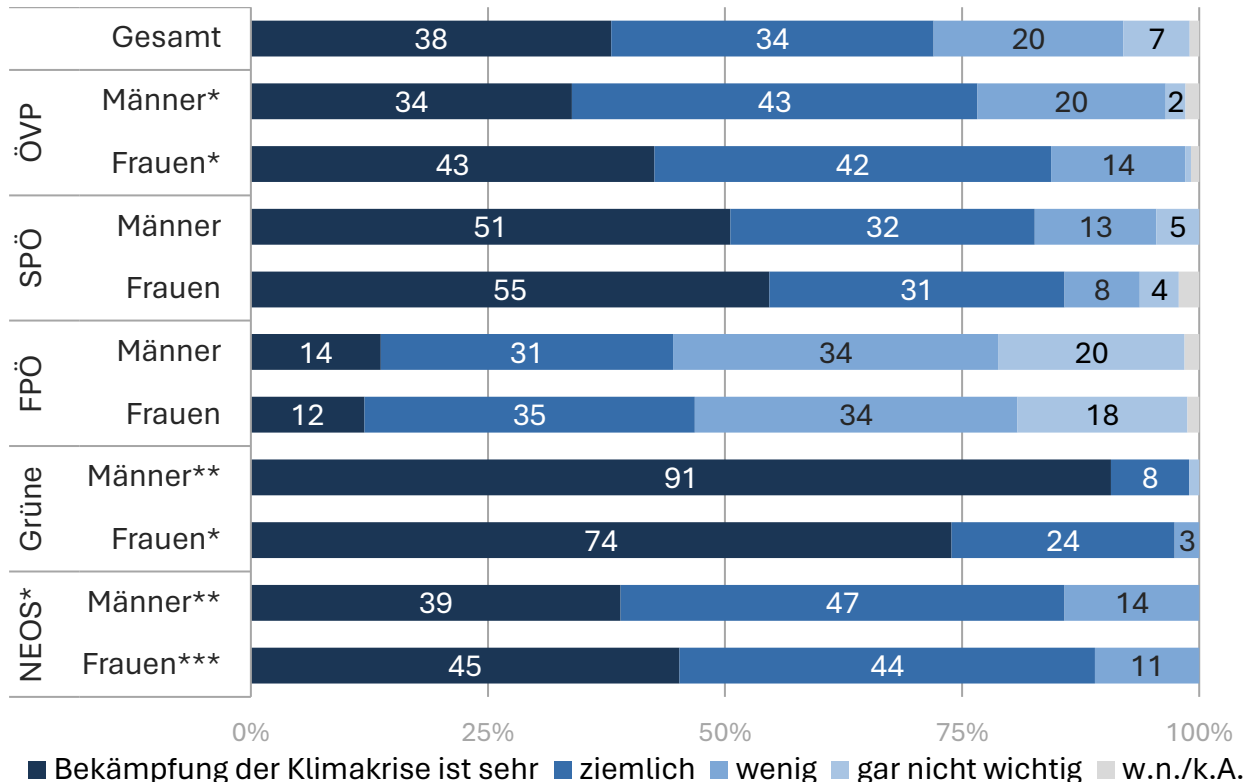
Quelle: FORESIGHT, Angaben in Prozent, n=1.412 (gesamt) bzw. n=885, \* n<100

Eine detailliertere Analyse der Wichtigkeit der Bekämpfung der Klimakrise nach Wahlabsichten mit Berücksichtigung des Geschlechts der Befragten zeigt nur geringe Variationen innerhalb der Anhänger:innen der verschiedenen Parteien (Abbildung 33). Die größte Differenz zwischen den Geschlechtern besteht innerhalb der voraussichtlichen Wähler:innen der ÖVP, wo Männer (77% finden die Bekämpfung der Klimakrise sehr oder ziemlich wichtig) eine etwas geringere Relevanz der Klimakrise sehen als Frauen (85% finden die Bekämpfung der Klimakrise sehr oder ziemlich wichtig)<sup>66</sup>. Bei den anderen Parteien betragen die Differenzen zwischen den Geschlechtern weniger als fünf Prozentpunkte. Sie sind somit nur sehr gering und nicht statistisch signifikant unterschiedlich voneinander.

<sup>66</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=2,3$ ;  $p=0,50$  nicht statistisch signifikant.



**Abbildung 33: Wichtigkeit der Bekämpfung Klimakrise nach Parteipräferenz und Geschlecht**



*Frage 1: Wie wichtig schätzen Sie persönlich die Bekämpfung der Klimakrise ein – sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht wichtig?*

*Quelle: FORESIGHT, Angaben in Prozent, n=1.412 (gesamt) bzw. n=877,*

*\* n<100, \*\* n<50, \*\*\* n<30*

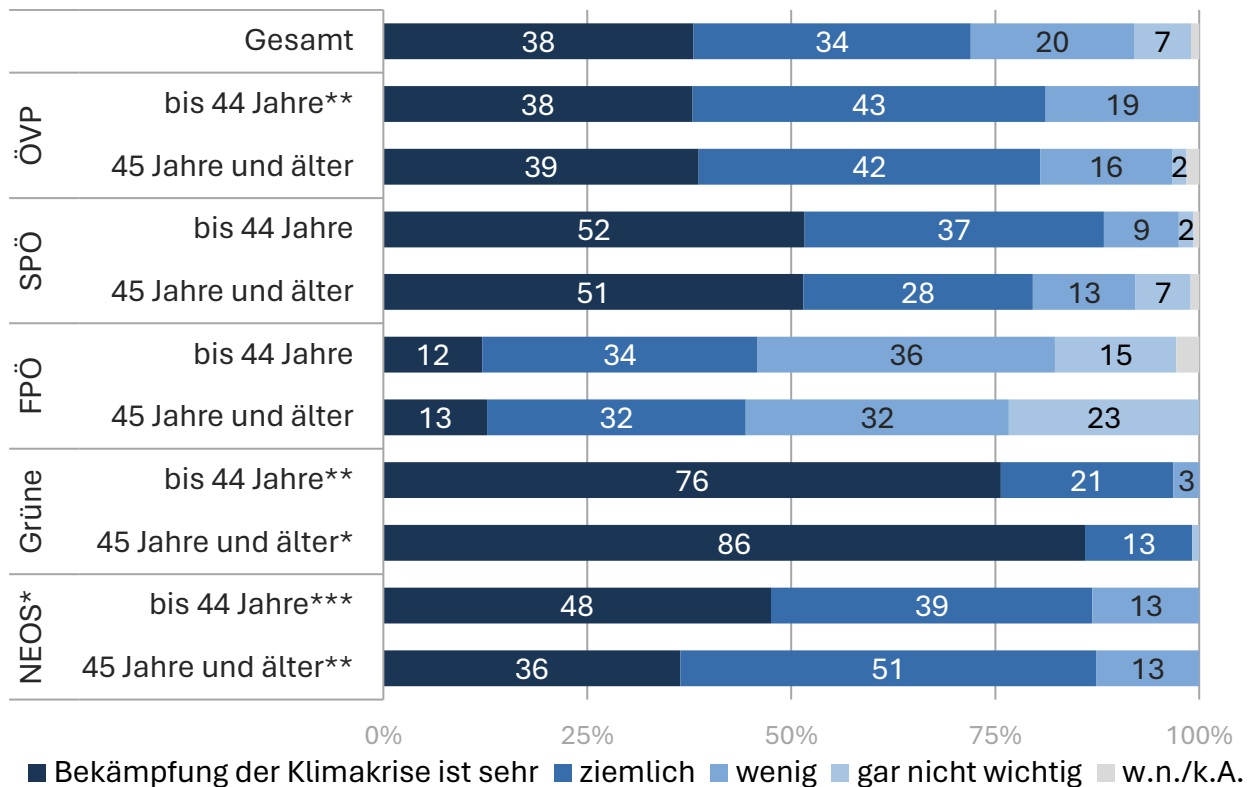
Eine ähnliche Analyse von jüngeren voraussichtlichen Wähler:innen (bis 44 Jahre) und älteren Wähler:innen (ab 45 Jahren) innerhalb der Parteipräferenzen zeigt kein einheitliches Bild (Abbildung 34): Einzig für Anhänger:innen der Sozialdemokratie lässt sich hier die Tendenz erkennen, dass die Bekämpfung der Klimakrise jungen Wähler:innen etwas wichtiger ist als älteren Wähler:innen: Während acht von zehn voraussichtlichen SPÖ-Wähler:innen ab 45 Jahren die Bekämpfung der Klimakrise als sehr oder ziemlich wichtig betrachten (79%), sind es bei den unter 45-Jährigen gut neun von zehn (89%), die dieser Ansicht sind. Diese Tendenz lässt sich allerdings nicht statistisch absichern<sup>67</sup>.

Unter jenen Menschen, die eine Wahlabsicht für die Freiheitlichen berichten ist kaum Variation der Wichtigkeit der Klimakrise nach dem Alter zu erkennen; die Bekämpfung der Klimakrise wird von beiden Altersgruppen als annähernd gleich wichtig betrachtet: Unter den jungen Menschen bis 44 Jahre sind 46% der Ansicht, dass die Bekämpfung der Klimakrise sehr oder ziemlich wichtig ist, in der Altersgruppe ab 45 Jahren teilen 45%

<sup>67</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=5,7$ ;  $p=0,13$  nicht statistisch signifikant.

diese Ansicht. Gleiches, allerdings mit umgekehrten Vorzeichen (und einer kleineren Stichprobengröße), lässt sich für Anhänger:innen der Grünen feststellen: Hier sind beide Altersgruppen fast gleichermaßen der Ansicht, dass die Bekämpfung der Klimakrise sehr oder ziemlich wichtig ist. Diese Ansicht teilen 97% der Altersgruppe bis 44 Jahre bzw. 99% der Altersgruppe ab 45 Jahren.

**Abbildung 34: Wichtigkeit der Bekämpfung Klimakrise nach Parteipräferenz und Alter**



*Frage 1: Wie wichtig schätzen Sie persönlich die Bekämpfung der Klimakrise ein – sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht wichtig?*

*Quelle: FORESIGHT, Angaben in Prozent, n=1.412 (gesamt) bzw. n=883,*

*\* n<100, \*\* n<50, \*\*\* n<30*

Bei Volkspartei und NEOS lassen sich überhaupt keine Unterschiede nach dem Alter feststellen: Bei den jungen Anhänger:innen der Volkspartei sind acht von zehn (81%) der Ansicht, dass die Bekämpfung der Klimakrise sehr oder ziemlich wichtig ist, bei NEOS trifft das auf rund neun von zehn zu (87%). In der älteren Altersgruppe ab 45 Jahren sind die entsprechenden Anteile mit 81% innerhalb der Volkspartei und 87% für NEOS identisch.

Zusammenfassend findet sich somit unter fast allen Parteien (bzw. deren Anhänger:innen) eine Mehrheit, die die Bekämpfung der Klimakrise als zumindest ziemlich wichtig betrachtet – und selbst unter der tendenziell „klimakritischen“ FPÖ, ist der Anteil derjenigen, die die Bekämpfung der Klimakrise wichtig finden nicht weit entfernt von einer

Mehrheit. Die beobachteten Unterschiede zwischen den Geschlechtern und innerhalb der Parteianhänger:innen sind sehr gering und nicht statistisch signifikant unterschiedlich voneinander<sup>68</sup>, was wohl auch zum Teil auf die geringe Stichprobengrößen für die meisten Parteien zurückzuführen ist.

Einen erkennbaren, aber dennoch nicht statistisch abgesicherten, Zusammenhang der Wichtigkeit der Bekämpfung der Klimakrise mit dem Alter findet sich nur innerhalb der Sozialdemokratie, in der es vor allem die jüngeren Parteianhänger:innen sind, die die Bekämpfung der Klimakrise als sehr oder ziemlich wichtig erachten. Innerhalb der FPÖ wird die Wichtigkeit zwischen den Altersgruppen mehr oder weniger gleich niedrig angesehen, innerhalb der Grünen mehr oder weniger gleich hoch. Für die Volkspartei und NEOS lassen sich in dieser Hinsicht ebenfalls keine Unterschiede feststellen. Somit gilt auch hier, dass die beobachteten Unterschiede nach dem Alter der voraussichtlichen Wähler:innen der jeweiligen Parteien nur sehr gering bzw. die Verteilungen nicht statistisch unterschiedlich voneinander sind<sup>69</sup>.

Nach der Untersuchung der allgemeinen Wichtigkeit der Klimakrise nach Parteipräferenzen wird nun herausgearbeitet welche Einstellungen und Forderungen hinsichtlich der Klimagerechtigkeit Zustimmung unter den Anhänger:innen verschiedener Parteien finden – und damit, auch unter jenen Parteien, die ansonsten eine tendenziell andere Position auf die Klimakrise einnehmen.

Denn manche Standpunkte, die sich auf die Klimagerechtigkeit (bzw. mangelnde Klimagerechtigkeit) beziehen, werden mehrheitlich von den Anhänger:innen aller Parteien geteilt, was wiederum Potential für eine entsprechende Bewusstseinsbildung und parteiübergreifenden Konsens bietet. So ist selbst unter den voraussichtlichen Wähler:innen der FPÖ eine Mehrheit von 58% der Ansicht, dass die Klimakrise diejenigen am stärksten trifft, die weniger haben (28% stimmen sehr zu, 30% stimmen ziemlich zu) (Abbildung 35). Die größte Zustimmung mit jeweils acht von zehn findet sich unter den Anhänger:innen der Grünen (57% stimmen sehr zu, 23% stimmen ziemlich zu) und jenen der SPÖ (50% stimmen sehr zu, 30% stimmen ziemlich zu). Unter den voraussichtlichen Wähler:innen der ÖVP sind es hingegen nur sieben von zehn, die der Meinung sind, dass die Klimakrise besonders jene trifft, die nur wenig haben.

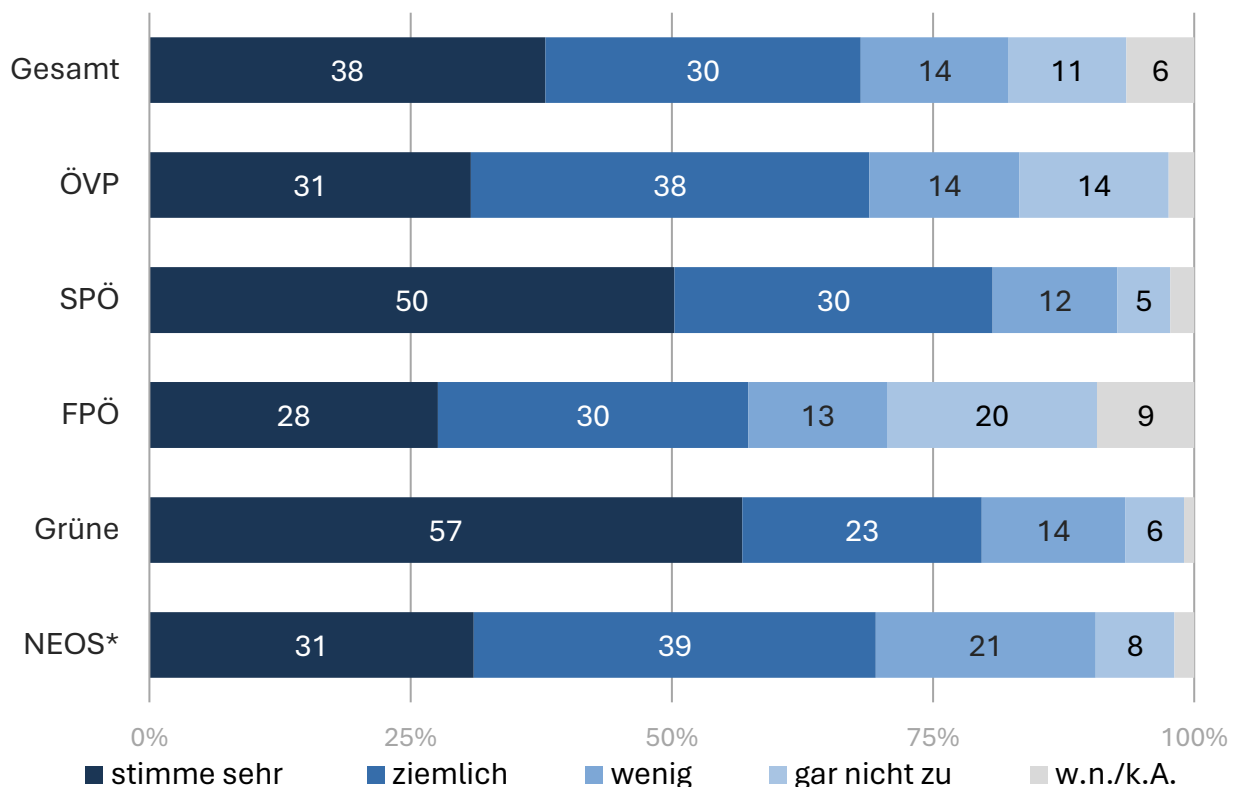
---

<sup>68</sup> Insgesamt variiert die Einschätzung der Wichtigkeit der Klimakrise ebenfalls nur wenig nach dem Geschlecht: Während 69% der Männer die Bekämpfung der Klimakrise als sehr oder ziemlich wichtig erachten, ist das unter den Frauen für 74% der Fall. Dieser geringe Unterschied in der Einschätzung der Wichtigkeit der Klimakrise ist zwar statistisch signifikant ( $\text{Chi}^2=8,6$ ;  $p<0,05$ ), mit Cramers  $V=0,08$  aber nur sehr schwach ausgeprägt.

<sup>69</sup> Auch hier gibt es insgesamt zwischen den beiden Altersgruppen unter 45 Jahren und 45 Jahre und mehr und der Beurteilung der Wichtigkeit der Klimakrise nur einen schwach ausgeprägten, aber dennoch signifikanten Zusammenhang ( $\text{Chi}^2=8,8$ ;  $p<0,05$ ;  $\text{Tau-b}=-0,04$ ).

Somit besteht über diese Aussage zu den Folgen der Klimakrise und mangelnder Klimagerechtigkeit Konsens über die Parteigrenzen hinweg: Es gibt Handlungsbedarf, ansonsten werden sich die Herausforderungen sozialer Ungleichheit mit der Verschärfung der Klimakrise auch weiter verschärfen. Daraus folgt auch weiters, dass Argumentationen, politische Forderungen und Erzählungen, die sich auf diese Aussage über Klimagerechtigkeit beziehen und darlegen, wie dem entgegengewirkt werden kann (und muss), auf breite Zustimmung innerhalb der Bevölkerung, auch über Parteigrenzen hinweg, hoffen können.

**Abbildung 35: Zustimmung – „Klimakrise trifft diejenigen am stärksten, die weniger haben“ nach Parteipräferenz**



*Frage 3: Stimmen Sie den folgenden Aussagen zu den Themen Klimaschutz und Klimakrise sehr, ziemlich, wenig, oder gar nicht zu? – Die Klimakrise trifft diejenigen am stärksten, die weniger haben*

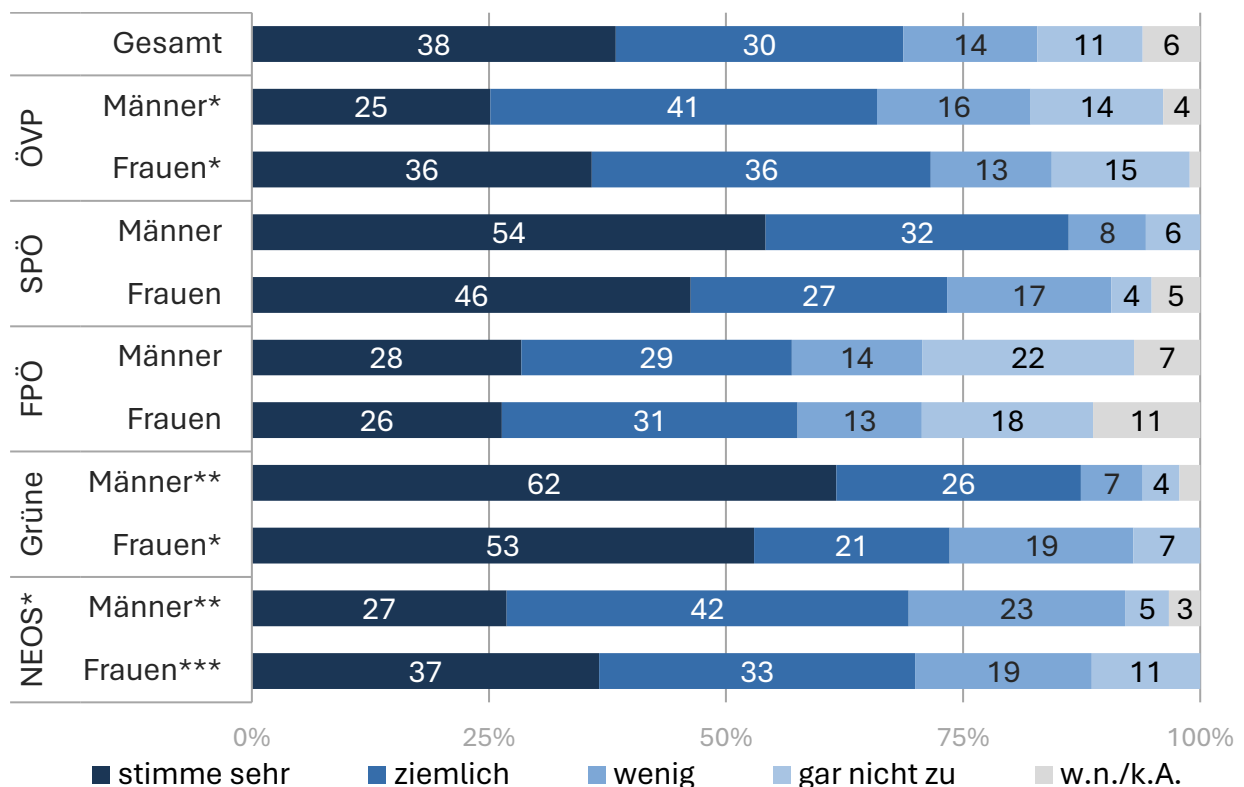
*Quelle: FORESIGHT, Angaben in Prozent, n=1.412 (gesamt) bzw. n=885,*

*\* n<100, \*\* n<50, \*\*\* n<30*

Auch die Zustimmung zu dieser Aussage wurde wieder getrennt nach Geschlecht und Alter für die Anhänger:innen der verschiedenen Parteien ausgewertet (Abbildung 36 bzw. Abbildung 37). In dieser Analyse zeigt sich vor allem unter Männern tendenziell eine größere Zustimmung als unter Frauen; dies ist sowohl bei den Anhänger:innen der SPÖ

(86% der Männer bzw. 73% der Frauen stimmen der Aussagen sehr oder ziemlich zu)<sup>70</sup> als auch der Grünen (88% der Männer bzw. 74% der Frauen stimmen der Aussagen sehr oder ziemlich zu)<sup>71</sup> der Fall. Nahezu identische oder sehr ähnliche Verteilungen nach Geschlecht zeigen hingegen die voraussichtlichen Wähler:innen von NEOS (69% der Männer bzw. 70% der Frauen stimmen der Aussagen sehr oder ziemlich zu)<sup>72</sup>, den Freiheitlichen (jeweils 57% der Männer und Frauen stimmen der Aussagen sehr oder ziemlich zu)<sup>73</sup> und der Volkspartei (66% der Männer bzw. 72% der Frauen stimmen der Aussagen sehr oder ziemlich zu)<sup>74</sup>.

**Abbildung 36: Zustimmung – „Klimakrise trifft diejenigen am stärksten, die weniger haben“ nach Parteipräferenz und Geschlecht**



*Frage 3: Stimmen Sie den folgenden Aussagen zu den Themen Klimaschutz und Klimakrise sehr, ziemlich, wenig, oder gar nicht zu? – Die Klimakrise trifft diejenigen am stärksten, die weniger haben*

*Quelle: FORESIGHT, Angaben in Prozent, n=1.412 (gesamt) bzw. n=877,*

*\* n<100, \*\* n<50, \*\*\* n<30*

<sup>70</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\text{Chi}^2=5,7$ ;  $p=0,13$  nicht statistisch signifikant.

<sup>71</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\text{Chi}^2=4,2$ ;  $p=0,24$  nicht statistisch signifikant.

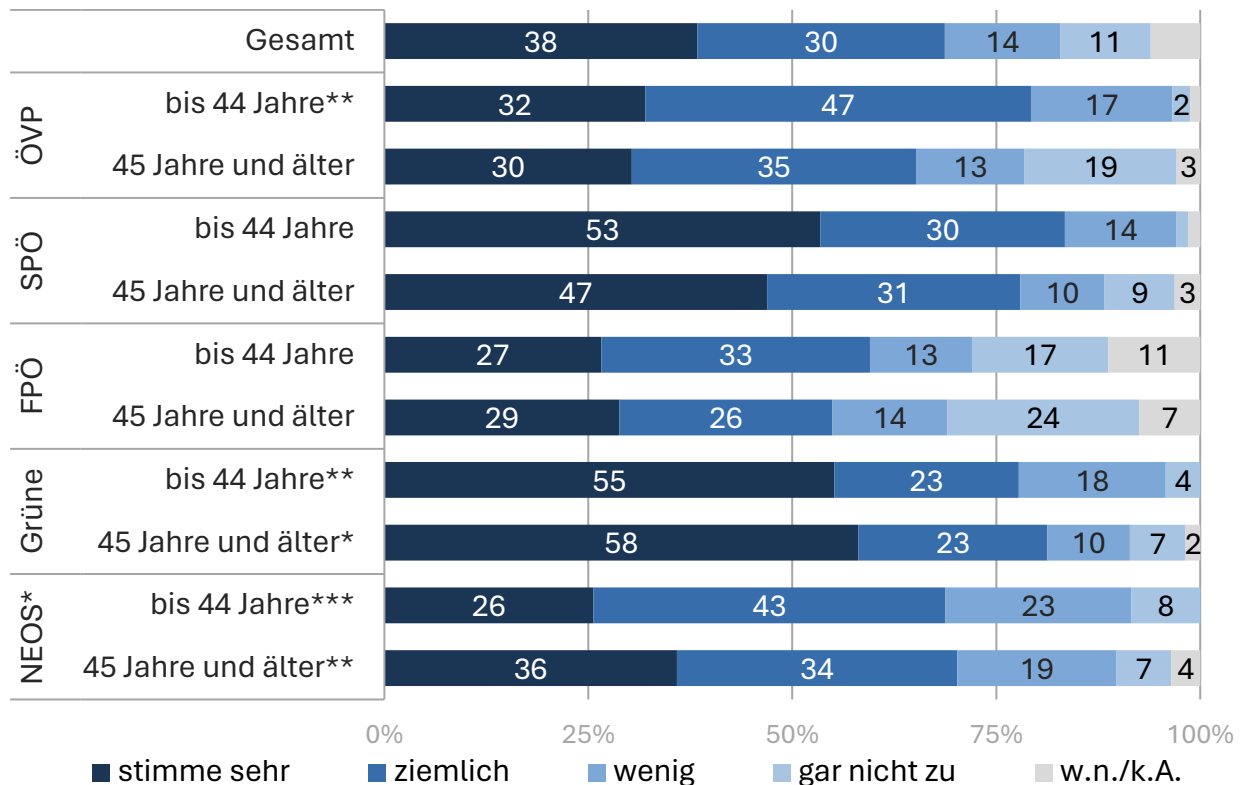
<sup>72</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\text{Chi}^2=1,6$ ;  $p=0,65$  nicht statistisch signifikant.

<sup>73</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\text{Chi}^2=8,16$ ;  $p=0,85$  nicht statistisch signifikant.

<sup>74</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\text{Chi}^2=2,2$ ;  $p=0,53$  nicht statistisch signifikant.

Dieselbe Analyse nach Altersgruppen innerhalb der Parteipräferenzen zeigt ein uneinheitliches Bild (Abbildung 37): Hier sind es für die ÖVP, die SPÖ und die FPÖ vorwiegend die Parteianhänger:innen unter 45 Jahren, die der Ansicht sind, dass die Klimakrise diejenigen am stärksten trifft die nur wenig haben, während innerhalb der Anhänger:innen der Grünen und der NEOS unter den Jungen bis 44 Jahren etwas geringere Zustimmung zu dieser Aussage besteht.

**Abbildung 37: Zustimmung – „Klimakrise trifft diejenigen am stärksten, die weniger haben“ nach Parteipräferenz und Alter**



Frage 3: Stimmen Sie den folgenden Aussagen zu den Themen Klimaschutz und Klimakrise sehr, ziemlich, wenig, oder gar nicht zu? – Die Klimakrise trifft diejenigen am stärksten, die weniger haben

Quelle: FORESIGHT, Angaben in Prozent, n=1.412 (gesamt) bzw. n=883,

\* n<100, \*\* n<50, \*\*\* n<30

Die größte Differenz zwischen den Altersgruppen innerhalb der Parteien findet sich bei der ÖVP; hier stimmen unter den Jungen bis 44 Jahren mehr als drei Viertel zu (79%), bei älteren Wähler:innen ab 45 Jahren sind es nur rund zwei Drittel (65%)<sup>75</sup>. Bei der SPÖ beträgt die Zustimmung unter den bis 44-Jährigen 83%, bei der FPÖ 60%. Für die ab 45-Jährigen ist unter den SPÖ-Anhänger:innen die Aussage nur für 78% zutreffend, bei der

<sup>75</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=8,0$ ;  $p<0,05$ ;  $\tau=0,10$  statistisch signifikant.

FPÖ für 55%. Somit bestehen bei beiden Parteien, bei SPÖ<sup>76</sup> und FPÖ<sup>77</sup>, (nicht statistisch signifikante) Unterschiede von fünf Prozentpunkten zwischen den beiden Altersklassen.

Noch geringere Unterschiede und eine umgekehrte Tendenz finden sich hingegen bei den Grünen und bei NEOS: Bei den Grünen stimmen der Aussagen rund drei Viertel (78%) der jungen voraussichtlichen Wähler:innen sehr oder ziemlich zu (und damit derselbe Anteil wie bei den älteren Sozialdemokrat:innen), bei den ab 45-Jährigen beträgt der Anteil mit rund acht von zehn (81%) nur etwas mehr<sup>78</sup>. Der geringste Unterschied findet sich bei NEOS: Hier sind rund sieben von zehn (69%) der voraussichtlichen Wähler:innen unter 45 Jahren der Ansicht, dass die Klimakrise diejenigen am stärksten trifft, die wenig haben. Bei den ab 45-Jährigen sind es exakt sieben von zehn (70%), die diese Ansicht teilen<sup>79</sup>.

Auch für andere Aussagen über Klimagerechtigkeit finden sich parteiübergreifende Mehrheiten: So sind auch die voraussichtlichen Wähler:innen der FPÖ mehrheitlich der Ansicht, dass die Interessen von Menschen mit geringem Einkommen bei der Bekämpfung der Klimakrise zu wenig berücksichtigt werden (54%). Dieser Anteil ist zwar geringer als unter den Anhänger:innen der Grünen (69%), der SPÖ (63%) oder von NEOS (60%), aber deutlich größer als unter den Anhänger:innen der Volkspartei (40%).

Anhänger:innen der Volkspartei sind hingegen mehrheitlich der Meinung, dass die Interessen von wohlhabenden Menschen angemessen berücksichtigt werden (58%), wodurch sie sich deutlich von den voraussichtlichen Wähler:innen der anderen Parteien unterscheiden. Unter diesen wird jeweils überwiegend eine zu starke Berücksichtigung der Interessen von Wohlhabenden festgestellt, unabhängig ob es sich dabei um voraussichtliche Wähler:innen der SPÖ (41% finden, dass Interessen der Wohlhabenden zu stark berücksichtigt werden), der FPÖ (44%), der Grünen (43%) oder von NEOS (46%) handelt.

Und schließlich findet sich auch bei manchen konkreten klimapolitischen Forderungen selbst unter den Anhänger:innen der FPÖ eine Mehrheit, die diese unterstützt, oder zumindest Verteilungen der Zustimmung, die knapp an eine Mehrheit heranreichen. So etwa beim EU-weiten Verbot von Flügen mit Privatjets, das von insgesamt 56% der voraussichtlichen FPÖ-Wähler:innen unterstützt wird (35% stimmen sehr zu, 21% stimmen ziemlich zu) (Abbildung 38).

---

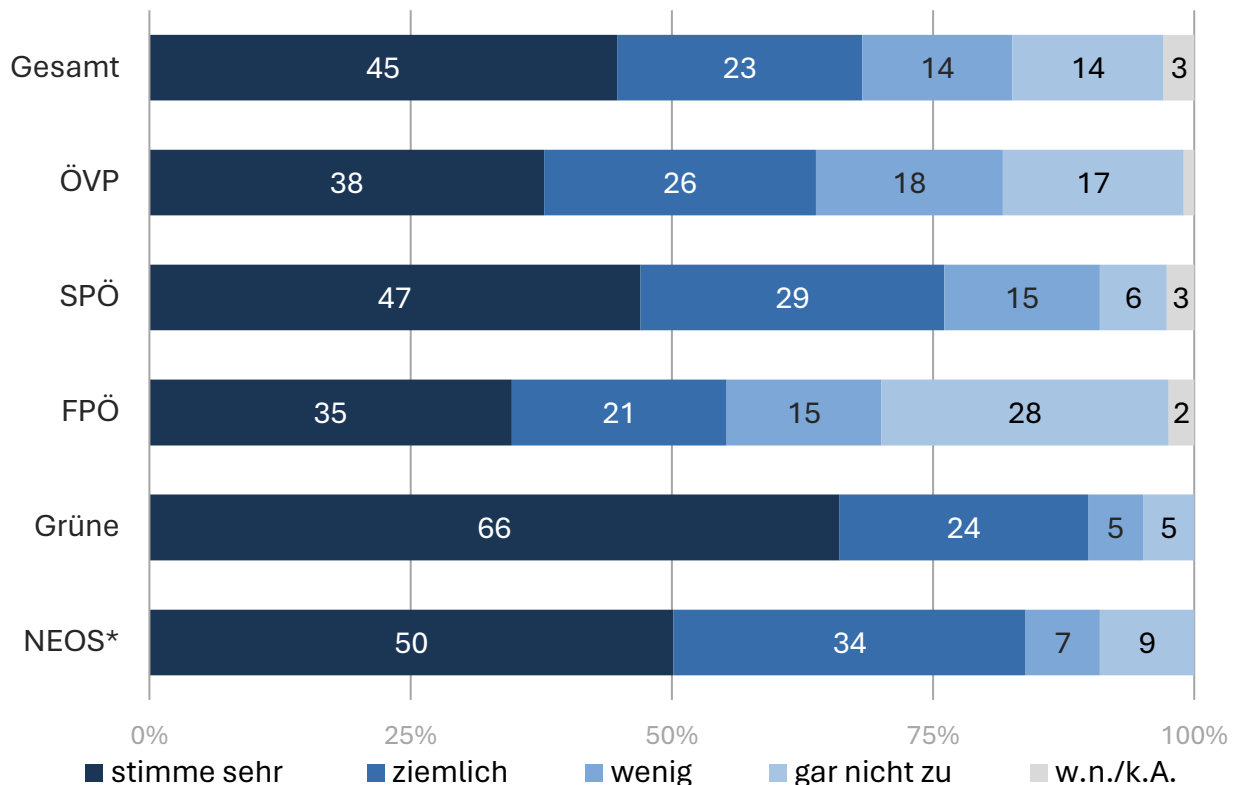
<sup>76</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\text{Chi}^2=7,5$ ;  $p=0,06$  nicht statistisch signifikant.

<sup>77</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\text{Chi}^2=3,0$ ;  $p=0,39$  nicht statistisch signifikant.

<sup>78</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\text{Chi}^2=1,5$ ;  $p=0,67$  nicht statistisch signifikant.

<sup>79</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\text{Chi}^2=8,5$ ;  $p=0,84$  nicht statistisch signifikant.

**Abbildung 38: Zustimmung – „Flüge mit Privatjets sollten [...] EU-weit verboten werden“ nach Parteipräferenz**



*Frage 6: Wie sehr stimmen Sie den folgenden politischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise zu – sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht? – Flüge mit Privatjets sollten, außer für dringende medizinische Zwecke, EU-weit verboten werden*

*Quelle: FORESIGHT, Angaben in Prozent, n=1.412 bzw. n=885, \* n<100*

Eine tiefere Analyse zeigt, dass diese politische Forderung vor allem von Frauen mitgetragen wird (Abbildung 39): Die jeweiligen Zustimmungsraten sind für weibliche Anhängerinnen der ÖVP (70% stimmen sehr oder ziemlich zu) und der FPÖ (68% stimmen sehr oder ziemlich zu) deutlich größer als unter den Männern, die diese beiden Parteien wählen würden (57% der männlichen ÖVP-Anhänger stimmen sehr oder ziemlich zu<sup>80</sup> bzw. 46% der männlichen FPÖ-Anhänger stimmen sehr oder ziemlich zu<sup>81</sup>) – im Falle der Freiheitlichen, sogar deutlich. So ist innerhalb der Freiheitlichen Wähler:innen ein mittelstarker signifikanter Zusammenhang der Unterstützung des Privatjet-Verbots mit dem Geschlecht zu erkennen: Frauen unterstützen diese Forderung häufiger als Männer – und zwar mit einer deutlichen Mehrheit von mehr als zwei Drittel.

Innerhalb der Sozialdemokratie ist die Zustimmung unter den Frauen (78% stimmen sehr oder ziemlich zu) nur geringfügig größer als unter Männern (74% stimmen sehr oder

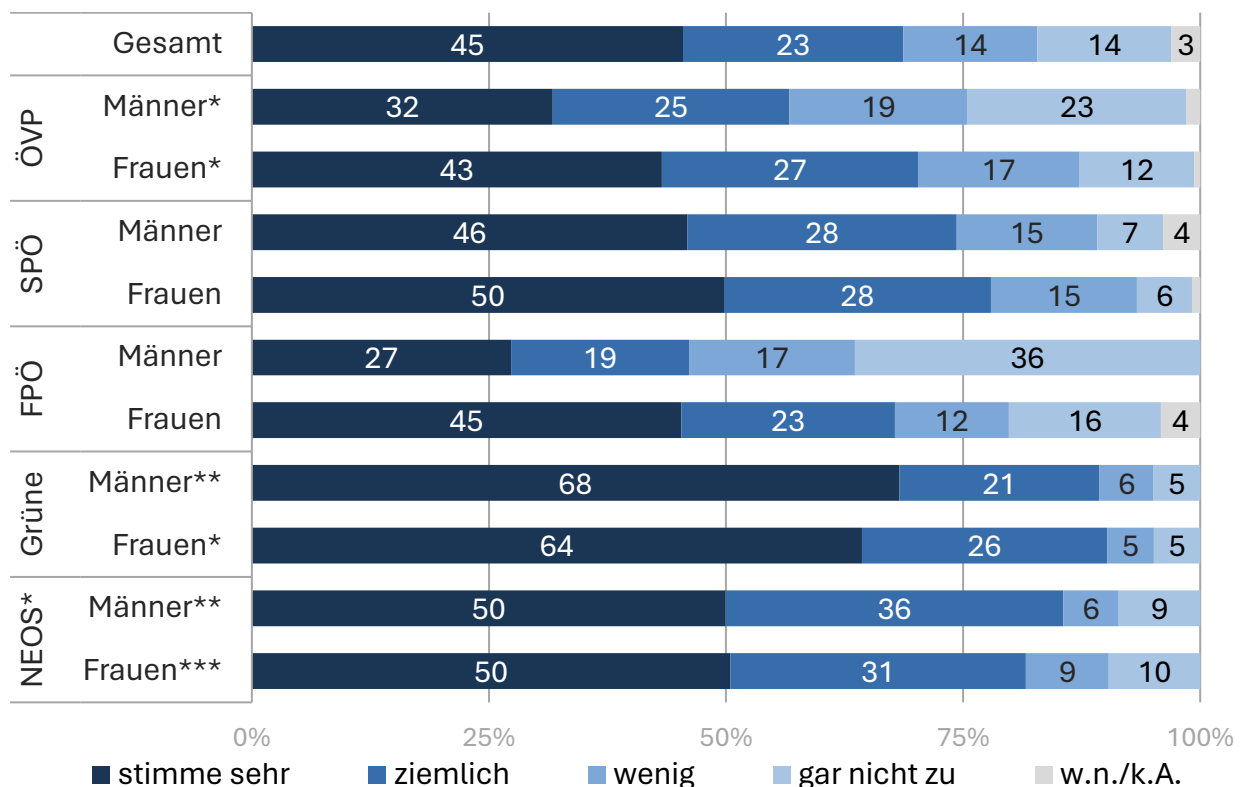
<sup>80</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\text{Chi}^2=4,5$ ;  $p=0,20$  nicht statistisch signifikant.

<sup>81</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\text{Chi}^2=19,5$ ;  $p<0,001$ , Cramers  $V=0,26$  statistisch signifikant.



ziemlich zu)<sup>82</sup>. Unter den (wenigen) deklarierten NEOS-Anhänger:innen wird die Forderung von 86% der Männer unterstützt, bei den Frauen sind es mit gut acht von zehn (81%) etwas weniger, auf die das zutrifft<sup>83</sup>. Und bei den Grünen lässt sich kaum ein Unterschied nach dem Geschlecht finden, die Differenz zwischen den Geschlechtern beträgt nur einen Prozentpunkt<sup>84</sup>. Diese Forderung wird somit von den Männern und Frauen innerhalb der jeweiligen Anhänger:innenschaft gleichermaßen unterstützt – mit Ausnahme von den Freiheitlichen, unter denen es unter ihren weiblichen Wählerinnen eine deutliche Mehrheit für ein Privatjet-Verbot gibt.

Abbildung 39: Zustimmung – „Flüge mit Privatjets sollten [...] EU-weit verboten werden“ nach Parteipräferenz und Geschlecht



Frage 6: Wie sehr stimmen Sie den folgenden politischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise zu – sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht? – Flüge mit Privatjets sollten, außer für dringende medizinische Zwecke, EU-weit verboten werden

Quelle: FORESIGHT, Angaben in Prozent, n=1.412 (gesamt) bzw. n=877,

\* n<100, \*\* n<50, \*\*\* n<30

Auch hier wurde die Zustimmung zu dieser politischen Forderung nach Altersgruppen innerhalb der Parteien ausgewertet, allerdings zeigt sich abermals kein einheitliches Bild der Unterstützung nach Jungen oder Älteren. So sind es vor allem jüngere

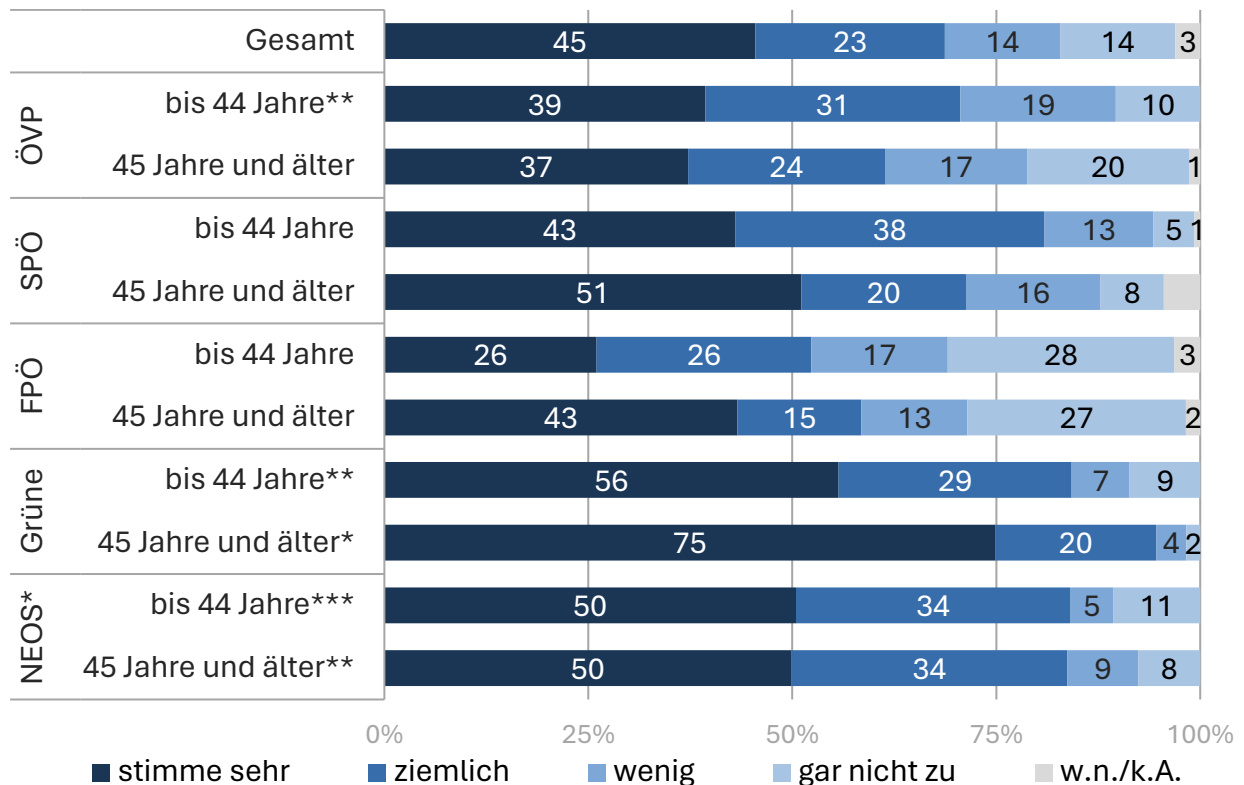
<sup>82</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=0,3$ ;  $p=0,96$  nicht statistisch signifikant.

<sup>83</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=0,3$ ;  $p=0,97$  nicht statistisch signifikant.

<sup>84</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=0,3$ ;  $p=0,95$  nicht statistisch signifikant.

Anhänger:innen der SPÖ und der ÖVP bis 44 Jahre, die diese Forderung tendenziell unterstützen: Während innerhalb der SPÖ acht von zehn (81%) die Forderung nach eine Privatjet-Verbot sehr oder ziemlich unterstützen und auch innerhalb der Volkspartei sieben von zehn (70%) der unter 45-Jährigen der Aussage zustimmen, sind es bei den älteren voraussichtlichen Wähler:innen ab 45 Jahren nur rund sieben von zehn innerhalb der SPÖ (71%)<sup>85</sup> bzw. der ÖVP (70%)<sup>86</sup>.

**Abbildung 40: Zustimmung – „Flüge mit Privatjets sollten [...] EU-weit verboten werden“ nach Parteipräferenz und Alter**



Frage 6: Wie sehr stimmen Sie den folgenden politischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise zu – sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht? – Flüge mit Privatjets sollten, außer für dringende medizinische Zwecke, EU-weit verboten werden

Quelle: FORESIGHT, Angaben in Prozent, n=1.412 (gesamt) bzw. n=883,

\* n<100, \*\* n<50, \*\*\* n<30

Innerhalb der Anhänger:innen der Grünen ist hingegen in der Altersgruppe der bis 44-Jährigen geringere Unterstützung für diese politischen Forderung zu verzeichnen, hier unterstützen zwar mehr als acht von zehn (85%) diese Forderung sehr oder ziemlich,

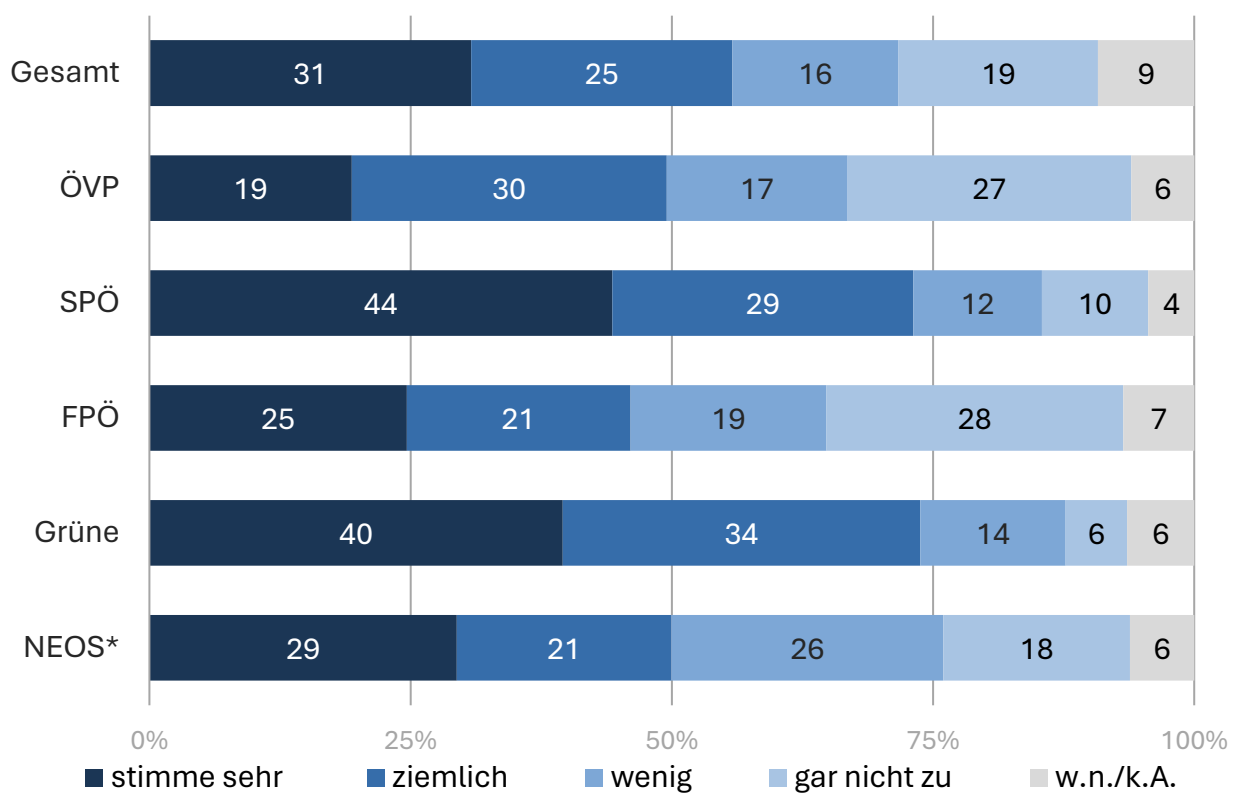
<sup>85</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=8,8$ ;  $p<0,05$ ,  $\tau_b=-0,04$  statistisch signifikant.

<sup>86</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=2,5$ ;  $p=0,48$  nicht statistisch signifikant.

unter den ab 45-Jährigen ist das allerdings bei mehr als neun von zehn (95%) der Fall<sup>87</sup>. Eine ähnliche Tendenz, auf natürlich niedrigerem Niveau, findet sich bei der FPÖ: Unter den Jungen bis 44 Jahren stimmt etwas mehr als die Hälfte dem Privatjet-Verbot sehr oder ziemlich zu (52%), bei den ab 45-Jährigen sind es gut sechs von zehn (58%)<sup>88</sup>. Somit gibt es auch hier unter den voraussichtlichen Wähler:innen der FPÖ einen signifikanten Zusammenhang der zeigt, dass die älteren Anhänger:innen der Freiheitlichen ein solches Verbot häufiger unterstützen als die Jungen bis 44 Jahre.

Unter den Anhänger:innen der NEOS lässt sich hingegen kein Unterschied feststellen, die beiden Anteile betragen für beide Altersgruppen jeweils gut drei Viertel (74%)<sup>89</sup>.

**Abbildung 41: Zustimmung – „[...] Mieter:innen [sollen] weniger Miete zahlen können“ nach Parteipräferenz**



*Frage 6: Wie sehr stimmen Sie den folgenden politischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise zu – sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht? – Wenn Vermieter:innen Öl- und Gasheizungen nicht tauschen oder thermische Sanierungen durchführen, sollen die Mieter:innen weniger Miete zahlen können*

*Quelle: FORESIGHT, Angaben in Prozent, n=1.412 bzw. n=885, \* n<100*

<sup>87</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=5,4$ ;  $p=0,14$  nicht statistisch signifikant.

<sup>88</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=11,5$ ;  $p<0,05$ ;  $\text{Tau-b}=-0,10$  statistisch signifikant.

<sup>89</sup> Dieser Zusammenhang ist mit  $\chi^2=0,4$ ;  $p=0,95$  nicht statistisch signifikant.

Ebenfalls keine Mehrheit, aber zumindest eine vergleichsweise breite Zustimmung findet sich unter Anhänger:innen der FPÖ auch bei der Forderung nach Mietreduktionen, wenn Vermieter:innen keine Investitionen in ein neues Heizungssystem und/oder thermische Sanierung vornehmen (25% stimmen sehr zu, 21% stimmen ziemlich zu) (Abbildung 41) bzw. einer progressiven CO<sub>2</sub>-Steuer, die diejenigen mit größerem CO<sub>2</sub>-Ausstoß auch mehr besteuert (22% stimmen sehr zu, 21% stimmen ziemlich zu). Die politische Forderung nach einer Mietreduktion findet allerdings auch unter den Anhänger:innen der ÖVP keine Mehrheit. (19% stimmen sehr zu, 30% stimmen ziemlich zu) bzw. stimmt bei NEOS exakt die Hälfte der Anhänger:innen zu (29% stimmen sehr zu, 21% stimmen ziemlich zu). Für Anhänger:innen der Grünen (40% stimmen sehr zu, 34% stimmen ziemlich zu) und der SPÖ (44% stimmen sehr zu, 29% stimmen ziemlich zu) liegt die Unterstützung dieser Forderung bei gut drei Viertel ihrer Anhänger:innen.

## 6 Fazit und Zusammenfassung

Die vorliegende Studie zeigt, dass die Wichtigkeit der Bekämpfung der Klimakrise weitestgehend außer Streit steht –unabhängig von der eigenen ökonomischen Lage ist eine Mehrheit der Menschen in Österreich der Ansicht, dass die Bekämpfung der Klimakrise wichtig ist. Gleichzeitig besteht auch der Eindruck, dass niemand – keine:r der abgefragten Akteur:innen – auch einen ausreichenden Einsatz zur Bekämpfung der Klimakrise zeigt. Nur wenige, rund drei von zehn, sind der Ansicht, dass Politik oder Wirtschaft ausreichendes Engagement gegen die Klimakrise an den Tag legen.

Weiters sehen die Menschen in Österreich auch eine unzureichende Berücksichtigung der verschiedenen Interessen in der Klimapolitik, bzw. einen unzufriedenstellenden Ausgleich dieser Interessen. Weitestgehende Einigkeit besteht darüber, dass die Interessen der Wohlhabenden in der Klimapolitik zu stark berücksichtigt werden – also die Interessen jener Menschen, die auch selbst leicht Anpassungen an die Folgen der Klimakrise vornehmen können. Im Gegenzug ist die Mehrheit der Ansicht, dass die Interessen von Menschen mit geringem Einkommen, der Mittelschicht, von jenen mit gesundheitlichen Problemen, Älteren und Kindern zu wenig berücksichtigt werden. Somit gibt es einen mehr oder weniger klaren Handlungsauftrag an die Politik, einerseits die Klimakrise ausreichend ernst zu nehmen und andererseits auch auf die Interessen jener zu achten, die durch die Klimakrise verwundbarer sind.

Die Verwundbarkeit durch die Klimakrise zeigt sich vor allem in den damit verbundenen Belastungen. Hier sind es vor allem Menschen in schwieriger ökonomischer Lage, Arbeiter:innen und Frauen, die ein erhöhtes Ausmaß an Belastungen durch sommerliche Hitzewellen oder berufsbezogenen Klimabelastungen berichten. Dies trifft einerseits auf die einzelnen Belastungen für sich genommen zu, aber auch auf mehrfache Belastungen, die als Folge sommerlicher Hitzewellen auftreten können. Menschen in einer

schlechten ökonomischen Lage, das untere ökonomische Drittel, sind bereits heute häufiger und stärker von den Folgen der Klimakrise betroffen als jene in besseren ökonomischen Lagen.

Die Sorgen über die möglichen Folgen der Klimakrise variieren weniger nach der sozialen Lage als die aktuellen Betroffenheiten: Im Allgemeinen, und fast unabhängig von der eigenen ökonomischen Lage, sind die Menschen in Österreich besorgt über die möglichen Folgen der Klimakrise. Im Detail zeigt sich allerdings, dass die eigene Verwundbarkeit einen deutlichen Einfluss auf die Sorge über zukünftige Folgen der Klimakrise hat: Wer sich bereits jetzt in schlechter ökonomischer Lage befindet, hat auch häufiger Sorge, dass der eigene Lebensstandard durch die Klimakrise sinkt oder der eigene Gesundheitszustand wegen der Klimakrise leidet. Und wer bereits heute von mehrfachen gesundheitlichen Belastungen durch sommerliche Hitzewellen betroffen ist, hat auch besonders große Sorge über weitere Beeinträchtigungen des eigenen Gesundheitszustands.

Das Thema der Klimagerechtigkeit steht unter den Menschen in Österreich weitestgehend außer Streit: Eine deutliche Mehrheit von jeweils rund zwei Drittel ist der Ansicht, dass die Klimakrise diejenigen am stärksten trifft, die wenig haben und dass die Bewältigung der Klimakrise eine Frage der Gerechtigkeit gegenüber den heute jungen Generationen ist. Abgefragte klimapolitische Forderungen finden zum Teil breite Mehrheiten in der österreichischen Wohnbevölkerung; sei es ein EU-weites Verbot von Flügen mit Privatjets oder eine progressive CO<sub>2</sub>-Steuer. Knappere Mehrheiten gibt es für Mietreduktionen, wenn kein Heizungstausch oder keine thermische Sanierung in der gemieteten Immobilie durchgeführt wird bzw. wurde, sowie für ein Verbot von Kurzstreckenflügen in der EU.

Die Wichtigkeit der Bekämpfung der Klimakrise wird in Österreich von Anhänger:innen aller Parteien, mit Ausnahme der FPÖ, geteilt. Mehr als drei Viertel der voraussichtlichen Wähler:innen der anderen Parteien, zum Teil auch deutlich mehr, sind hier der Ansicht, dass die Bekämpfung der Klimakrise sehr oder ziemlich wichtig ist. Unter Menschen, die zum Zeitpunkt der Befragung eine Wahlabsicht für die FPÖ bei der sog. „Sonntagsfrage“ berichten, ist es etwas weniger als die Hälfte, die diese Ansicht teilt.

Und dennoch findet sich selbst unter den FPÖ-Anhänger:innen bei manchen klimapolitischen Aussagen und Forderungen einen Mehrheit, die diese unterstützt. So besteht etwa parteiübergreifender Konsens über die Aussage, dass die Klimakrise diejenigen am stärksten trifft, die nur wenig haben – und damit auch unter den voraussichtlichen Wähler:innen der „klimaskeptischen“ FPÖ. Einen fast genauso breiten Konsens gibt es über die Aussage, dass die Interessen von Menschen mit geringem Einkommen in der Klimapolitik zu wenig berücksichtigt werden – hier stimmen die Anhänger:innen aller Parteien, mit der Ausnahme der Volkspartei, mehrheitlich zu. Die voraussichtlichen Wähler:innen der Volkspartei sind hingegen überwiegend der Ansicht, dass die

Interessen der Wohlhabenden angemessen berücksichtigt werden, wodurch sie sich von den anderen Parteien, deren Anhänger:innen diese Ansicht nicht teilen, abgrenzen.

Eine tiefergehende Analyse der abgefragten klimapolitischen Forderungen zeigt außerdem, dass es auch hier parteiübergreifende Mehrheiten gibt, die diese befürworten. So stimmen etwa Anhänger:innen aller Parteien einem Privatjet-Verbot in der EU mehrheitlich zu. Auch die Forderungen nach einer Mietreduktion ohne thermische Sanierung und Heizungstausch oder einer progressiven CO<sub>2</sub>-Steuer bewegen sich in der Nähe von parteiübergreifenden Mehrheiten.

Zusammenfassend zeigt sich auch in dieser Studie, was sich häufig bei der Untersuchung von auf dem ersten Blick „kontroversen“ Themen zeigt: Die tatsächlichen Einstellungen innerhalb der Bevölkerung sind oft weniger polarisiert als der durch Medien, Social Media und der öffentlichen Diskussion vermittelte Eindruck vermuten lässt. Große Teile der Bevölkerung sind angesichts der Klimakrise besorgt und sehen mangelnde Klimagerechtigkeit in Österreich. Manche politischen Forderungen zur Bewältigung der Klimakrise finden auch parteiübergreifende Mehrheiten. Diese müssten allerdings auch demokratisch realisiert werden.

## Literaturverzeichnis

- Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES) (2023): Informationen zu Hitze. Abrufbar online unter [Informationen zur Hitze](#) (16.04.2024).
- Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK) (2021): Soziale Folgen des Klimawandels in Österreich. Abrufbar [Soziale Folgen des Klimawandels in Österreich](#) (16.04.2024).
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (2023): Umweltbewusstsein in Deutschland 2022 Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Abrufbar online unter [Umweltbewusstsein in Deutschland 2022](#) (16.04.2024).
- Eberle, Max (2022). Wie Privatjets in Österreich zum Klimakiller werden. Abrufbar online unter [Wie Privatjets in Österreich zum Klimakiller werden](#) (16.04.2024).
- Frascati, M. (2020): Klimaungerechtigkeit in Österreich. Eine Studie zur ungleichen Verteilung von CO<sub>2</sub>-Ausstoß nach Einkommensschichten im Auftrag von Greenpeace. Wien. Abrufbar online unter [Klimaungerechtigkeit in Österreich](#) (16.04.2024).
- Gagné, J. und Krause, L. -K. (2021). Einend oder spaltend? Klimaschutz und gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland. Abrufbar unter [Einend oder spaltend?](#) (16.04.2024).
- Giddens, A. (1999). *Soziologie*. Graz-Wien: Nausner & Nausner.
- Green, F. und Healy, N. (2022). How inequality fuels climate change: The climate case for a Green New Deal. *PERSPECTIVE*, 5(6), 635-649.
- Haas, W., Moshammer, H., Muttarak, R., Balas, M., Ekmekcioglu, C., Formayer, H., Kromp-Kolb, H., Matulla, C., Nowak, P., Schmid, D., Striessnig, E., Weisz, U., Allerberger, F., Auer, I., Bachner, F., Baumann-Stanzer, K., Bobek, J., Fent, T., Frankovic, I., Gepp, C., Groß, R., Haas, S., Hammerl, C., Hanika, A., Hirtl, M., Hoffmann, R., Koland, O., Offenthaler, I., Piringer, M., Ressler, H., Richter, L., Scheifinger, H., Schlatzer, M., Schlögl, M., Schulz, K., Schöner, W., Simic, S., Wallner, P., Widhalm, T., Lemmerer, K. (2018). Österreichischer Special Report Gesundheit, Demographie und Klimawandel (ASR18) – Zusammenfassung für Entscheidungstragende und Synthese. Austrian Panel on Climate Change (APCC), Verlag der ÖAW, Wien, Österreich, 978-3-7001- 8429-4. Abrufbar online unter [Österreichischer Special Report Gesundheit, Demographie und Klimawandel](#) (16.04.2024).
- Zandonella, M. (2022). Multiple Krisen – Demokratie unter Druck. Erste Ergebnisse Demokratie Monitor 2022. Abrufbar online unter [Demokratiemonitor 2022](#) (14.05.2024).

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Dimensionen der Klimagerechtigkeit	6
Abbildung 2: Auskommen mit dem Einkommen	9
Abbildung 3: Finanzielle Absicherung für die Zukunft	10
Abbildung 4: Clusterlösung ökonomische Lage („ökonomische Drittel“)	11
Abbildung 5: Auskommen mit dem Einkommen nach ökonomischer Lage	12
Abbildung 6: Finanzielle Absicherung nach ökonomischer Lage	13
Abbildung 7: Erwerbsstatus und berufliche Stellung	15
Abbildung 8: Wohnform nach ökonomischer Lage	16
Abbildung 9: Autoverfügbarkeit im Haushalt nach ökonomischer Lage	17
Abbildung 10: Wegzeit zur Arbeits- / Ausbildungsstätte, wenn (auch) ein Auto verwendet wird nach ökonomischer Lage	18
Abbildung 11: Wichtigkeit der Bekämpfung der Klimakrise	20
Abbildung 12: Einsatz gegen die Klimakrise	21
Abbildung 13: Einsatz gegen die Klimakrise nach ökonomischer Lage	22
Abbildung 14: Berücksichtigung von Interessen in der Klimapolitik	23
Abbildung 15: Zu geringe Berücksichtigung der Interessen in der Klimapolitik nach ökonomischer Lage	25
Abbildung 16: Zu starke Berücksichtigung der Interessen in der Klimapolitik nach ökonomischer Lage	27
Abbildung 17: Klimabelastungen durch Hitzewellen	29
Abbildung 18: Häufig und manchmal auftretende Klimabelastungen nach ökonomischer Lage	30
Abbildung 19: Mehrfache Belastungen durch die Klimakrise	31
Abbildung 20: Häufig und manchmal auftretende Klimabelastungen nach Geschlecht	32
Abbildung 21: Mehrfache Belastungen durch die Klimakrise nach Geschlecht	33
Abbildung 22: Klimabelastungen im Beruf	34
Abbildung 23: Sehr und ziemliche Klimabelastungen im Beruf nach beruflicher Stellung	35
Abbildung 24: Sehr und ziemliche Klimabelastungen im Beruf nach Geschlecht	36
Abbildung 25: Klimasorgen	37
Abbildung 26: Sehr und ziemliche Klimasorgen nach ökonomischer Lage	38
Abbildung 27: Einstellungen zur Klimakrise	40
Abbildung 28: Sehr und ziemlich zutreffende Aussagen zur Klimakrise nach ökonomischer Lage	41
Abbildung 29: Klimapolitische Forderungen	43
Abbildung 30: Sehr und ziemliche Zustimmung zu klimapolitischen Forderungen nach ökonomischer Lage	45
Abbildung 31: Sonntagsfrage Nationalratswahl	47



Abbildung 32: Wichtigkeit der Bekämpfung der Klimakrise nach Parteipräferenz	48
Abbildung 33: Wichtigkeit der Bekämpfung Klimakrise nach Parteipräferenz und Geschlecht	49
Abbildung 34: Wichtigkeit der Bekämpfung Klimakrise nach Parteipräferenz und Alter	50
Abbildung 35: Zustimmung – „Klimakrise trifft diejenigen am stärksten, die weniger haben“ nach Parteipräferenz	52
Abbildung 36: Zustimmung – „Klimakrise trifft diejenigen am stärksten, die weniger haben“ nach Parteipräferenz und Geschlecht	53
Abbildung 37: Zustimmung – „Klimakrise trifft diejenigen am stärksten, die weniger haben“ nach Parteipräferenz und Alter	54
Abbildung 38: Zustimmung – „Flüge mit Privatjets sollten [...] EU-weit verboten werden“ nach Parteipräferenz	56
Abbildung 39: Zustimmung – „Flüge mit Privatjets sollten [...] EU-weit verboten werden“ nach Parteipräferenz und Geschlecht	57
Abbildung 40: Zustimmung – „Flüge mit Privatjets sollten [...] EU-weit verboten werden“ nach Parteipräferenz und Alter	58
Abbildung 41: Zustimmung – „[...] Mieter:innen [sollen] weniger Miete zahlen können“ nach Parteipräferenz	59